



Bericht

der Landesregierung

Bericht über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung 1997

—
Federführend ist der Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten.

Drucksache 14/888

Kiel, den 12. August 1997

**Bericht über die Ostseeaktivitäten
der Landesregierung 1997**

**(entsprechend dem Beschluß des Landtages vom
10. September 1992, Drs. 13/306)**

Inhaltsübersicht

1. Einführung

2. Leitidee Ostseekooperation

3. Bisherige Entwicklung der Ostseekooperation

- a) allgemein
- b) die Rolle Schleswig-Holsteins

4. Aktuelle Entwicklungen

- a) Europäische Union
- b) BSSSC - Baltic Sea States Subregional Co-operation
- c) Ostseerat
- d) Stärkung der Regionen

5. Künftige Perspektiven

6. Schwerpunkte schleswig-holsteinischer Ostseepolitik

7. Anlagen

- 1. Übersicht über den Stand der regionalen Partnerschaften und Kooperationsprojekte
- 2. Übersicht über die EU-geförderten Ostseeprojekte Schleswig-Holsteins
- 3. Beispiele schleswig-holsteinischer Ostseeakteure und die Übersicht „Actors in the Baltic Sea Area“
- 4. Aktionsprogramme des Ostseerates am 2./3. Juli 1996 in Kalmar
- 5. Kommuniqué des Ostseerates am 2./3. Juli 1997 in Riga
- 6. Beschlüsse der 4. Subregionenkonferenz am 17./18.10.96 in Vaasa

**Bericht
über die Aktivitäten der Landesregierung
im Ostseeraum
bis 1997
(Ostseebericht)**

1. Einführung

Durch Beschluß vom 10. September 1992, Drs. 13/306, hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, sechs Wochen vor der jährlichen Parlamentarischen Konferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum einen **Bericht über ihre Ostseeaktivitäten** vorzulegen. Die diesjährige 6. Sitzung der Parlamentarischen Konferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum findet am 15. und 16. September 1997 in Gdansk/Danzig statt.

Bisher hat die Landesregierung drei Berichte erstellt und dem Landtag zugeleitet, und zwar in den Jahren 1993 (Drs. 13/964), 1995 (Drs. 13/2784) und 1996 (Drs. 14/132). Diese früheren Berichte schilderten besonders die Entwicklung der Ostseekooperation sowie den Aufbau des Netzwerkes der interregionalen Partnerschaften Schleswig-Holsteins.

Der **diesjährige Ostseebericht** stellt Aktivitäten der Ostseepolitik seit dem letzten Bericht dar und darüber hinaus **künftige Schwerpunkte der Ostseepolitik** zur Diskussion. Kooperationsprojekte, die die Landesregierung mit den schleswig-holsteinischen Partnerregionen durchführt oder für deren Realisierung finanzielle oder organisatorische Unterstützung geleistet wird, sind in der beigelegten Übersicht (Anlage 1) aufgeführt. In dieser Anlage ist auch der Stand der Beziehungen zu den Partnerregionen angegeben. In einer weiteren Übersicht sind - soweit bekannt - die EU-geförderten Ostseeprojekte Schleswig-Holsteins enthalten (Anlage 2). Über die Akteure der Ostseezusammenarbeit informiert eine weitere Zusammenstellung (Anlage 3). Sie stellt auch einige schleswig-holsteinische Träger der Zusammenarbeit in der Ostseeregion, ohne die die Ostseekooperation nicht möglich wäre, beispielhaft vor. Die drei Aktionsprogramme des Ostseerates von Kalmar, Schweden, am 2./3. Juli 1996 (Anlage 4) und die Beschlüsse des Ostseerates von Riga, Lettland, am 2./3. Juli 1997 (Anlage 5) sowie die Erklärung der 4. Subregionenkonferenz am 17./18. Oktober 1996 in Vaasa, Finnland, (Anlage 6) sind diesem Bericht beigelegt.

2. Leitidee Ostseekooperation

„Wir wollen, daß die Mitglieder der Ostseefamilie auch Mitglieder der Europäischen Union werden, auf jeden Fall gute, enge Nachbarschaft mit ihr halten können. Deshalb müssen wir die politischen, wirtschaftlichen und strukturellen Rahmenbedingungen so beeinflussen, daß die Ostsee wirklich ein Binnenmeer des neuen Europas wird.“ Dieser Satz von Bundespräsident Roman Herzog in seiner Rede zum Thema „Chancen für eine fruchtbare Zusammenarbeit im Ostseeraum“ auf dem Kongreß „Zukunftsraum Ostsee - Perspektiven für Europa“ anläßlich des 125jährigen Jubiläums der Industrie- und Handelskammer zu Kiel am 18. Januar 1996 spiegelt den **aktuellen Leitgedanken der Ostseepolitik des Landes Schleswig-Holstein** wieder, dem sich nicht nur die Landesregierung sondern auch zahlreiche Akteure der Ostseekooperation verpflichtet fühlen.

Der Ostseeraum ist der **historisch gewachsene, regionale Bezugsraum für unser Land**. Die im europäischen Rahmen einmalige Kooperation in dieser Region hat nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Im Gegenteil: Nachdem in Amsterdam und Madrid die Weichen für eine neue Architektur Gesamteuropas gestellt wurden, ist sie noch dringender geworden.

Die Kooperation in der „Zukunftsregion Ostsee“

- a) dient der **Selbstbehauptung des europäischen Nordostens** im größeren Europa, in dem der Einfluß und der Wettbewerb von einigen großen Entwicklungsregionen wachsen wird,
- b) baut **Brücken zwischen dem Osten und dem alten Westen** unseres Kontinents und ist eine Klammer zwischen EU-Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern in der Region,
- c) ist ein Schlüssel zu einer **ökonomisch und sozial stabilen Entwicklung** - dabei geht es um die Entwicklung der Gesamtregion („Region building“) auf der Grundlage der vom Ostseerat beschlossenen Aktionsprogramme von Kalmar,
- d) ist ein Beispiel für **Dezentralisierung und Subsidiarität**: die Ostseekooperation ist von unten gewachsen und regionale Gebietskörperschaften sowie Nichtregierungsinitiativen prägen mit ihren zahlreichen Projekten und Netzwerken den Charakter der Zusammenarbeit,

- e) kann die Vision Europa beispielhaft mit Leben erfüllen. Europa ist nicht nur ein Ort, sondern vor allem eine Idee. Sie ist durch vielfältige Traditionen, der Demokratie, der Menschenrechte und des sozialen Ausgleichs geprägt. Viele der heute nachwirkenden Impulse für dieses **europäische Zivilisationsmodell** stammen aus der Ostseeregion. Dies gilt vor allem für die Kultur der sozialen Verantwortung. Die Europäische Union hat sich von diesen Idealen entfernt. Die Ostseeregion kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, daß das künftige Europa zu ihnen zurückfindet und ein Vorbild einer nachhaltigen Entwicklung werden und
- f) kann als „Modellfall“ für eine Umsetzung des Leitbildes der nachhaltigen, umweltverträglichen Entwicklung angesichts der gewaltigen Naturraumpotentiale und der in einigen Ostseeregionen, so auch in Schleswig-Holstein, verwirklichten anspruchsvollen **Umweltpolitik** gelten.

3. Bisherige Entwicklung der Ostseekooperation

a) allgemein

Die Idee der Ostseekooperation hat sich **durchgesetzt und etabliert**. Ostseekooperation steht auf den politischen Tagesordnungen der Europäischen Union, in den nationalen Regierungen, vieler lokaler und regionaler Gebietskörperschaften und Nichtregierungsinitiativen.

Dafür stehen insbesondere

- die Gründung und die Arbeit des **Ostseerates** der Außenminister;
- die **zahlreichen politischen Foren** wie die Fachministerkonferenzen, die Subregionenkonferenz (BSSSC), die Ostseeparlamentarier-Konferenz, die Städte-Organisation (UBC) sowie die Organisationen aus dem Nichtregierungsbereich wie z. B. BCCA oder Social Hansa (siehe Anlage 3);
- die Verabschiedung von Leitlinien für die Ostseepolitik durch die Regierungschefs auf dem Gipfel in Visby am 3./4. Mai 1996 sowie der drei **Aktionsprogramme** durch den Ostseerat in der Konferenz von Kalmar am 2./3. Juli 1996;
- das Dokument „**Baltic Sea Region Initiative**“ der EU, verabschiedet im Jahre 1996 vom Europäischen Rat und der Europäischen Kommission;

- die **Aktivitäten der Bundesregierung**, insbesondere des Auswärtigen Amtes, mit der die Landesregierung in Fragen der Ostseekooperation gut und vertrauensvoll zusammenarbeitet und
- vor allem die Vielfalt von vielen hundert konkreten, grenzüberschreitenden, praktischen Kooperationsprojekten vieler Träger. Sie zeigen, daß die **Ostseekooperation von unten wächst**. Das unterscheidet sie von vielen anderen Zusammenarbeitsformen in Europa.

b) die Rolle Schleswig-Holsteins

Schleswig-Holstein hat entscheidend dazu beigetragen, die Zusammenarbeit im Ostseeraum neu zu beleben und dem Nordosten Europas eine Perspektive als europäische Region zu eröffnen.

Die Arbeit der Denkfabrik, die Initiative zur Gründung von "Ars Baltica", die Anregung zur Einrichtung eines Ostseerates, der Ausbau der Subregionenkonferenz mit der Übernahme der Sprecher-Funktion seit 1994, die Entwicklung eines Netzwerkes von Partnerschaftsbeziehungen rund um die Ostsee und das erfolgreiche Einwirken zur Formulierung einer Ostseepolitik der Europäischen Union sind Beispiele für **wichtige Impulse**, die das Land gegeben hat. Inzwischen wirkt Schleswig-Holstein in vielen Organisationen und Institutionen mit, wie z.B. im Ostseerat, in der Ostseesubregionenkonferenz, der Ostseeparlamentarierkonferenz, in den Fachministerkonferenzen der Wirtschafts-, Verkehrs-, Raumordnungs-, Kultur- und Umweltminister, in der Helsinki Kommission (HELCOM) oder VASAB 2010 (Visionen und Strategien im Ostseeraum 2010). Das Hanse-Office ist mit einer Gruppe von Partnerbüros aus dem Ostseeraum ein Zentrum für Ostsee-Aktivitäten geworden.

Die Partnerschaftsbeziehungen haben sich im großen und ganzen fruchtbar entwickelt (siehe Anlage 1).

Inzwischen leisten vor allem viele **Akteure im gesellschaftlichen Bereich** bemerkenswerte Beiträge zur bi- und multilateralen Kooperation im Ostseeraum; sie füllen damit auch den geschaffenen Rahmen der interregionalen Partnerschaften Schleswig-Holsteins mit eigenen Projekten aus. Einige Projektträger in Schleswig-Holstein werden beispielhaft in Anlage 3 näher vorgestellt. Diese Liste kann nicht vollständig sein, da ständig weitere Aktivitäten verwirklicht werden.

4. Aktuelle Entwicklungen

a) Europäische Union

Die Aufmerksamkeit der Europäischen Union gegenüber der Ostseezusammenarbeit hat sich erfreulich entwickelt. Einige Entscheidungen sind aktuell von besonderer Bedeutung:

- Das **Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation** ist z. Zt. im Ratifikationsprozeß - es kann einen wesentlichen Impuls für die noch bessere Einbeziehung Rußlands in die Ostseekooperation geben.
- Mit der Entscheidung für die **Osterweiterung** um die sechs Länder Ungarn, Tschechien, Slowenien, Zypern und die Ostseeanrainer Polen und Estland kommt der Ostseekooperation eine besondere Aufgabe in den Arbeiten zur Vorbereitung des Beitritts zu.
- Das Grundsatzdokument "**Baltic Sea Region Initiative**" vom 10. April 1996, das den Zielsetzungen der drei Aktionsprogramme des Ostseerates von Kalmar entspricht, nennt die Schwerpunkte der EU-Ostseepolitik. Es unterstreicht, daß die Bedeutung interregionaler Kooperation im Ostseeraum für die Stabilität über die Region hinausreicht. Als vorrangige Handlungsfelder der EU werden genannt: Politische Kooperation, Kooperation der kleinen und mittleren Unternehmen, Infrastruktur, Kommunikationssysteme, Umwelt, Forschung, Energie, nukleare Sicherheit, Gesundheit, Kampf gegen Drogen und Aids. Zur Koordination hat die Kommission einen eigenen Lenkungsausschuß eingerichtet (Baltic Coordination Committee).
- Schleswig-Holstein hat besonders gute Erfahrungen mit der Zusammenarbeit in den deutsch-dänischen Grenzregionen gemacht, die durch die **Gemeinschaftsinitiative INTERREG** gefördert werden. Mit INTERREG I wurden knapp 5 Mio. ECU gewährt, aus INTERREG II wurden jetzt insgesamt 18,1 Mio. ECU bewilligt. Die Grenzregionen haben jetzt auch die Möglichkeit, mit anderen Grenzregionen in anderen Ostseeländern zusammenzuarbeiten, weil mit der Norderweiterung der EU weitere Regionen des Ostseeraumes in die INTERREG-Förderung aufgenommen worden sind.
- Eine neue Möglichkeit zur Förderung der Ostseekooperation ist mit dem Programm **INTERREG II C** entstanden, das für Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland ein Volumen von 24 Mio. ECU (rd. 47 Mio. DM) hat. Dies bedeutet durch die einzubrin-

gende nationale oder private Kofinanzierung ein Gesamtvolumen von knapp 100 Mio. DM. Als zentrale Verwaltungsstelle wird die Investitionsbank Schleswig-Holstein die Mittel für den gesamten Ostseeraum verwalten und die finanzielle Abwicklung umsetzen. Die Geschäftsstelle in Rostock wird im Oktober 1997 ihre Arbeit aufnehmen. Gefördert werden soll in den Handlungsfeldern städtische Entwicklung, Stadt-Landbeziehungen; Transbaltische Netzwerke: Telekommunikation, Energie und Verkehr (Hafenkooperation, Hinterlandverkehre etc.); Küstenmanagement, Tourismus, Umwelt- und Naturschutz, ländliche Räume, Inseln.

- Mit dem Programm **"Baltic Small Projects Facility"** (BSPF) hat die Europäische Kommission 1996 ein neues Förderinstrument geschaffen, an dem auch die Mittel- und Osteuropäischen Staaten teilnehmen können. Das Volumen des Programmes beträgt 14 Mio ECU. Gefördert werden sollen Vorhaben der Bereiche Umwelt, Humanressourcen, wirtschaftliche Entwicklung und Tourismus, Verkehr, Entwicklung kommunaler Dienstleistungen, Demokratieaufbau, Bildung und Kultur. Eine Ausschreibung ist im Juli 1997 erfolgt.

(Weitere Informationen, insbesondere auch darüber, welche Förderprogramme für die Ostseekooperation bereits jetzt in Anspruch genommen werden können, enthält der **Förderbericht 1996** des Ministeriums für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten.)

Eine Übersicht der durch die Europäische Union geförderten **Ostseeprojekte Schleswig-Holsteins** - soweit bekannt - (zusätzlich zur INTERREG-Förderung der deutsch-dänischen Kooperation) liegt diesem Bericht -Anlage 2- bei.

Anforderungen an die EU zur weiteren Ausgestaltung der EU-Ostseepolitik sind:

- die Zusammenführung bestehender EU-Fördermöglichkeiten zu einem **einheitlichen EU-Ostseeförderprogramm**, und zwar mit klaren Verantwortlichkeiten und Antragsprozeduren und Priorität auf Förderung interregionaler Kooperationsprojekte,
- die weitere **Öffnung der EU-Aufbauhilfeprogramme PHARE** (MOE-Staaten) und **TACIS** (GUS-Staaten) für interregionale Kooperationsprojekte im Ostseeraum,
- die Einbeziehung noch zu definierender **Transbaltischer Netze** (Verkehr/Infrastruktur, Energie, Kommunikationstechnologien) in das Konzept der **"Transeuropäischen Netze"** und
- die Einrichtung eines **"Baltic Sea Desk"** als zentraler Ansprechpartner und Koordinator innerhalb der Europäischen Kommission.

b) BSSSC

Die BSSSC (Baltic Sea States Subregional Co-operation) ist Clearing-Stelle und Interessenvertretung der 162 Regionen im Ostseeraum. Die Organisation arbeitet eng mit dem Ostseerat und der Europäischen Kommission zusammen.

Rund 100 Regionen sind bei den bisherigen vier Jahrestreffen vertreten gewesen. Der Sprecher der BSSSC, für zwei Jahre gewählt, vertritt die BSSSC zwischen den Jahreskonferenzen zusammen mit dem „Board“, bestehend aus jeweils zwei Repräsentanten je Ostseeanrainerstaat. Minister Walter wird die Sprecher-Funktion im Oktober 1997 an Knud Andersen, Amtsborgmester von Bornholms Amt, übergeben.

Als neue Einrichtung wurde im März '97 das Sekretariat der BSSSC gebildet, welches den Sprecher in seiner Tätigkeit unterstützt und deswegen zunächst in Kiel etabliert wurde. Neben dieser Tätigkeit für Sprecher und „Board“ veröffentlicht das Sekretariat einen Newsletter, erstellt Informationsmaterial über die Arbeit und Ziele der BSSSC, betreut die Arbeitsgruppen und ist bei der Vermittlung von Kooperationsprogrammen und dem Zugang zu EU-Programmen behilflich. Die nächste Jahreskonferenz wird vom 26. bis 28. Oktober 97 in Gdansk/Danzig stattfinden.

Die wichtigste aktuelle Aufgabe der BSSSC ist es, zur Implementierung der Aktionsprogramme von Kalmar beizutragen. Dazu ist dem Ostseerat zur Sitzung am 2. bis 3. Juli 1997 in Riga ein Vorschlag vorgelegt worden, der zwei wesentliche Komponenten enthält:

- Einrichtung von zunächst drei Arbeitsgruppen regionaler Experten, die die Zusammenarbeitsmöglichkeiten in bestimmten Aktionsfeldern analysieren und befördern sollen und
- Durchführung von Leitprojekten wie z. B. Austausch- und Schulungsprogramme für MitarbeiterInnen und PolitikerInnen regionaler und lokaler Gebietskörperschaften der Mittel- und Osteuropäischen Staaten oder die Schulung und auch der Erfahrungsaustausch mit Journalisten aus den osteuropäischen Anrainerstaaten.

c) Ostseerat

An der Sitzung des Ostseerates am 02./03. Juli 1997 in Riga nahmen erstmalig die USA, Frankreich und die Ukraine als Gäste teil und ergriffen das Wort. Das zeigt die gewachsene politische Bedeutung der Ostseekooperation.

In der EntschlieÙung -Anlage 5- wird u. a. betont,

- daÙ der umfassende TransformationsprozeÙ in den Ländern rund um die Ostsee zum Vorteil aller gestaltet werden könne,
- daÙ der laufende ProzeÙ der EU-Erweiterung, der die baltischen Staaten und Polen mit einschließt, weiter zu Konsolidierung von Sicherheit und Stabilität in der Ostseeregion beiträgt und Möglichkeiten für eine noch engere Zusammenarbeit im Rahmen des Rates der Ostseestaaten bieten wird,
- daÙ die vollständige Einhaltung der Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE das Fundament für die Zusammenarbeit im Ostseeraum bildet sowie die Verpflichtung, an der Erarbeitung eines gemeinsamen und umfassenden Sicherheitsmodells für das 21. Jahrhundert mitzuwirken und
- daÙ die verschiedenen Ostsee-Organisationen auf der Ebene unterhalb der Regierungen hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Darüber hinaus hat diese Sitzung deutlich gemacht, daÙ der Ostseerat als politisches Koordinierungsgremium inzwischen einen festen Platz eingenommen hat. Diese Einschätzung hat sicherlich mit dazu beigetragen, daÙ es in der Frage des von der Landesregierung seit langem geforderten **Ständigen Sekretariats** für den Ostseerat nunmehr einen Durchbruch gegeben hat. Es wurde ein Prüfauftrag erteilt, der aller Voraussicht nach zu einer positiven Entscheidung zum Ende 1997 führen wird. Schweden hat ein Angebot zur Einrichtung des Sekretariats in Stockholm unterbreitet.

Ein von einer Mehrheit der Anliegerstaaten für Oktober 1997 befürworteter **Ostsee-Gipfel** der Regierungschefs in Riga wurde von der Bundesregierung abgelehnt und ist jetzt für Anfang 1998 vorgesehen.

d) Stärkung der Regionen

Die Regionen im Ostseebereich gewinnen an Bedeutung. Im Rahmen von Verwaltungs- und Strukturreformen werden in Norwegen, Finnland und Schweden Kompetenzen dezentralisiert. Damit wird künftig die interregionale Zusammenarbeit noch an Bedeutung gewinnen. Auf der anderen Seite werden die Möglichkeiten der interregionalen Zusammenarbeit mit Polen durch die dortigen zentralen Strukturen und Entscheidungswege erschwert.

5. Künftige Perspektiven

Die wichtigsten aktuellen Aufgaben der Ostseekooperation sind

- die **Umsetzung der drei Aktionsprogramme von Kalmar** mit den Schwerpunkten:
 1. **Förderung menschlicher Begegnungen und Sicherheit der Bürger,**
 2. **Weiterführung der wirtschaftlichen Entwicklung und Integration und**
 3. **Schutz der Umwelt und der ökologischen Erneuerung;**
- die **bessere Vertretung gemeinsamer Interessen** der Ostseeanlieger, insbesondere der EU-Mitglieder in Brüssel bei den bevorstehenden europäischen Weichenstellungen wie der Erweiterung, der Reform der Strukturfonds etc.;
- die **Anwendung und Weiterentwicklung der Förderinstrumente der EU** im Sinne einer interregionalen Kooperation; dazu gehört INTERREG II C aber insbesondere auch die weitere Öffnung von PHARE und TACIS für Projekte der Ostseekooperation im Rahmen der „Baltic Projects Facility“ (BPF);
- der Beitrag zur **Vorbereitung der Beitrittsländer** des Ostseeraums, aber auch zur Ausgestaltung der neuen vertraglichen Beziehung EU/Rußland;
- die Erarbeitung eines auf die ganze Region bezogenen **Konzepts von Sicherheit**, indem die verschiedenen Initiativen, z. B. des Ostseerats und der OSZE, zusammengeführt werden und
- die Einrichtung des **Ständigen Sekretariats des Ostseerats**.

In diesen Rahmen sollte sich die Ostseepolitik Schleswig-Holsteins in den nächsten Jahren einfügen: „Eine hervorragende Perspektive für unser Land bietet das Zusammenwachsen der Ostseeregion, die eine der Zukunftsregionen Europas ist. Schleswig-Holstein bleibt Motor der Ostseekooperation. Ostseepolitik ist Standortpolitik für Schleswig-Holstein. Je mehr es gelingt, die Ostseeregion im Wettbewerb mit anderen europäischen Großregionen zu entwickeln und zu behaupten, umso größer werden die wirtschaftlichen Effekte für Schleswig-Holstein sein.“ (Ministerpräsidentin Heide Simonis in ihrer Regierungserklärung vom 23. Mai 1996).

In diesem Sinne müssen wir

- mithelfen, die **politischen Rahmenbedingungen so zu beeinflussen**, daß die Ostsee wirklich zu einem Binnenmeer des neuen Europas wird, d.h. die EU-Erweiterung unterstützen und den Transformationsprozeß in den neuen Demokratien för-

dem - beim Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Institutionen, bei der wirtschaftlichen Entwicklung, der zivilen Sicherheit und einer angemessenen Minderheitenpolitik,

- die **Präsenz Schleswig-Holsteins** im Rahmen der Ostseekooperation weiter pflegen durch die Mitwirkung in den verschiedenen Gremien der Zusammenarbeit, durch die Ständigen Repräsentanzen Schleswig-Holsteins in Malmö, Tallinn und Gdansk/Danzig (siehe Bericht, vorgelegt dem Schleswig-Holsteinischen Landtag am 13.06.1997, Drs. 14/795), durch das Hanse-Office in Brüssel, das für Ostseepartner weiterhin offen steht (z. Zt. Kooperation mit Repräsentanzen von Sydsam, Vaasa, Süd-Dänemark und Kopenhagen) und das in gemeinsamer Trägerschaft mit der Staatskanzlei am 11. Juli 1997 einen Workshop zum Thema „Medienkooperation im Ostseeraum“ mit Vertretern des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, der European Broadcasting Union (EBU), der internationalen Journalistenverbände sowie Repräsentanten der Ostseeanlieger durchgeführt hat und
- den **Standort Schleswig-Holstein** im Ostseeraum festigen und entwickeln im Hinblick auf Kooperation, aber auch auf verstärkten Wettbewerb im Ostseeraum.

Ostsee-Standort-Politik für Schleswig-Holstein hat die folgenden Gegebenheiten zu berücksichtigen:

- Die Ostseeregion hat ein erhebliches noch **unausgeschöpftes Entwicklungspotential**, das auch Schleswig-Holstein noch mehr nutzen kann.
- Eine Politik der aktiven Integration der Märkte für Güter, Dienstleistungen und Arbeit in der Ostseeregion ermöglicht eine wirtschaftliche, soziale und umweltverträgliche Entwicklung im Ostseeraum, wenn sie die Weichen richtig stellt. Sie ist eine notwendige Antwort im Prozeß der **Globalisierung**.
- Mit der Erweiterung der Europäischen Union nach Norden und der Erweiterung nach Osten wird der **Ostseeraum für die Wirtschaftsbeziehungen Schleswig-Holsteins immer bedeutsamer**, insbesondere die südliche Ostseeregion, das „**Entwicklungs-Zentrum Südliche Ostsee**“ - Malmö/Kopenhagen, Süd-Dänemark, Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg. -
Gleichzeitig ist Schleswig-Holstein ein „gateway“ für die Ostseeanrainer zum west- und zentraleuropäischen Raum geworden. Deshalb muß Schleswig-Holstein seine Interessen mit denen der Ostsee-Partner zu einer strategischen Allianz innerhalb der Europäischen Union zusammenfügen.

- Die Bedeutung des Ostseemarktes für Schleswig-Holstein schon heute zeigen folgende Übersichten des **Außenhandels Schleswig-Holsteins mit den Ostseean-**

Einfuhr Schleswig-Holsteins in TDM

Land	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Einfuhr SH insgesamt	13.660.105	15.537.785	15.786.763	13.243.232	14.350.876	15.485.541	14.633.855
davon aus den einzelnen Ostsee-Anrainerstaaten:							
Dänemark	2.985.736	3.481.734	3.921.082	2.166.727	2.151.702	2.447.019	2.117.393
Norwegen	287.805	312.318	250.598	354.917	389.576	386.236	438.483
Schweden	1.186.836	1.328.619	1.358.027	1.215.597	1.352.100	1.227.753	1.344.862
Finnland	653.508	643.280	701.241	533.686	642.483	699.590	481.544
Estland *)			7.742	11.358	18.303	29.574	22.938
Lettland *)			5.035	13.505	29.390	35.943	40.198
Litauen *)			9.246	12.916	20.850	32.767	32.192
Polen	324.936	298.896	277.394	340.904	314.922	316.674	313.180
Rußland *)				97.278	158.807	135.813	119.075
Region insgesamt	5.438.821	6.064.847	6.530.365	4.746.888	5.078.133	5.311.369	4.909.865

Ausfuhr Schleswig-Holsteins in TDM

Land	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Ausfuhr SH insgesamt	11.964.995	12.656.089	13.156.116	11.613.438	12.747.780	14.002.590	14.193.063
davon in die einzelnen Ostsee-Anrainerstaaten:							
Dänemark	931.385	1.021.238	994.624	795.333	849.682	895.598	939.216
Norwegen	213.763	204.470	306.828	252.974	334.913	256.384	307.362
Schweden	479.110	433.544	394.056	346.561	408.760	366.576	331.525
Finnland	199.688	128.760	132.633	111.271	129.778	147.037	129.260
Estland *)			26.895	9.163	13.269	18.488	22.978
Lettland *)			46.994	14.487	21.427	15.657	18.361
Litauen *)			75.788	17.666	29.151	19.039	34.906
Polen	161.564	199.771	184.688	234.778	251.018	294.334	384.498
Rußland *)				261.896	278.085	249.744	298.773
Region insgesamt	1.985.510	1.987.783	2.162.506	2.044.129	2.316.085	2.262.857	2.466.879

*) Estland, Litauen und Lettland ab Januar 1992, Rußland ab Juni 1992

Quelle: Erarbeitet aus Fachserie 7 Reihe 1 des Statistischen Bundesamtes

- Zahlreiche Studien der letzten Jahre ¹ verheißen durchweg **gute bis sehr gute ökonomische Entwicklungschancen**, wenn es gelingt, rechtliche, politische und ökonomische Rahmenbedingungen schnell anzupassen. In den optimistischsten Szenarien werden Zuwächse in den Handelspotentialen von bis zu 300 % bis zum Jahr 2010 prognostiziert. Auch wenn diese Prognosen von den jeweils günstigsten Bedingungen ausgehen, zeigen sie die Notwendigkeit, diese Region als einen Wirtschaftsraum wahrzunehmen, in dem komparative Vorteile und Wettbewerbsfaktoren aufeinander abgestimmt werden können.
- Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, im Lande das Schwergewicht auf den Ausbau von **regionaler Infrastruktur und internationaler Kompetenz** zu legen. Im Bereich von leistungsfähigen Informations- und Kommunikationssystemen, der Verbesserung der Verkehrsverbindungen, der Kooperation auf dem Gebiet der Hafenwirtschaft und Schifffahrt, der Aktivitäten von Banken und Förderinstituten, der Energie, des Umweltschutzes, der inneren Sicherheit und der Aus- und Fortbildung muß Schleswig-Holstein die Voraussetzungen weiterentwickeln, um die Chancen der Ostseezusammenarbeit noch besser nutzen zu können.

6. Schwerpunkte schleswig-holsteinischer Ostseepolitik

- **Verkehrsverbindungen:** Schleswig-Holsteins Zukunftschancen in der Ostseeregion hängen entscheidend vom Ausbau der überregionalen Verkehrswege ab. Deshalb wird die Landesregierung den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Anbindung des norddeutschen Hinterlandes fördern. Am 23. Juli 1996 wurde die Entscheidung des Europäischen Parlamentes und des Rates über gemeinschaftliche Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes angenommen. Danach soll ein auf Dauer tragbarer Personen- und Güterverkehr unter möglichst sozial- und umweltverträglichen sowie sicherheitsorientierten Bedingungen gewährleistet und bis zum Jahre 2010 die Netze aller Verkehrsträger in ein transeuropäisches Netz für den Personen- und Güterverkehr integriert werden. Insofern kommt diesen Leitlinien eine Bedeutung für die Gestaltung und Entwicklung des Ostseeraumes und für das Land Schleswig-Holstein als Teil dieser Region zu. Die Schleswig-Holstein betreffenden Schienen- und Straßenmaßnahmen sind auch Be-

1. z.B. Etlatieta Ltd: „Barriers to Economic Co-operation of Baltic Rim Countries“ im Auftrag des finnischen Ministeriums für Handel und Industrie 1996 oder Callsen/Jäger-Roschko: „Langfristige Entwicklungspotentiale für die Regionen des Ostseeraumes“, Institut für Regionalforschung an der Christian-Albrechts-Universität 1996.

standteil der Bundesverkehrswegeplanung. Im einzelnen sind dies Projekte wie die Autobahn A 20 einschließlich Nordwestumfahrung Hamburgs mit einer neuen Elbquerung westlich von Hamburg sowie die Einordnung der Eisenbahnstrecken Hamburg - Lübeck - Puttgarden als Strecke für Hochgeschwindigkeitsverkehr und Hamburg - Flensburg für den kombinierten Verkehr.

Die Landesregierung hält sowohl die Jütlandlinie (Kolding - Flensburg - Hamburg) als auch die Vogelfluglinie (Skandinavien - Dänemark - Kontinent) für erforderlich. Die Vogelfluglinie erfüllt eine wichtige Verkehrsfunktion im nordeuropäischen Gesamtverkehrssystem. Die Untersuchungen zur Fehmarnbelt-Querung werden 1998 abgeschlossen sein. Die Ergebnisse werden anschließend unter Einbeziehung eines optimierten Fährschiffkonzeptes bewertet.

- Die schleswig-holsteinische Landesregierung hält eine weitere Verbesserung der **Kooperation auf dem Gebiet der Hafenwirtschaft und Schifffahrt** für erforderlich. Die Gestaltung staatlicher Rahmenbedingungen auf der Grundlage eines leistungsgerechten Wettbewerbs muß für eine Zusammenarbeit - auch auf internationaler Ebene - wie z.B. in der „Baltic Port Organisation“ - oberstes Gebot für Häfen, Hafenwirtschaft und Schifffahrt sein. Dabei gemeinsam zu verfolgende Anstrengungen, auch Hemmnisse wie Visumpflicht und Zollabfertigung im Drittlandverkehr zu beseitigen, liegen nicht nur im Interesse der Seeverkehrswirtschaft, sondern dienen gleichermaßen der Bewältigung zunehmender Verkehrsströme durch ein kostengünstiges und umweltfreundliches Transportmittel auf dem Verkehrsmarkt „Ostsee“.
- **Leistungsfähige Informations- und Kommunikationssysteme** gehören inzwischen zu den wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen für Wirtschaft und Wissenschaft. Der Ausbau der bestehenden Systeme (Internet-Projekt: „Schleswig-Holstein-Forum“; TISCH - Technologie-Informationssystem Schleswig-Holstein - der ttz; das Datenverbundprojekt datalink Lübeck-Skurup), die Verbesserung der Information über die Akteure in der Ostseeregion, aber auch die Unterstützung bei Einführung und Nutzung wird angestrebt.
- Die **wirtschaftliche Kooperation** mit den Ostseeanrainerstaaten sollte einen deutlichen Schwerpunkt auf die für Schleswig-Holstein wirtschaftlich bedeutsamen Zielregionen wie das „Entwicklungszentrum Südliche Ostsee“ legen. Der Politik kommt dabei die Rolle des Initiators für Kooperationen auf allen Ebenen zu. Es ist zu begrüßen, daß sich die Landesbank als Bank des Nordens etabliert hat und es ist richtig, daß die Instrumente der Wirtschaftsförderung und der Außenwirtschaftspolitik stärker auf den Ostseeraum ausgerichtet worden sind. Kammern, Verbände und Gewerkschaften sollten ermutigt werden, den Dialog mit den Ostseeanrainern wei-

- **Energie:** Schleswig-Holstein wird im **Energiebereich** die Kommunikation (Konferenzen der Anrainerstaaten) als auch die konkrete Entwicklung der Energieversorgung verstärkt fortführen. Dabei kommt es entscheidend darauf an, die derzeit stetig voranschreitenden Transport- und Leitungsverbünde (Strom, Gas) so zu gestalten, daß eine umweltverträgliche und nachhaltige Entwicklung gewährleistet wird, insbesondere durch Energieeinsparung, effiziente Energienutzung und Förderung der regenerativen Energien im Rahmen einer fairen, marktorientierten und wirtschaftlichen Umsetzung.
- **Umwelt:** Die BSSSC hat u.a. eine **Arbeitsgruppe zum Umwelt- und Naturschutz** zur Umsetzung des Kalmarer Aktionsprogrammes eingesetzt. Schleswig-Holstein stellt einen der beiden deutschen Vertreter dieser Arbeitsgruppe und kann damit die schleswig-holsteinischen Ansätze der Ostseezusammenarbeit im Umweltbereich unmittelbar in die Kooperationsstrukturen einbringen.

Zur Zeit wird ein Projekt zur Zusammenarbeit zwischen den Partnerregionen SydSam/Schweden und Gdansk/Danzig, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern entworfen. Arbeitstitel: Strategies for Eco-Management among Local Authorities and Enterprises in the Baltic area „SEMLA“. Das Projekt stellt einen konkreten Ansatz zur Ausfüllung der genannten Schwerpunktbereiche der regionalen Ostseezusammenarbeit dar und soll als Beispielprojekt für die Umsetzung des Kalmar-Aktionsprogramms des Ostseerates ausgewiesen werden. Ziel ist es, in der Zusammenarbeit **Erfahrungen mit Umweltmanagementsystemen**, vor allem mit dem EU-Öko-Audit, auszutauschen und besonders in der Region Gdansk/Danzig bekannt zu machen. Daneben soll eine Intensivierung wirtschaftlicher Kontakte angeregt werden.

Unter maßgeblicher Beteiligung Schleswig-Holsteins wurden zwei **Kläranlagen auf Hiiumaa/ Estland** rekonstruiert; ein **Ausbildungszentrum für Gewässerexperten** an der TU Tallinn sowie das „**Baltische Umwelt-Forum**“ in Riga als Kooperationsdrehscheibe eingerichtet. Inwieweit bei Fortsetzung des „Baltischen Umwelt-Forums“ über Mitte 1998 hinaus eine schleswig-holsteinische Beteiligung möglich ist, wird entschieden, sobald ein Nachfolgeprojekt und dessen Finanzierung vorliegt.

Die Landesregierung unterstützt mit großem Nachdruck die Einführung eines **No-Special-Fee-Systems zur Schiffsentsorgung** im Rahmen der HELCOM-Kooperation.

Auf dem Gipfeltreffen der Regierungschefs von Visby wurde 1996 die Erstellung einer **Agenda 21 für den Ostseeraum** beschlossen. Schleswig-Holstein ist an den Arbeitsprozessen beteiligt. (Die Agenda 21 war als Dokument zur nachhaltigen Entwicklung auf der Konferenz der Vereinten Nationen zur Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 angenommen worden.)

- **Innere Sicherheit und Bekämpfung grenzüberschreitender, organisierter Kriminalität:** Der Ostseeraum muß inzwischen als kriminalgeographischer Großraum betrachtet werden. Die Landesregierung wird daher verstärkt mit allen Ostseeanrainerstaaten zusammenarbeiten, um die grenzüberschreitende Kriminalität wirkungsvoll zu bekämpfen.

Mit Estland und Litauen sind am 23. Mai 1997 Absprachen über konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität getroffen worden, mit Lettland und Kaliningrad/Königsberg folgen sie im Herbst dieses Jahres. Diese Absprachen haben zum Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den Vollzugsdienststellen der betroffenen Länder auszubauen. Zukünftig werden Berichte über die Kriminalitätslage ausgetauscht und der reibungslose Ablauf durch die Benennung fester Ansprechpartner in den jeweiligen Landeskriminalämtern in Kiel, Tallinn etc. gewährleistet.

Bei konkreten Ermittlungsfällen, die die Länder berühren, wird es zukünftig möglich sein, daß Kontaktbeamte aus den Partnerstaaten unmittelbar in einer Sonderkommission in Schleswig-Holstein mit deutschen Kriminalbeamten tätig werden.

Die Landesregierung wird die Ergebnisse der Zusammenarbeit, auch die Erfolge bei der Ausbildungshilfe in Litauen (Polizeiakademie) und Kaliningrad/Königsberg (Milizhochschule), auswerten und den jeweils neuen sicherheitspolitischen Anforderungen anpassen.

Die Zusammenarbeit mit den Schengener Staaten und den baltischen Staaten soll bei der unmittelbaren polizeilichen Arbeit vor Ort verknüpft werden. Für die Polizei bedeutet dies, daß sie eng und vertrauensvoll mit den nordischen Staaten im Hinblick auf die Ausgleichsmaßnahmen beim Wegfall der Grenzkontrollen und bei der angestrebten Bildung von Ermittlungsgruppen in den Häfen, dem Austausch von Polizeibeamten sowie bei der gemeinsamen Erhebung der grenzpolizeilichen Risiken an den Außengrenzen des Schengener Raumes Ostsee zusammenarbeitet und dabei die Notwendigkeit der Sicherheitspartnerschaft mit den baltischen Staaten berücksichtigt.

- **Wissenschaft und Ausbildung:** Eine wesentliche Voraussetzung für die bessere Nutzung der Chancen Schleswig-Holsteins im Ostseeraum ist eine deutlichere Profilierung von Lehre und Forschung an den Hochschulen. Die Empfehlung der von der Landesregierung eingesetzten Expertengruppe zur Hochschulreform sollte im Sinne einer stärkeren Ausrichtung auf den Ostseeraum umgesetzt werden. Die inhaltliche Ausrichtung von Studiengängen an spezifischen Erfordernissen und Bedingungen des Ostseeraumes und der Ausbau der grenzüberschreitenden Kooperation könnte die Attraktivität der Hochschulen unseres Landes für Studenten aus dem Ostseeraum und die beruflichen Chancen für Studenten aus dem Land nach ihrer Ausbildung erhöhen. Dazu gehört auch die Förderung der Mobilität von Studierenden und Lehrpersonal.

Die gegenseitige Anerkennung von Hochschulleistungen in den Staaten der Europäischen Union wird als eine wichtige Voraussetzung für die Erhöhung der Mobilität der Studierenden angestrebt. Auch die Modularisierung der Ausbildungsgänge soll den Wechsel des Studienortes erleichtern.

Die Teilnahme von Forschern aus der Ostseeregion an grenzüberschreitenden, europäischen Forschungsprojekten ist unverzichtbar. Ein beträchtlicher Teil der schleswig-holsteinischen Forschung wirkt über die Grenzen hinaus und erhält seinerseits Anregungen aus dem internationalen Raum. Um diese Kontakte gezielt auszubauen, wurden internationale Kooperationsvorhaben mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen initiiert und gefördert. An rund 50 Forschungsk Kooperationen mit Einrichtungen in der Ostseeregion sind schleswig-holsteinische Wissenschaftler beteiligt. Dieses hohe Niveau soll verstetigt werden, indem die EU-Fördermittel hinsichtlich des jeweiligen Bedarfs in der Region noch gezielter abgerufen werden.

Zwischen den Universitäten und Hochschulen des Landes finden vielfältige Kooperationen in Forschung, Lehre und durch Studentenaustausch statt. Das hierfür in Anspruch genommene SOKRATES-Programm ist eng mit dem Programm LEONARDO DA VINCI für berufliche Bildung und JUGEND FÜR EUROPA III verknüpft. Es unterstützt Aktivitäten in 7 Aktionsbereichen. Das ERASMUS-Programm stellt Studierenden Mobilitätsstipendien zur Verfügung und fördert Dozentenmobilitätsprogramme sowie Aktivitäten zur Entwicklung neuer und innovativer Studiengänge.

Die Rektorate der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg, Universität, und der Handelshøjskole Syd in Sønderborg, Dänemark, haben den Aufbau eines gemeinsamen „Zentrums für europäische Hochschulzusammenarbeit“ beschlossen,

das den organisatorischen und fachlichen Rahmen für derzeitige und künftige Aktivitäten bilden soll. Konkret geplant ist, neben dem seit 1992 laufenden grenzüberschreitenden Studiengang „Betriebliche Bildung und Management“ zum Wintersemester 1997/98 drei weitere Diplomstudiengänge einzurichten: „Kultur- und Sprachmittler“, „Energie- und Umweltmanagement“ und „Export-Ingenieur“.

Die Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit Schulen, Lehrerbildungs- und Lehrerfortbildungsinstituten aller Ostseeanrainerstaaten wird gezielt verstärkt werden. Neben der Weiterentwicklung von bi- und multilateralen Schulpartnerschaften werden als inhaltliche Schwerpunkte die Lernbereiche Umweltbildung und Gesundheitsförderung planmäßig gefördert werden.

- **Kultur:** Die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit in der Ostseeregion hat besonderes Gewicht. Dafür steht Ars Baltica als Beispiel für unbürokratische und engagierte Kooperation, das sich zu einem Markenzeichen Schleswig-Holsteins entwickelt hat:

Viele kulturelle Projekte, zuletzt das vielbeachtete Jazz-Baltica-Festival, haben zu einem europaweiten Echo beigetragen. Ars Baltica wird ein zentrales Thema der 3. Ostseekultusministerkonferenz im September 1997 in Lübeck sein.

Das Ars Baltica Organisationskomitee mit Vertretern aller Ostseeländer versteht sich als engagiertes Podium im Dialog mit Institutionen und kulturellen Partnern und im Aufgreifen neuer Kooperationsideen.

Die internationale Anerkennung dieses neuen Kooperationsmodells fand ihren Niederschlag in der mehrfach erneuerten Zustimmung des Ostseerates, zuletzt im Aktionsprogrammen von Kalmar, in dem er sich für eine „Intensivierung des Kooperationsnetzes Ars Baltica“ ausgesprochen hat, sowie in der diesjährigen Jahrestagung in Riga, in der er die Möglichkeiten „Ars Balticas“ zur Kontaktförderung von Menschen hervorhebt.

- **Jugend und Sport:**

Aktueller Schwerpunkt regionaler Zusammenarbeit im Bereich Jugend und Sport ist 1997 insbesondere die aktive Beteiligung Schleswig-Holsteins am 1000jährigen Stadtjubiläum Danzigs. Durch die internationalen Jugendbegegnungen im September in Gdansk/Danzig, an denen ca. 240 schleswig-holsteinische Jugendliche teilnehmen werden, wird dieses Jubiläum der Stadtgründung zur größten Begegnung von Jugendlichen im Ostseeraum in diesem Jahr.

Seit 1989 finden jährlich Ostseejugendkonferenzen auf Initiative Schleswig-Holsteins statt, das Ostseejugendbüro beim Landesjugendring koordiniert Aktivitäten im Jugendaustausch und gibt vierteljährlich die Zeitschrift „Ostsee-Jugend-Information“ (deutsch/englisch) heraus.

- **Arbeit und Soziales:** Es gibt durch freie Wohlfahrtsverbände, Kommunen und private Verbände zahlreiche soziale und humanitäre Initiativen, wie z.B. die „Social Hansa“, die sowohl als Netzwerk zwischen mehreren Staaten oder Städten als auch bilateral funktionieren. Soweit dies gewünscht wird und erforderlich ist, erfolgt dabei auch eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Für die Zukunft sollte überlegt werden, einen **fachlichen Austausch** auf der Ebene der **Arbeits- und SozialministerInnen** herbeizuführen und dabei u. a. eine „**Sozialcharta**“ für den Ostseeraum zu entwickeln.

7. Anlagen

- | | |
|------------------|--|
| Anlage 1a | Übersicht über Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum 1997 |
| Anlage 1b | Stand der Beziehungen zu den Partnerregionen Schleswig-Holsteins im Ostseeraum 1997 |
| Anlage 2 | EU geförderte Ostseeprojekte in Schleswig-Holstein |
| Anlage 3a | Beispiele schleswig-holsteinischer Ostseeakteure |
| Anlage 3b | Actors in the Baltic Sea Area |
| Anlage 4 | Aktionsprogramme für die Zusammenarbeit zwischen den Ostseestaaten; Ostseerat in Kalmar vom 2. bis 3. Juli 1996 |
| Anlage 5 | Kommunique des Ostseerates vom 2. bis 3. Juli 1997 in Riga |
| Anlage 6 | Beschlüsse der 4. Subregionenkonferenz vom 17. bis 18. Oktober 1996 in Vaasa |

Übersicht über Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum 1997

Staatskanzlei:

1. Auf Einladung der Ministerpräsidentin zur Eröffnung oder zum Abschluß des Schleswig-Holstein-Musik-Festivals haben im Hinblick auf den Norwegen-Schwerpunkt 1997 norwegische Regierungsmitglieder und die leitenden Vertreter unserer Partnerregionen Oslo kommune und Akershus Schleswig-Holstein besucht. Außerdem waren die Regierungschefs von Litauen und Estland zum SHMF gekommen.
2. Am 27. März 1996 wurde in Kopenhagen eine Einigung über das künftige „European Centre for Minority Issues (ECMI)“ erzielt. Das ECMI in Flensburg soll Minderheitenfragen in europäischen Zusammenhängen erforschen, dokumentieren und beratend tätig werden. Die Aus- und Aufbauphase des Europäischen Zentrums für Minderheitenangelegenheiten hat begonnen.
3. In der Konferenz Norddeutschland (Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Bremen) koordinieren die Norddeutschen Länder ihre Ostseeaktivitäten mit den Vertretern der Wirtschaft.
4. Die Abteilung Landesplanung ist Mitglied der von den Ostseeraumordnungsministern 1992 gegründeten Initiative „Visions and Strategies around the Baltic 2010“ (VASAB 2010). Die in der Stockholmer Erklärung über eine nachhaltige Raumentwicklungspolitik für die Ostseeregion vom 22. Oktober 1996 enthaltenen Leitvorstellungen sind nunmehr in konkrete Projekte umzusetzen, wozu das INTERREG II C-Programm dient.

Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten (MJB)

5. Das MJB koordiniert ressortübergreifend die Ostseepolitik.
6. Das MJB hat hierzu im Jahre 1994 den Interministeriellen Arbeitskreis „Ostseekooperation“ (IMAK Ostsee) eingerichtet, in dem alle Ressorts vertreten sind und der bisher 10 mal getagt hat.

7. Die Pflege und Weiterentwicklung der interregionalen Partnerschaften Schleswig-Holsteins im Ostseeraum liegt beim MJBE.
8. Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten Gerd Walter ist seit der 2. Subregionenkonferenz im Oktober 1994 in Lübeck-Travemünde Sprecher der BSSSC (Baltic Sea States Subregional Co-operation). Diese Sprecherfunktion für die Subregionen des Ostseeraums wird er während der 5. Subregionenkonferenz vom 26. bis 28. Oktober 1997 in Danzig an den Amtsborgmester von Bornholms Amt, Knud Anderson, abgeben.
9. Ab März 1997 ist das Sekretariat des BSSSC in Kiel aufgebaut worden, das mit der Änderung der Sprecherfunktion nach Kopenhagen verlagert wird.
10. Die in dem Jahre 1995 eingerichteten ständigen Schleswig-Holstein Repräsentanzen in Malmö, Tallinn und Danzig sowie die Förderung des Hanse-Büros in Kaliningrad/Königsberg war bis einschließlich diesen Jahres befristet. Die Landesregierung hat am 03.06. eine Fortführung zunächst um weitere 3 Jahre, bis einschließlich 2000, beschlossen; Ein entsprechender Bericht über die Weiterführung der Repräsentanzen wurde dem Schleswig-Holsteinischen Landtag am 13.06.1997 vorgelegt. Vor dem Hintergrund der komplizierten Beziehungen zu Kaliningrad/Königsberg ist hinsichtlich des Hanse-Büros noch eine weitergehende Prüfung vor einer weiteren Förderung vorgesehen.
11. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark, insbesondere die mit der Förderung durch die Gemeinschaftsinitiative INTERREG notwendigen Tätigkeiten, werden seit 1989 vom MJBE wahrgenommen.
12. Die Zusammenarbeit auf juristischem Sektor mit Ostseeanrainern wurde bisher weitgehend von entsprechenden Vereinen und Verbänden sowie der Deutsch-Nordischen Juristenvereinigung e. V., dem Verband der Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter Schleswig-Holstein e. V. und dem Schleswig-Holsteinischen Richterverband, der z. B. zur Sankelmarker Richterwoche Juristen aus den baltischen Staaten empfing. 5 Richterinnen und Richter aus Estland, Lettland und Litauen hospitierten beim Schleswig-Holsteinischen Richterverband im Mai 1996. Darüber hinaus hospitierten 10 Richterinnen und Richter aus Estland, Lettland und Litauen beim Schleswig-Holsteinischen Richterverband und in schleswig-holsteinischen Gerichten vom 18. - 29.11.1996.

Minister Gerd Walter hat im Mai 1997 mit dem estnischen Justizminister einen Erfahrungsaustausch über den Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit und über Grundbuchsysteme verabredet sowie Praktikantenaufenthalte und Hospitationen angeboten. Mit dem lettischen Justizminister soll ein Erfahrungsaustausch über den Justizvollzug geführt werden.

Das MJBE wirkt in dem gemeinsamen Deutsch-Estnischen Ausschuß der Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit mit. Diese Stiftung hat erhebliche Erfolge in der juristischen Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten aufzuweisen.

13. Das MJBE fördert die Europa-Union durch eine institutionelle Zuwendung.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

14. Vierzehn schleswig-holsteinische Schulen unterhalten Schulpartnerschaften mit Estland, drei mit Lettland und zwei mit Litauen, vierzehn Schulen mit der Russischen Föderation, davon zwei in Kaliningrad,

Eine Schulpartnerschaft besteht mit Vaasa und 23 Schulpartnerschaften mit Polen, davon drei in Danzig.

Im Rahmen der Schulpartnerschaften sind 1997 Begegnungsfahrten geplant: Mit Polen 13, mit Dänemark 52, mit Schweden 9, mit Norwegen 6 und mit Finnland 4.

15. Folgende Partnerhochschulen führen mit der Christian-Albrechts-Universität Kiel wissenschaftlichen und studentischen Austausch durch:

Partnerhochschule Universität Kopenhagen und Agrarwissenschaftliche und Veterinärmedizinische Universität Kopenhagen; Universitäten Linköping, Växjö, Stockholm, Lund und Uppsala; Universität Helsinki, Hochschule für Wirtschaft Helsinki, Abo-Akademie und Universität Tartu; Universität Kaliningrad, Universität Irkutsk und Medizinische Akademie in Moskau;

Pädagogische Universität Tallinn und Universität Tartu;

Medizinische Akademie Kaunas;

Universität Posen, Landwirtschaftliche Hochschule Warschau, Hochschule für Ökonomie Warschau, Medizinische Akademie Posen, Sporthochschule Danzig und Universität Stettin.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit norwegischen Hochschulen wurde das deutsch-norwegische Studienzentrum 1996 an der Universität Kiel eingerichtet.

Weitere Kooperationsvereinbarungen gibt es zwischen der Musikhochschule Lübeck und der Musikakademie in Riga, der Muthesius-Hochschule, Fachhochschule für Kunst und Gestaltung und der Kunsthochschule in St. Petersburg, der Fachhochschule Lübeck mit der dänischen Universität Riga, die Fachhochschule Kiel mit der Universität Tallinn und mit den technischen Universitäten Tallinn, Riga und Kaunas, die Bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg, Universität, pflegt mit Litauen, Lettland und Estland einen Studentenaustausch.

16. Die Wissenschaftler des Instituts für Weltwirtschaft, sowie des GKSS-Forschungszentrums, unterhalten umfangreiche partnerschaftliche Kontakte.
17. An der in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für europäische Bildung vom 12. - 15. Mai d. J. durchgeführten „internationalen Fachtagung zur europäischen Dimension in Unterricht und Erziehung“ nahmen Schulleiter und Lehrkräfte aus Estland, Lettland und Litauen teil.
18. Die Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein unterhält seit 1989 mit Estland, Lettland und Litauen Kontakte in unterschiedlichster Form. Einmal jährlich führt die Landeszentrale politische Studienfahrten in die baltischen Staaten für Multiplikatoren der politischen Bildung durch.
19. Die Initiative Ars Baltica existiert seit 1990 und hat intensiven Kontakt zu allen Ostseeanrainerländern. Das Organisationskomitee trifft sich zweimal jährlich. Herausragende Projekte sind:
 - Die Ausstellung „1. Ars Baltica Triennale der Photokunst“: bisher in Schleswig, Dresden und Helsinki, weitere Stationen Tallinn, Odense und Warschau.
 - Jazzbaltica 1997 in Salzbau, Husum, Flensburg, Apenrade und Stockholm.
 - Barlach-Ausstellung 1998, Eröffnung in Rostock, dann weitere Stationen und Abschluß im Jahre 2000 im Barlach-Museum in Wedel geplant.
 - „Baltic-Rococo“: schwedische Fayencen-Ausstellung 1998/1999 in den baltischen Ländern und ab 2000 in Stockholm, Schleswig und Kopenhagen geplant.

20. Nach Stockholm 1993 und Tallinn 1995 wird die dritte Kultusministerkonferenz vom 20. - 23.09.1997 in Lübeck stattfinden.
21. Im März 1996 wurde in Schleswig-Holstein ein Kontaktseminar zur Anbahnung multilateraler Schulpartnerschaften im Rahmen des SOCRATES-Programms mit TeilnehmerInnen u.a. aus Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark durchgeführt.
22. Schwerpunktmäßig wird grenzüberschreitender bi- und multilateraler Kulturaustausch mit den Regionen Danzig, Kaliningrad sowie der Republik Estland durchgeführt und zwar im Rahmen der Aufgabe „Deutsche Kulturarbeit in Osteuropa“ aufgrund des Landesaufnahmegesetzes. Insgesamt 62 schleswig-holsteinische Paten- und Partnerschaften zu Kommunen in Polen und Rußland sowie im Baltikum bilden ein großes ehrenamtliches Potential für gegenseitige kulturelle Begegnungen.
23. Das BEENET - Baltic Environmental Education Network - (Ostseenetzwerk für die Umwelterziehung), mit dem Thema „Klimaschutz und Energiesparen an Schulen, einem 18monatigen Schulprojekt der EU, führen vier schleswig-holsteinische Schulen gemeinsam mit Bildungseinrichtungen in Estland, Lettland und Litauen und der Russischen Föderation durch.
24. Schleswig-Holstein hat im Rahmen des SOCRATES-Programms zwei berufs begleitende Fortbildungsprojekte für Lehrkräfte initiiert und entsprechende Förderung bei der EU-Kommission beantragt. Voraussichtlich ab September 1997 sollen zu den Themen „Veränderte Kinheit in Europa“ und „Selbstmanagement in der Schule“ gemeinsam mit Österreich, Italien, Niederlande, Finnland und Dänemark Lehrerfortbildungsmaterialien entwickelt und in Fortbildungsseminaren vorgestellt werden.

Innenministerium

25. Mit dem Ziel einer Sicherheitspartnerschaft im Ostseeraum hat der Innenminister eine polizeiliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Kriminalität im Ostseeraum mit den baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen, mit dem Oblast Kaliningrad und mit der Wojewodschaft Danzig in Polen abgesprochen, mit Estland und Litauen wurde am 23.05.1997 ein Abkommen unterzeichnet. Diese Regelungen berühren den Austausch von Verbindungsbeamten und Informationen, Unterstützungshandlungen bei konkreten Strafverfahren sowie die Bildung gemeinsamer Ermittlungsgruppen.

26. Eine Konferenz zur Bekämpfung der International organisierten Rauschgiftkriminalität unter Leitung des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein in Kiel, fand vom 23. - 25. Mai 1997 mit den Staaten des Ostseeraumes, des Baltikums, Rußlands, Polens und der Niederlande statt.
27. Im September 1997 veranstalten Schleswig-Holstein und Gdansk/Danzig eine Expertentagung „Kommünale Kriminalprävention“ in Danzig.
28. Beteiligung an dem Projekt „Bekämpfung der illegalen Migration und des Menschenhandels über die Ostsee“ im Mai/Juni 1997. Inhalt des Projekts: Alle nicht-militärischen Wassereinheiten der Ostseeanrainerstaaten werden mit Unterstützung der jeweiligen Polizeien Schiffe auf der Ostsee kontrollieren.
29. Teilnahme an den Verhandlungen zur Festlegung der Zusammenarbeitsmodalitäten und Regularien auf Regierungsebene aufgrund des Schengener Durchführungsübereinkommens mit den Vertragspartnern Dänemark, Schweden, Finnland (Norwegen und Island sind Kooperationsvertragspartner), für ein Grenzabkommen Bund/Dänemark. Diese Veranstaltungen fanden auf Staatssekretärs-ebene in der „Deutsch-Skandinavischen Konferenz“ zu Sicherheitsfragen am 18./19. Juni 1997 auf der Insel Helgoland statt.
30. Teilnahme an der Schengen-Nordeuropa-Konferenz: Voraussichtlich Sommer 1997, mit Vertretern der Ostseeanrainerstaaten der Nordischen Paßunion.
31. Ausstattungs- und Beratungshilfe der Landespolizei für die Polizeiakademie der Republik Litauen und die Polizei der Republik Estland; Beratungshilfe für die Republik Estland soll aus Mitteln der Ausstattungsmittel des Bundes finanziert werden.
32. Austausch von Kriminalbeamten mit Dänemark: Derzeit sind zwei Kriminalbeamte der Polizeidirektion Schleswig-Holstein-Nord nach Dänemark abgeordnet.
33. Teilnahme an der deutschen Delegation für die deutsch-dänischen Konsultationen über Seegrenzen im Lister Tief und in der Flensburger Förde.

34. Teilnahme an der 3. Konferenz am 08. April 1997 in Swinoujscie der RORO-Fährschiffsreedereien in der Ostsee zur Unterstützung der dortigen Bemühungen zur Erhöhung der Schiffsicherheit. Nächste Sitzung im Juni in Trelleburg zur Koordinierung der polizeilichen Maßnahmen in den baltischen Häfen.
35. Teilnahme an der Konferenz über die nordischen Polizeisysteme in Finnland vom 11. - 16. Mai 1997.
36. Aktivitäten der Verwaltungsfachhochschule Altenholz:
Informationsveranstaltung Mai 1996, Studienfahrt von Studenten ins Baltikum (Kaliningrad, Vilnius, Riga und Tallinn).
Mai/Juni 1996 Besuch von 6 Studenten der Polizeiakademie Vilnius/Litauen für 8 Wochen,
30.09.1996 Besuch einer Delegation aus Estland,
November 1996 Besuch einer Delegation aus Kaliningrad,
10.04.1997 Besuch einer Delegation aus Litauen,
13. - 27.05.1997 Auslandspraktikum von 14 Studenten aus dem Abschlußstudium 1997 des Fachbereichs Polizei in Vilnius/Litauen.
Im April bis Juni 1997 sind Verwaltungspraktika von Studierenden in Kalmar/Schweden, Tallinn/Estland und Nakskov/Dänemark sowie im Frühjahr 1998 Verwaltungspraktika zweier Studierenden in Bergen/Norwegen geplant. Kontakte bestehen auch zu den Provinzen Turku und Pori sowie Vaasa, mit denen Praktika verwirklicht werden könnten, sofern Mittel bereit stünden. Für 1998 liegen zahlreiche Anmeldungen für Auslandspraktika aus dem Fachbereich allgemeine Verwaltung vor.
37. Eine deutsch-dänische Katastrophenschutz-Stabsrahmen- und Vollübung wird im deutsch-dänischen Grenzraum am 27. September 1997 durchgeführt. Bei Annahme einer schweren Sturmflut wird die deutsch-dänische Zusammenarbeit im Katastrophenschutz auf Landes- und örtlicher Ebene durchgeführt.
38. Kommunale Partnerschaftsarbeiten sind ein wichtiger Bestandteil der Ostseekooperationen. Allein mit Estland gibt es 16 Städtepartnerschaften schleswig-holsteinischer Kommunen. Als ein Beispiel einer Kreispartnerschaft sei die besondere Aktivität des Kreises Ostholstein erwähnt, der seit über 10 Jahren intensive Partnerschaftsbeziehungen mit dem Regionalverband von Mikkeli, der Stadt Mikkeli und ihrem Umland und dem finnisch-deutschen Verein von Mikkeli pflegt, in die

die Bevölkerung, Vereine, Verbände und Institutionen des Kreises einbezogen sind. Basis ist jetzt ein Partnerschaftsvertrag vom Februar 1997. Folgende Aktivitäten werden durchgeführt: Arbeitsmöglichkeiten für finnische Jugendliche in der Sommersaison im Kreis Ostholstein (1994: ca. 70, 1995: 50, 1996: ebenfalls 50 Jugendliche), Schüleraustausch zwischen Gymnasien, Kontakte zwischen der Kreisberufsschule Eutin und einer Handelsschule, 14tägige Praktika der Handelsschule in kaufmännischen Einrichtungen des Kreises, Lehreraustausch, Unternehmenskontakte, Hospitationen von Lehrer- und Jugendaustausch. Der Kreis Ostholstein arbeitet seit 1990 mit Storstrøms Amt zusammen; INTERREG II sieht Fördermittel von rd. 9,8 Mio. DM für gemeinsame grenzüberschreitende Projekte vor.

Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

39. Die Ostseefrauenkonferenz (Baltic Sea Women's Conference) führte ca. 200 Teilnehmerinnen und Referentinnen aus den Staaten des ganzen Ostseeraumes vom 06. - 08. März 1997 nach Lübeck/Travemünde. Die Konferenz bot großen Raum für Informationsaustausch hat Anstöße zur Bildung von Netzwerken und verschiedenen Kooperationsformen von Frauen in der Ostseeregion gegeben. Eine Nachfolgekonferenz ist im Jahre 2000 in Helsinki/Finnland geplant. Die Finanzierung erfolgte u.a. durch EU-Fördermittel und einer Förderung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
40. Der Abschluß von Kooperationsverträgen mit dem dänischen Ministerium für Wohnungsbau und Bauwesen zu den Themen: "rationelles und industrielles Bauen, ökologisches und energiesparendes Bauen, Genossenschaftswesen" ist in Vorbereitung.
41. Zahlreiche Jugendbegegnungen in 1997 zwischen Jugendlichen aus Schleswig-Holstein und Ostseeanrainerstaaten werden aus dem Titel „Jugendaustausch mit dem Ausland“ sowie aus den verwalteten Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes für internationale Jugendarbeit bezuschußt. Bundesmittel fließen z. B. für die Konferenz der Sommerakademieleiter im Ostseeraum, Anfang September; in den Fachkräfteaustausch in Mikkeli/Finnland im Mai sowie in Jugendbildungsseminare in Litauen und Fachkräfteaustausch zwischen dem Landesjugendring und Vertretern litauischer Jugendarbeit. Für eine Jugendbegegnung in Tarp im Juli der INTEG-Jugend mit Partnern aus Dänemark, Finnland und Polen fließen erhebliche EU-Mittel - Jugend für Europa. Zuwendung erhalten die Amateurtheaterbörse „Rund um die Ostsee 2“ in Bad Segeberg im Oktober

der Jugendbildungsstätte Mühle mit Partnern aus Polen, Lettland, Estland, Schweden und Finnland: im Juli wird die 8. internationale Sommerakademie TRI-ANGEL auf dem Scheersberg mit Vertretern Dänemarks, Schwedens, Finnlands, Estlands, Litauens und der Russischen Föderation stattfinden und im August/September das internationale Jugendtreffen in Danzig zur 1000 Jahrfeier der Stadt. Die Ostseejugendkonferenz „Jugend und Umwelt“ auf dem Koppelsberg wird vom 27.09. - 04.10. vom Landesjugendring mit Vertretern Polens, des Baltikums und der Russischen Föderation durchgeführt.

Ministerium für Finanzen und Energie

42. Förderung der Zusammenarbeit der Versorgungsunternehmen rund um die Ostsee: Ein Stromaustausch zwischen Deutschland und Dänemark besteht seit Jahrzehnten. Inzwischen fertiggestellt ist eine Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung zwischen Schweden und Schleswig-Holstein, die die erste Direktverbindung mit dem Europäischen Stromverbund darstellt: beteiligt sind Preussen Elektra und der südschwedische Stromversorger Sydkraft AB. Vertraglich vereinbart ist eine Gleichstromverbindung zwischen Norwegen und Deutschland durch Preußen Elektra und HEW sowie STATNETT. Durch Vereinbarung zwischen Dansk Naturgas sowie Ruhrgas und der BEB-Erdgas GmbH sollen die jährlichen Erdgaslieferungen zwischen Dänemark nach Deutschland etwa versechsfacht werden.

Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

43. Die Ostseezusammenarbeit fördert die wirtschaftliche Verflechtung unter den Anrainerregionen. Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum verbessert die Chancen, im gesamteuropäischen Standortwettbewerb zu bestehen. Das Wirtschaftsministerium leistet seinen Beitrag
- an der Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur der Ostseeregionen und durch eine Anbindung des norddeutschen Hinterlandes;
 - Unterstützung technologischer Netzwerke;
 - Verwaltungsaustausch und Aus- und Fortbildungsinitiativen für Führungskräfte der östlichen Partnerregionen und
 - Außenwirtschaftsinitiativen der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holsteins (WSH).

Die Selbstverwaltungsebene der Wirtschaft unterstützt tatkräftig Bemühungen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Ostseeraum. So arbeitet die Vereinigung der Baltischen Handelskammern (BCCA) ostseeweit partnerschaftlich zusammen, das Sekretariat der BCCA befindet sich in der Industrie- und Handelskammer zu Kiel. Die Industrie- und Handelskammer zu Lübeck engagiert sich beim Aufbau von Partnerkammern in Lettland/Riga und Litauen (Klaipeda/Memel), die IHK zu Kiel engagiert sich entsprechend in der estnischen Industrie- und Handelskammer und in der Wirtschaftskammer Köslin und Danzig.

44. Wirtschafts und Verkehrsminister Steinbrück hat am 21.04.1997 an der 3. Ostseeverkehrsministerkonferenz in Berlin teilgenommen, auf der es u. a. um die Zusammenarbeit der Häfen und um ein neues System der Schiffsentsorgung ging.

Die Ostseehäfen sind als Schnittstellen für internationale Verkehre in der Lage, wachsende Ost-West-Verkehre aufzunehmen, wenn die Informationssysteme, die Umschlaganlagen und die Hinterlandverbindungen (Schiene, Straße, Wasserwege) entsprechend ausgebaut werden. Diese Ziele werden mit Hilfe der EU in den Koordinierungsgremien der Häfen und des Seeverkehrs vertieft. Sie waren Gegenstand des 4. Maritimen Dialogs in Brüssel am 16.04.1997.

45. Das Wirtschaftsministerium engagiert sich - als Osteuropabeauftragter der Landesregierung - beim Aufbau von demokratischen und marktwirtschaftlichen Strukturen in den östlichen Partnerregionen. Der Expertenaustausch zwischen den Verwaltungen (1996 insgesamt 23 Projekte) erstreckt sich immer stärker auf den Ausbau rechtsstaatlicher Rahmenbedingungen, betriebswirtschaftliche Themen treten mittlerweile in den Hintergrund. Die Zusammenarbeit in Bereichen von Polizei und im Rechtswesen ist verstärkt worden.
46. Das Wirtschaftsministerium fördert Aus- und Fortbildungsinitiativen für Führungskräfte der Wirtschaft. Bildungsinstitutionen des Landes Schleswig-Holstein gehen über zu Mehrländer-Fortbildungsseminaren mit Betriebspraktika. Im Jahre 1996 konnte ein Fortbildungsseminar mit Vertretern der 3 baltischen Staaten zum Thema „Qualitätsmanagement“ abgehalten werden, 1997 steht Polen im Vordergrund. Heimische Dozenten der Partnerregion sollen stärker in die Aus- und Fortbildungsarbeit einbezogen werden, erste Kontakte sind zur Technischen Universität Riga aufgenommen worden.

47. Die Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein (WSH) gestaltet - als Gemeinschaftseinrichtung des Wirtschaftsministeriums und der drei schleswig-holsteinischen Industrie- und Handelskammer - Außenwirtschaftsförderungsaktionen zur Erschließung von neuen Märkten. Dies geschieht z. B. durch Sprechtag für einzelne Länder und Regionen in Schleswig-Holstein, durch Gemeinschaftsbeteiligungen bei Auslandsmessen, Außenwirtschaftsberatungen u. a. Initiativen. Im Jahre 1996 stand die Pflege des Marktes Polen im Vordergrund.
48. Die Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein (TTZ) unterstützt die Einbindung lettischer Partner in das Netzwerk EU-Verbindungsbüros für Forschung und Technologie. In Lettland wurde ein Büro dieses Netzwerkes etabliert. Als Vertreter der EU-Verbindungsbüros in Schleswig-Holstein und Hamburg erhielt die TTZ-SH einen Beratungsauftrag für die lettischen Partner. Es werden für die kommenden Monate gemeinsame Veranstaltungen geplant.
49. Mit dem TISCH-Technologie-Informationssystem Schleswig-Holstein steht der schleswig-holsteinischen Wirtschaft ein Informationssystem zur Verfügung, das das Innovationspotential der kleinen und mittleren Unternehmen stärkt, insbesondere in dem von der Rüstungskonversion betroffenen Regionen des Landes Schleswig-Holstein. TISCH dient der Bildung lokaler Unternehmens-Zusammenschlüsse und soll die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen forcieren. TISCH ist mit einem Zuschuß von 2,7 Mio Mark das größte Projekt der Gemeinschaftsinitiative KONVER II. Dieses Projekt wird aus Landesmitteln und aus Mitteln der Europäischen Union gefördert. Insgesamt 10 Einrichtungen in Schleswig-Holstein, die eine Kernfunktion im Technologietransfer sowie eine wirtschaftspolitische Aufgabe für die jeweilige Region innehaben sind als Knoten in das Netz eingebunden und mit der nötigen Kommunikationsinfrastruktur ausgestattet. Via Datenleitung im Internet deckt TISCH den Informations- und Kommunikationsbedarf großer Zielgruppen regional und überregional ab und zwar insbesondere auch den Ostseeraum.
50. Das Datenverbundprojekt (datalink Lübeck/Skurup) zwischen Lübeck und Skurup/Südschweden wurde am 27.09.1995 eröffnet und der Vertrag über die Errichtung des Daten-Highways auf elektronischem Wege zwischen Lübeck und der Gemeinde Skurup geschlossen.

Kurzfristig besteht die Zielsetzung, eine funktionsfähige Verbindung von Lübeck nach Skurup zu errichten, die die Basisbedingungen für eine wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Regionen Südschweden und Schleswig-Holstein nachhaltig verbessern. Mittelfristig sollen all jene Mehrwertdienste systematisch aufgebaut werden, die ein enges Zusammenwachsen der Subregionen im Ostseeraum unterstützen können. Der Aufbau eines „Telekommunikationsnetzwerkes Ostsee“ könnte folgen.

51. Das BOPCOM Baltic Open Port Communication soll der Vernetzung der Häfen- und Verkehrswirtschaft im Ostseeraum dienen, um die bereits bei Unternehmen und Häfen bestehenden Systeme zu einem Datenaustauschsystem zusammenzufassen. Dabei könnten z. B. Umschlag, Transport, Statistik und die Gefahrengutkontrolle verbessert werden. Dieses Vorreiterprojekt der Ostseeregion könnte später auch der Mittelmeerregion zugute kommen.
52. Auf Initiative des schleswig-holsteinischen Verkehrsministers liegt seit Frühjahr 1997 ein praktikables wettbewerbsneutrales Modell zur Ölentsorgung von Schiffen in der Ostsee nach dem sogenannten „no-special-fee-system“ vor. Die Gremien der Helsinki-Kommission, aber auch Bonn und Brüssel beschäftigen sich derzeit mit diesem Vorschlag, der im Herbst 1997 Gegenstand einer Helsinki-Empfehlung werden soll.
53. BONMED-Baltic Open Network Medical Technology steht für den geplanten Aufbau eines Netzwerkes zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen im Ostseeraum auf dem Gebiet der Medizintechnik. Teilnehmer voraussichtlich Polen, Finnland, baltische Staaten.

Ministerium für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus (MLR)

54. Für zwölf estnische Agrarfachkräfte wird im Rahmen der Partnerschaften mit dem estnischen Landwirtschaftsministerium und der Agraruniversität Tartu vom 12.05. bis 08.11.1997 ein landwirtschaftliches Regierungspraktikantenprogramm durch die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein und die Carl-Duisberg-Gesellschaft gestaltet.
55. Beratungshilfe durch eine Vertreterin des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten (MUNF) beim Schlachthof in Kuressaare/Insel Saaremaa/Estland, gemeinsam mit dem estnischen Landwirtschaftsministerium.

56. Weiterführung des Projektes aus 1996 zur Etablierung von Methoden der Agrarmarktforschung an der Agraruniversität Tartu, Unterstützung bei der Entwicklung eines estnischen Herkunfts- und Gütezeichens für Lebensmittel, Beratung, Durchführung einer Marktanalyse zusammen mit der Universität Kiel.
57. Hospitation (1 Monat im September 1997) eines Mitarbeiters des estnischen Landwirtschaftsministeriums im MLR und weiteren agrarischen Dienststellen.
58. Für achtzehn lettische Agrarfachkräfte wird im Rahmen der Partnerschaften mit dem lettischen Landwirtschaftsministerium und der Agraruniversität Lettland in Jelgava vom 21.04. bis 15.10.1997 ein landwirtschaftliches Regierungspraktikantenprogramm durch die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein und die Carl-Duisberg-Gesellschaft gestaltet.
59. Beratung des lettischen Landwirtschaftsministeriums in Fragen der agrarischen Aus-, Fort- und Weiterbildung, gutachterliche Stellungnahme zum Restrukturierungskonzept zur agrarischen Bildung des lettischen Agrarministeriums, gemeinsam mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium.
60. Punktuelle Zusammenarbeit (z. B. Seminare etc.) bei der Umsetzung der 5b und LEADER II Förderung, auf Grundlage des Partnerschaftsvertrages des Landes Schleswig-Holstein mit der Region Vaasa/Finnland.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

61. Hospitationen für Ärztinnen/Ärzte, Zahnärztinnen/Zahnärzte und anderes medizinisches Personal werden - über die Ärztekammer Schleswig-Holstein - in schleswig-holsteinischen Krankenhäusern und Arztpraxen durchgeführt. Diese Hilfen sind langfristig angelegt und bedeuten „Hilfe zur Selbsthilfe“. Diese Hilfen wurden zunächst für Rußland, Belarus und die Ukraine und wurden auf Lettland, Litauen und Estland ausgedehnt.

Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten

62. Im August 1995 fand auf Einladung von Frau Bundesumweltministerin Dr. Merkel und der damaligen schleswig-holsteinischen Umweltministerin eine Konferenz der Umweltministerinnen und -minister des Ostseeraumes in Kiel statt. Hinleitend

auf die mit dem Aktionsprogramm von Kalmar 1996 festgelegte Schwerpunktsetzung im Bereich von Umwelt und ökologischer Erneuerung betont die Konferenz die Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung und Umweltschutz für die Kooperation im Ostseeraum. Im Rahmen von Kooperationsprojekten im Bereich des Umweltschutzes wird dieser Gedanke konkretisiert.

63. In Zusammenarbeit mit der EU, Schleswig-Holstein, dem Umweltbundesamt und Finnland sowie den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen wurde 1994 das Projekt „Baltic States Regional Environmental Policy Development for Estonia, Latvia und Lithuania“ begonnen und bis 1997 drei Teilprojekte durchgeführt: Das „Baltische Umweltforum“ für alle drei baltischen Staaten in Riga/Lettland, das wertvolle Arbeit durch Veranstaltungen von Seminaren und Tagungen leistet. Diese Arbeit soll fortgeführt werden. Möglichkeiten der Verlängerung des Projektes werden derzeit untersucht.

Das Trainingszentrum für Fachkräfte der Wasserwirtschaft an der Tallinner Technischen Universität für Fachkräfte aus allen drei baltischen Staaten ist in Betrieb, es wurden Laboreinrichtungen und umfangreiche Unterrichtshilfsmittel beschafft.

Am 13. Dezember 1996 wurden die rekonstruierten Kläranlagen auf der Insel Hiiumaa wieder in Betrieb gesetzt.

64. Projekt SEMLA (Strategies for Eco-Management among Local Authorities and Enterprises in the Baltic area): Erfahrungen mit Umweltmanagementsystemen, vor allem mit dem EU-Öko-Audit, werden zwischen Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sydsam und Danzig künftig ausgetauscht. Förderung durch ECOS/OUVERTURE wird beantragt, weitere anteilige Finanzierung durch alle Projektpartner. Dies ist ein beispielhaftes Projekt multilateralen Umweltschutzes.
65. Die Landesforstverwaltung hat in den Jahren 1993 bis 1995 zwei bzw. einwöchige Seminare für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der estnischen Forstverwaltung in Schleswig-Holstein durchgeführt. In diesen Seminaren wurden insbesondere die Grundsätze der naturnahen Forstwirtschaft in Vorträgen und auf Exkursionen vorgestellt.

**Stand der Beziehungen
zu den Partnerregionen Schleswig-Holsteins
im Ostseeraum 1997**

Baltische Staaten:

Mit der Republik **Estland** bestanden bereits vor der Unabhängigkeit gute Kontakte. Inzwischen existieren Gemeinsame Erklärungen der Wirtschafts-, Innen-, Verkehrs- und Landwirtschaftsressorts beider Seiten. Die schleswig-holsteinische Repräsentanz wurde 1995 eingerichtet, in Tallinn hat ferner die Landesbank Schleswig-Holstein ihre Repräsentanz und die IHK zu Kiel ihren Vertreter, der gleichzeitig Repräsentant der deutschen Wirtschaft ist. Die Zusammenarbeit mit Estland auch auf kommunalem und polizeilichem Gebiet sowie dem Hochschulsektor soll wie bisher weitergeführt und durch Kooperation auf dem Justizsektor ergänzt werden.

Mit **Lettland** hat das Landwirtschaftsressort eine Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit bis zum Jahre 2000 abgeschlossen. Die wirtschaftlichen Kooperationen und kommunalen Verbindungen sowie die Aktivitäten der Hochschulen sollen um Kooperationen im Justizsektor erweitert werden.

Mit **Litauen** gibt es eine Zusammenarbeit insbesondere zwischen den Polizeien, in der Jugendarbeit und auf der Ebene der Industrie- und Handelskammern.

Wojewodschaft Gdansk/Danzig/Polen:

Durch eine Gemeinsame Erklärung über regionale Zusammenarbeit vom 18. August 1992 wurden gemeinsame Projekte vereinbart. Am 18. Mai 1995 eröffnete die schleswig-holsteinische Repräsentanz in Gdansk/Danzig. Derzeit liegt der Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit Gdansk/Danzig darin, die Beiträge Schleswig-Holsteins zum 1000jährigen Stadtjubiläum in Gdansk/Danzig vorzubereiten und durchzuführen. Ministerpräsidentin Simonis wird an dem Danziger Millenium im August 1997 teilnehmen.

Kaliningrad Oblast/Königsberger Gebiet/Russische Föderation:

Das Hanse-Büro, 1992 eingerichtet, hilft Schleswig-Holstein seit 2 Jahren bei der Kontaktvermittlung und der Förderung von Projekten. Die Verbindung zu Kaliningrad/Königsberg gestaltet sich derzeit schwierig. Nach dem Wechsel der Führung der Gebietsverwaltung 1996 und der ungewissen Entwicklung im Oblast lassen sich die Kontakte nur schwer aufrechterhalten.

In der letzten Zeit haben Kontakte zum Leningrader Oblast und Novgorod Oblast ergeben, daß diese russischen Gebiete sehr viel aufgeschlossener für Kooperationen sind. In der weiteren Entwicklung dieser Beziehungen ist zu prüfen, ob mit diesen Regionen enger zusammengearbeitet werden kann.

Vaasa Regionalverbände/Finnland:

Durch die Reform der Provinzstruktur Finnlands ist der frühere Bezirk Vaasa in die neue Provinz Westfinnland aufgegangen. Nach der in diesem Jahr durchgeführten Reform erhalten die Regionalverbände erhebliche Kompetenzen und sollten Partner für die Ostseekooperation sein. Der frühere Bezirk Vaasa besteht aus drei Regionalverbänden, die weiterhin unser Partner sein wollen. Darüber wird in den nächsten Monaten verhandelt.

Südschweden/Sydsam:

Mit Sydsam, dem Zusammenschluß der Parlamentarischen Vertretungen der 8 Regierungsbezirke Südschwedens, ist am 21. April 1995 die Partnerschaftsvereinbarung unterzeichnet worden. Am 03. Februar 1995 war die Repräsentanz in Malmö eröffnet worden. Auch hier hat eine Verwaltungsreform dazu geführt, daß die Struktur sich geändert hat. So wurden 2 Bezirke zum neuen Bezirk Skåne zusammengelegt. Die Partnerschaft zu Südschweden ist auch deshalb von großer Bedeutung, weil es mitten in dem sich stark entwickelnden „Dynamischen Zentrum Südliche Ostsee“ liegt und wesentliche Impulse von dieser schwedischen Region ausgehen.

Regierungsbezirke Oslo und Åkershus/Norwegen:

Durch gemeinsame Erklärungen mit Oslo vom 17.08.1995 und Åkershus vom 24.06.1996 wurde eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Als erste größere Veranstaltung fand im Dezember 1996 ein Fachseminar über medizinisch-technische Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein statt. Oslo beteiligt sich an dem Schleswig-Holsteinischen Musik-Festival 1997. Vom 14. - 17. August 1997 werden die gemeinsamen schleswig-holsteinischen-norwegischen Wirtschaftstage in Schleswig-Holstein veranstaltet. Zwei workshops Umwelttechnik und Medizintechnik sind geplant - in einer Kooperationsbörse werden entsprechende Unternehmen zusammengebracht.

Mit dem „Schleswig-Holstein-Haus“ in Oslo stehen Räumlichkeiten zur Verfügung, die für Seminare, Tagungen, Konferenzen u. a. von Schleswig-Holstein benutzt werden können.

Sønderjylland, Storstrøm, Fyn/Dänemark:

Die langjährigen schleswig-holsteinischen Partnerschaften mit Regionen in Dänemark wurden mit Förderung insbesondere durch die Gemeinschaftsinitiative INTERREG weiter ausgebaut. Bis 1995 bewilligte die Europäische Union aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung insgesamt rd. 16.5 Mio. DM für deutsch-dänische Projekte.

Im Rahmen der aktuellen, bis 1999/2001 laufenden INTERREG-IIA-Förderperiode stehen insgesamt rd. 34 Mio. DM für die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark zur Verfügung. Grenzüberschreitend für Projekte eingesetzt werden davon im Landesteil Schleswig/Sønderjyllands Amt rd. 21 Mio. DM, in Ostholstein/Lübeck/Storstrøms Amt rd. 9,8 Mio. DM und in der Technologieregion K.E.R.N./Fyns Amt rd. 3,4 Mio. DM.

Mit der 1996 institutionalisierten, neuen Kooperation zwischen der Region K.E.R.N. (Kiel - Eckernförde - Rendsburg - Neumünster) und Fyns Amt hat die EU damit nicht nur den Norden, sondern nahezu die gesamte Ostseeküste Schleswig-Holsteins in die INTERREG-Förderung aufgenommen.

In der Region Landesteil Schleswig-Sønderjylland wird sich voraussichtlich im Herbst 1997 ein deutsch-dänischer Regionalrat für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene etablieren.

EU-geförderte Ostseeprojekte in Schleswig-Holstein

1. **Technikzentrum Lübeck, Projekt BOPCOM**
Kooperation mittelgroßer Häfen in der Ostseeregion (EU-Häfen, Maßnahmen beziehen sich auf Gefahrgutidentifikation, Hinterlandverkehre, Frachtgutkoordination etc.)
EU-Förderung 5 Mio. DM insgesamt aus dem Bereich Verkehrsforschung der EU
Geplant: BOPCOM Plus, Einbeziehung von Häfen der Reformstaaten
2. **DGB Nordmark**
Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz
Kooperation südliche Ostsee
Kooperationsnetzwerk und Forschungsprojekt zwischen Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Dänemark und Schweden
EU-Förderung: 50.000 DM
3. **DGB Nordmark, Projekt SODICOPA**
(Social Dialog and International Co-operation in the Baltic Sea Region)
Partner: Rußland, Estland, Litauen, Lettland, Dänemark etc.
EU-Förderung 160.000 ECU aus dem Programm PHARE-Demokratie
4. **DGB Nordmark, Ostsee-Qualifizierungsforum**
Gewerkschaftliches Informations- und Diskussionsforum im Ostseeraum zur beruflichen Bildung und Qualifizierung
EU-Förderung 500.000 DM aus dem Programm PHARE-Partnerschaft
5. **Firma INEM, Projekt International Network for Environmental Management**
ECO-Baltic Conference: Partnerschaften für eine nachhaltige Entwicklung im Ostseeraum
EU-Förderung 146.000 DM
6. **BEENET**
Baltic Environmental Education Network
Umweltbildung, Netzwerk von Schulen in der Ostseeregion
Träger: Bildungsministerium Schleswig-Holstein, Kooperationspartner in der gesamten Ostseeregion (Mikkeli, baltische Staaten, russische Ostseeregion etc.)
EU-Förderung 500.000 DM für 1997 aus der Haushaltslinie Umweltschutz/Ostsee

7. **AGRI-Nord**
Veranstalter: Investitionsbank Schleswig-Holstein
Kooperationsbörse der Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Ostseeregion
EU-Programm Interprise
EU-Förderung 75.000 DM
8. **Institut für Geophysik an der CAU in Kiel**
Seismische Tiefenuntersuchung der tektonischen Hauptstrukturen in der süd-westlichen Ostsee
Forschungsprogramm JOULE
Gesamtförderung 700.000 DM
9. **Ostseefrauenkonferenz**
Träger: Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau
EU-Förderung: 250.000 DM aus dem Programm „Chancengleichheit für Frauen und Männer“
10. **Environment in European Adult Education**
Träger: Weiterbildungseinrichtungen aus Schweden, Dänemark und Deutschland (Volkshochschule Kaltenkirchen)
EU-Förderung: 37.343 ECU für 1997 aus dem Programm „SOKRATES“

Übersicht über Ostseeakteure in Schleswig-Holstein

Die nachstehenden Akteure der Ostseekooperation aus Schleswig-Holstein werden als Beispiele für besonderes Engagement in der bi- und multilateralen Zusammenarbeit in der Ostseeregion näher vorgestellt. Diese Aufstellung kann nicht lückenlos sein, weil täglich neue Projekte weiterer Akteure bekannt werden und viele schleswig-holsteinische Institutionen und Organisationen einen Großteil ihres Wirkens in die Zusammenarbeit mit Partnern in den Ostseeanliegerstaaten legen. Das so entstandene Netzwerk wird ständig erweitert bzw. neu geknüpft.

Das **nordkolleg rendsburg GmbH**, 1992 aus der ehemaligen Heimvolkshochschule Rendsburg e. V. entstanden, ist ostseebezogen in vier Fachbereichen tätig: Berufsbezogenes Sprachen lernen einschließlich Deutsch als Wirtschaftssprache für Zielgruppen aus Skandinavien; Musik; Literatur und politische Bildung. Teilnehmer waren Vertreter aus Wirtschaft und Verwaltung der nordischen Länder sowie Studierende und Schülerinnen/Schülern wirtschaftswissenschaftlich orientierter Ausbildungsgänge an Schulen und Hochschulen der nordischen Länder. Die Tendenz geht hin zu maßgeschneiderten Seminarmaßnahmen für Auftraggeber aus Verwaltung, Industrie, Hochschulen. So wurden Sprachkurse für Delegationen der Partnerregionen Sydsam und Vaasa, oder z. B. im Rahmen der Städtepartnerschaft Rendsburg/Haapsalu, Estland Deutschkurse durchgeführt. Nach wie vor werden Intensivkurse in Deutsch als Fremdsprache auch frei ausgeschrieben.

Der **Verein „Freundeskreis Estland e. V.“**, ein privater Zusammenschluß von engagierten Kieler Bürgern, hat bereits über siebzig Patenschaften für kinderreiche Familien in Estland vermittelt und bemüht sich jetzt darum, für bedürftige hungemde Familien Suppenküchen in Tallinn einzurichten.

Der **DGB-Landesbezirk Nordmark** sowie Mecklenburg-Vorpommern haben gemeinsam mit den Gewerkschaften in Dänemark und Südschweden für den Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz ein Know-how-Netzwerk gebildet. Der DGB pflegt partnerschaftliche Kontakte zu Gewerkschaften in der Ostseeregion und hat eine „Ostseekooperation der Gewerkschaften“ gegründet.

Vom 12. - 14. September 1997 will die **DAG Landesverband Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern** ebenfalls die bestehende Zusammenarbeit von Angestellten-Gewerkschaften in einem zu gründenden „Baltischen Angestellten-Rat“ zusammenfassen und gemeinsame Protokolle verabschieden.

Die **Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche** hat langjährige partnerschaftliche Beziehungen zu den evangelisch-lutherischen Kirchen im Baltikum. So existieren in Schleswig-Holstein zehn Kirchenkreis-Partnerschaften mit einem Kirchenkreis oder einer Kirchengemeinde in Estland, fünf mit Lettland und drei mit Litauen. Viele humanitäre Aktionen sind in diesem Zusammenhang durchgeführt worden. Drei Diakonie-Ostsee-Konferenzen, 1990 in Rendsburg, 1992 in Tallinn, 1995 in Kopenhagen (1998 geplant in Stettin) führten zu Dreieckspartnerschaften zwischen den Diakonien der baltischen Länder, der nordischen Länder und Schleswig-Holstein.

Die **Ostsee-Akademie Travemünde** hat sich in den vergangenen Jahren gemäß ihrem Statut vom 22.06.1991 durch zahlreiche gemeinsame Ostsee-Veranstaltungen verstärkt den ostseerelevanten Themen zugewandt. Hier wird beträchtliche Arbeit im Sinne einer partnerschaftlichen und freundschaftlichen Kooperation geleistet und durch zahlreiche Ostseepublikationen ergänzt. Beachtlich ist, daß von den ausländischen Teilnehmern der Veranstaltungen neunzig Prozent aus den Staaten Ostmitteleuropas kommen. Herausragende Veranstaltung der Akademie 1996 war das internationale Kolloquium „Kaliningrad: Möglichkeiten der Entwicklung“, das die Akademie mit der Ev.-Akademie Nordelbien, dem finnischen Komitee für europäische Sicherheit und dem Institut für internationale wirtschaftliche und politische Studien der Russischen Akademie der Wissenschaften vom 03. - 05.11.1996 durchführte. Die Konferenz war prominent besetzt und trug dazu bei, das Königsberger Gebiet in die Zusammenarbeit im Ostseeraum zu verankern. In der Zeitschrift „Mare Baltikum“ gibt die Akademie jährlich Beiträge von Wissenschaftlern aus Ostseestaaten heraus.

Die Organisation „**Technologieregion K.E.R.N. e. V.**“ (Kiel, Eckernförde, Rendsburg, Neumünster), im Oktober 1991 gegründet, hat insbesondere zu Norwegen Beziehungen aufgebaut, und zwar zum Regierungsbezirk Telemark. Speziell für die grenzüberschreitende Kooperation mit Fyns Amt hat die EU aus INTERREG II rund 3,4 Mio. DM bewilligt.

Die „**Social-Hansa**“, im September 1992 auf schleswig-holsteinischer Initiative zunächst mit Dänemark gegründet als Koordinierungsstelle von Kooperationen und sozialen Aktivitäten, umfaßt heute ein Netzwerk von sozialen Einrichtungen in Dänemark, Deutschland, Polen, Lettland, Litauen, Estland, Rußland, Finnland, Schweden und Norwegen. Konferenzen wurden seit 1993 ebenso durchgeführt wie kommunale Projekte zwischen Ostseehafenstädten. Dies erfolgte in Zusammenarbeit mit der UBC (Union of the Baltic Cities). Die „**Social-Hansa**“ will in Zukunft verstärkt eine Kooperation zwischen Ostseeanrainerstaaten zur Lösung von sozialen Problemen durchführen. Das „**Social-Hansa**“-Büro befindet sich in Kopenhagen.

Die schleswig-holsteinischen **Industrie- und Handelskammern**, insbesondere die IHK zu Kiel, setzen sich seit längerer Zeit für eine engere wirtschaftlichere Zusammenarbeit im Ostseeraum ein. U. a. gibt es bilaterale Kammerpartnerschaften, wie z. B. die der IHK zu Kiel mit der Partnerkammer in Tallinn oder in Gdansk/Danzig und Köslin. Nach dem politischen und wirtschaftlichen Umbruch war die Gründung der **Baltic Sea Chambers of Commerce Association (BCCA)** im Juni 1992 in Warnemünde die logische Konsequenz. In ihr arbeiten heute einundvierzig Kammern der Ostseeanrainerstaaten Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Rußland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen. Die BCCA versteht sich als Sprachrohr der Wirtschaft für den Ostseeraum. Oberstes Ziel ist die Förderung der Handelsbeziehungen untereinander. Die BCCA handelt als Botschafter für den Wirtschaftsraum Ostsee und damit auch im Interesse Schleswig-Holsteins.

Das seit zehn Jahren bestehende **Technikzentrum Lübeck** hat durch Kontakte zu anderen Technikzentren sowie in Verbindung mit EU-Projekten zu den Themen Hafen- und Medizintechnik-Kommunikation zahlreiche Kontakte zu Transfereinrichtungen im Ostseeraum aufgebaut. Das Projekt „**BOPCom**“, das der Kooperation im Rahmen der Ostseeverkehrs- und -hafenpolitik dient, ist eine begrüßenswerte Aktivität, weitere Hafenentwicklungsprojekte im Ostseeraum sind geplant.

Die **Energiestiftung Schleswig-Holstein**, gegründet Dezember 1993, zur Erforschung, Entwicklung und Verbreitung von Kenntnissen und Maßnahmen des Klimaschutzes, der rationellen Energieverwendung und der Verminderung der CO₂-Emissionen hat Konzepte und Projekte der Energiepolitik entwickelt, so z. B. das Projekt „**Klimaschutzstadt Kiel**“, gemeinsam mit der „**Brundtlandstadt Bredstedt**“ oder die Einrichtung des grenzüberschreitenden Studiengangs „**Energie- und Umweltmanagement**“

zum Wintersemester 1997/98 gemeinsam mit den Hochschulen in Flensburg und Sønderborg. Für die Errichtung eines Energienetzwerkes Ostseeraum bemüht sich die Energiestiftung um Fördermittel der EU.

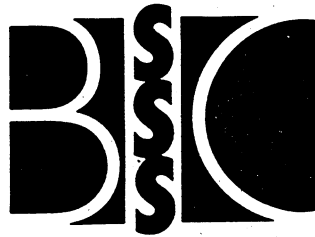
Die **Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH)** wurde 1969 vom Land Schleswig-Holstein und den schleswig-holsteinischen IHK's gegründet, um in Skandinavien und Osteuropa außenwirtschaftsfördernd tätig zu werden. Inzwischen bestehen deshalb Vertretungen in allen nordischen Ländern. Die WSH stellt Wirtschaftskontakte her, die schleswig-holsteinische Unternehmer beim Einstieg ins Auslandsgeschäft nutzen können. Zum anderen unterstützt die Gesellschaft Ansiedlungsvorhaben ausländischer Investoren in Schleswig-Holstein. Vom 14. - 17. August 1997 führt die WSH die Schleswig-Holsteinisch-Norwegischen Wirtschaftstage in Lübeck und Kiel durch, an denen in Zusammenarbeit mit unseren Partnerregionen Oslo und Akershus Workshops zur Umwelttechnik und Medizintechnik sowie Unternehmenstreffen angeboten werden.

Die **Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale** ist in ihrer Funktion als „Bank des Nordens“ als einzige deutsche Bank mit einer Niederlassung in Skandinavien durch die Filiale in Kopenhagen vertreten. Im Herbst 1997 will die Landesbank Kiel Repräsentanzen in Stockholm und Oslo errichten. Wegen der schwerpunktmäßigen geschäftlichen Ausrichtung nach Estland wurde 1995 die Repräsentanz Tallinn eröffnet. Die Landesbank erstellt regelmäßig Wirtschaftsanalysen über die Länder des Ostseeraumes zur Kundeninformation und gibt dazu den „Ostseereport“ heraus. Die **Investitionsbank Schleswig-Holstein**, ein Zentralbereich der Landesbank und zentrale Förderinstitution des Landes, ist von der EU Kommission mit der Durchführung von Finanzierungs- und Verwaltungsaufgaben im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C betraut worden. Mit diesen Aktivitäten erweitert die Investitionsbank ihre EU-Aktivitäten im Ostseeraum, die hierauf eingerichtete Ostseeagentur wird in der Rostocker Niederlassung der Landesbank Kiel angesiedelt sein.

Die **Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein in Kiel“ (WAK)**, 1967 als Verein von den drei schleswig-holsteinischen IHK's gegründet, empfängt als staatlich anerkannter Träger der Weiterbildung pro Jahr rund 19.000 Teilnehmer aus dem In- und Ausland und verfügt über gute Arbeitskontakte in ihren Bereichen Bildung, Institut für Führungskräfte, staatlich anerkannte Berufsakademie und staatlich anerkannte Fachschule für Wirtschaft zu Finnland, Norwegen, Dänemark und Polen; führt zahlreiche Projekte mit Ostseeanrainern durch, wie z. B. Austausch von Studenten mit der Handelshochschule Vaasa, Projekthilfe beim Aufbau einer Weiterbildungseinrichtung in Danzig, oder das Projekte „Übungsfirmen und Qualifizierungsnetz Euro-Mare-Baltikum in Flensburg“.

Die **Technologiestiftung Schleswig-Holstein** fördert Projekte insbesondere aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung und ist in Kooperation mit der **Technologie-Transfer-Zentrale ttz-GmbH** ostseeweit tätig. Die ttz SH bildet die Schnittstelle zwischen Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und den Verwaltungen Schleswig-Holsteins und soll das technologische Know-how umsetzen. Das Projekt TISCH - Technologie-Information-System-Schleswig-Holstein - diente der Erfahrung über das Kooperations-, Technologietransfer- und Informationsnetz. Darauf aufbauend ist das Vorhaben TISCH II, gefördert durch die EU, begonnen worden. Mit dem Projekt ALSBALT will die ttz die Entwicklung einer Übersetzungssoftware im baltischen Raum erreichen und bemüht sich um EU-Förderung. Durch zahlreiche grenzüberschreitende Technologieprojekte hat die ttz gute Kontakte zu Projektpartnern in Dänemark, Finnland und Schweden.

Das **Ostsee-Jugendbüro**, Februar 1990 beim Landesjugendring Schleswig-Holstein eifgerichtet, war von Beginn an Vorreiter der jugendpolitischen Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Als nichtkommerzielle Beratungs- und Informationsagentur wurden Kontakte hergestellt zu Dänemark, Norwegen (Oslo und Umgebung), Schweden (Region Skåne), Finnland (Provinzen Mikkeli, Kymi und Vaasa), Rußland (Vyborg, St. Petersburg und Kaliningrad), Estland, Lettland, Litauen und Polen (Ostsee-Wojewodschaften). Seit 1989 finden die jährlichen Ostseejugendkonferenzen statt. Die vierterjährliche Zeitschrift „Ostsee-Jugendinformation“ gibt das Ostseejugendbüro heraus.



BALTIC SEA STATES
SUBREGIONAL
CO-OPERATION

Anlage 3 b

Actors in the Baltic Sea Area

Preface

In Europe in general and in the Baltic Sea area in particular, the significance of regions is increasing. By now, they form an important part of European politics. They contribute to overcome borders and help Europe to grow together. And an active regional policy in the whole of Europe guarantees people to retain their own regional identity in spite of Europe's evergrowing integration.

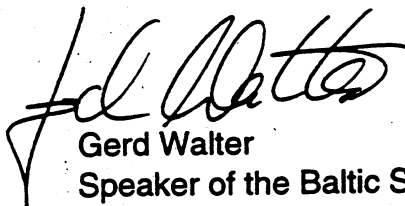
In the Baltic Sea area a significant common cultural heritage and traditionally close relationships - not only in trade - meet with the growing readiness still to move together more closely. The subregional level in the littoral states is indispensable for this process as this level is the one where people actually meet.

Since there is a wide range and number of governmental, non-governmental and semi-governmental organisations with the common aim to foster the further development of the regions, the BSSSC felt that a guide of actors in all the fields of action and co-operation might be necessary.

Although this compilation of actors does not claim to be complete, it might give helpful assistance to everybody trying to orientate oneself in the Baltic Sea area. Any suggestion or comment, especially for corrections, will be more than welcome.

We owe many thanks to the Öresundskomiteen, whose brochure - Actors in the Baltic Sea region - served as a main source for this little booklet.

Kiel in July 1997



Gerd Walter
Speaker of the Baltic Sea States
Subregional Co-operation

Table of Contents

I. Actors in the field of:	7
1. Environment protection/Ecology:	7
The Baltic Basin Case Study - Towards a Sustainable	
Baltic Europe	7
Baltic Environmental Forum/BEF	7
Coalition Clean Baltic	8
ECO Baltic/Baltic Environmental Marketplace.....	8
Eco Baltic Foundation.....	8
Environmental Centre for Administration and	
Technology (ECAT).....	9
Helsinki Commission (Helcom).....	9
International Baltic Sea Fishery Commission	10
The International Council for Local Environmental	
Initiatives (ICLEI)	10
International Council for the Exploration of the Sea (ICES)	10
WWF Baltic Sea Programme.....	11
 2. Trade and Economy:	11
Baltic Network.....	11
Baltic Sea Chambers of Commerce Association (BCCA)	12
Baltic Sea Forum	12
Baltic Sea Partenariat.....	12
The Baltic Trade Office.....	13
Euroregion Pomerania.....	13
Hanseatic Parliament	14
 3. Transport:	14
Baltic Ports Organisation	14
 4. Agriculture:	15
Baltic Agricultural Run Off Action Programme (BAAP).....	15

5. Communication/Information flow:	15
Baltic Sea Alliance (BSA)	15
Baltic University Programme	16
Info Balt/Co+Balt.....	16
6. Science and Education:	17
Baltic Sea Educational Project	17
Baltic Sea Project	17
Baltic Summer University	17
The Baltic Sea Systems Studies (Basys)	18
The Conference of Baltic University Rectors	18
Euro Faculty	18
Nordic Working Programme for Areas Adjacent to the Nordic Region.....	19
7. Research and Scientific Organisations:	19
Baltic Sea Conference of Psychosomatics and Psychotherapy.....	19
Centre of Nordic Baltic History and Political Studies	20
Cre/Copernicus	20
8. Social Affairs:	20
Social Hansa	20
9. Culture:	21
Ars Baltica	21
Association of Museums and Castles around the Baltic Sea	22
Baltic Music Network	22
The Baltic Sea Culture Centre	22
Biblioteka Baltica	23
10. Tourism and Sports:	23
Baltic Tourism Co-operation (BTC)	23

11. Mass Media:	24
Baltic Media Centre	24
Baltic Sea Centre for Writers and Translators	24
Hansa Media Project	25
12. Parliamentary Conferences:	25
Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Area	25
13. Baltic Sea Institutes, Academies	26
Akademie für Raumforschung und Landesplanung/ Academy for Spatial Research and Planning	26
The Baltic Institute of Finland	26
The Baltic Institute of Poland	27
The Baltic Institute of Sweden	27
The Baltic Sea Academy	28
14. Youth Organisations:	28
Baltic Sea Youth Office	28
15. Spatial Planning and Regional Development:	28
VASAB 2010 (Visions and Strategies around the Baltic Sea 2010)	28
16. Other Organisations with different Purposes:	29
Baltic Investment Programme	29
Baltic Sea Commission/CPMR	29
Baltic Sea States Subregional Co-operation (BSSSC)	30
Council of European Municipalities and Regions	31
Council of the Baltic Sea States (CBSS)	31
Four Corners in the South Baltic Sea	31
Islands of the Baltic	32
Modern Day Hansa Fair	32
The North European Club	33
The Pro Baltica Forum	33
Trans Baltic Network	33
Union of the Baltic Cities (UBC)	34

II. Addresses of Public Offices:	35
1. Associations of Cities, Municipalities and Regions:	35
Denmark.....	35
Estonia.....	35
Finland.....	35
Germany.....	36
Latvia	36
Lithuania	36
Norway	36
Poland	36
Sweden.....	37
International.....	37
2. Nordic Information Offices in the Baltic Region	38
3. Representative Offices in the Baltic Sea Area:	38
Estonia.....	38
Finland.....	39
Germany.....	39
Latvia	39
Lithuania	39
Poland	40
Russia.....	41
Sweden.....	42
4. Representative Offices in Brussels:	43
Denmark.....	43
Finland.....	44
Germany.....	44
Norway	45
Sweden.....	45

I. Actors in the field of:

1. Environment protection/Ecology:

The Baltic Basin Case Study - Towards a Sustainable Baltic Europe

This study was started in April 1996, helped by EU's MAST programme. Participants are nine scientists from Sweden, Germany, Finland, Poland and Estonia, representing different disciplines and academic traditions. Different participants contribute with ideas/articles within certain fields. The goal is to show the dynamics of normal and ecological processes in the Baltic Sea and to formulate a strategy that should secure a sustainable development in the Baltic Sea.

Department of Systems Ecology
Stockholm University
S-106 91 Stockholm
phone: +46 8 16 20 00
fax: +46 8 15 84 17

Baltic Environmental Forum/BEF

BEF was founded in 1995, when an initial working programme was adopted until 1997. The basis for the work is an environmental co-operation agreement between the three Baltic states.

BEF's key issues are to act as a facilitator for the implementation of national strategies and programmes. To serve as a platform for inter-ministerial deliberations and the wider public debate. To organize events and expert meetings as proposed by the Baltic Council and Baltic Ministers and to support environmental education. Another objective is to link national measures to basin-wide and European Union requirements and activities in the field of environment. A water management training facility in Tallinn will be developed.

Baltic states regional environmental development
c/o Ministry of Environment
Peldu iela 25
LV - 1494 Riga
phone: +371 7 22 31 08
fax: +371 7 22 88 92

Coalition Clean Baltic (CCB)

CCB is an independent non-profit organisation established in 1989, with 26 different national and international NGO members. CCB is a network for co-operation and coordination between these NGOs and its goal is to stimulate protection of the environment and natural resources. CCB arranges campaigns about environmental topics/problems.

Swedish Society for Nature Conservation

Johan Niss

PO Box 46 25

S-116 91 Stockholm

phone: +46 8 70 26 519

fax: +46 8 70 2 08 55

e-mail: Johan.Niss@snf.se

ECO Baltic/Baltic Environmental Marketplace

ECO Baltic was founded in 1995 in Lübeck on the initiative of International Network for Environmental Management.

Participants are about 400 representatives of companies, NGOs, research and educational institutions, local and regional authorities interested in the sustainable development of the Baltic Sea region.

ECO Baltic's objectives are to create an environmental market place among environment-conscious industries and businesses facilitating technology transfers and development of clean production processes and products. Another aim is to facilitate partnerships between regional actors from different sectors.

International Network for Environmental Management (INEM)

Bahnhofstraße 36

D - 22880 Wedel

phone: +49 4103 84 109

fax: +49 4103 13 699

Eco Baltic Foundation

The organisation, established in Poland in 1988, is a non-profit NGO, participating actively in Baltic Sea related problems, partly financed by PHARE. The goal of the organisation is to stimulate ecological attention by organising beach clean-ups, conferences etc. The organisation publishes books and a monthly magazine (also in English).

Eco Baltic Foundation

ul. Krywonskiego 47

PL-80 ??? Gdansk-Oliwa

Environmental Centre for Administration and Technology (ECAT)

The ECAT organisations have participants from most Baltic Sea countries. ECAT's goal is to develop, implement and coordinate international environmental projects and technical assistance. ECAT is occupied with the following problems:

- purification of drinking and sewage water
- reduction of air pollution
- improvement of waste management

ECAT Kaliningrad
ul. Gorkogo 25
RUS-236040 Kaliningrad
phone: +7 0112 27 54 70
fax: +7 0112 27 51 10

ECAT Riga
Rupniecibas iela 25
LV-1045 Riga
phone: +371 7 82 02 63
fax: +371 7 82 02 64

ECAT St Petersburg
Odoevskogo ul 24-1
PO Box 163
RUS-199 155 St. Petersburg
phone: +7 812 35 22 405
fax: +7 812 35 22 618

Helsinki Commission (Helcom)

The Convention on the Protection of the Marine Environment of the Baltic Sea area was signed in 1974, ratified in 1980 and revised in 1992. Helcom's goal is to protect the Baltic Sea from land and ship pollution. Furthermore, it is the goal of the organisation to incorporate international environmental legislation so that the legislation dealing with protection of the marine environment is implemented in the Baltic Sea. Helcom arranges yearly meetings and is a co-operation between international administrations, with NGO's having an observer status. Resolutions that are decided on unanimously in Helcom are looked upon as recommendations to the relevant governments and should be incorporated in their legislation.

Helsinki Commission
Katajanokanlaituri 6B
FIN-00160 Helsinki
phone: +358 9 6220 220
fax: +358 9 6220 2239

International Baltic Sea Fishery Commission

The organisation has existed since 1974. Participants are all the countries around the Baltic Sea. The goal of the organisation is to preserve and improve living conditions in the Baltic Sea. Participants co-operate in deciding on fishing quota. EU member countries must fulfill the quota system of the European Union.

International Baltic Sea Fishery Commission
20 Hoza St.
PL-00950 Warsaw
phone: +48 2 628 8647
fax: +48 2 625 3372

The International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI)

The organisation was established in 1992, by IULA, the International Union of Local Authorities. The goal has been to act as an international forum for sustainable development and environmental protection policy on a local level. ICLEI is involved in co-operation in the Baltic Sea and guides local authorities. Furthermore, the organisation coordinates an international campaign to stimulate climate protection through local action.

ICLEI
European Secretariat
Barbara Anton
Eschholzstr. 86
D-79115 Freiburg
phone: +49 761 368 920
fax: +49 761 362 60
e-mail: 100757.3635@compuserve.com

International Council for the Exploration of the Sea (ICES)

The organisation was established in 1902, and at present, all Baltic Sea countries are members. Scientists within the fields of physics, biology and chemistry work on the marine environment. The organisation prepares scientific recommendations for the different governments. Reports and recommendations about fishing possibilities, pollution etc. are drawn up.

ICES
Palægade 2-4
DK-1261 København K
phone: +45 33 15 70 92
fax: +45 33 93 42 15

WWF Baltic Sea Programme

The organisation was established in 1990 as a NGO. Its goal is to co-operate with different partners in order to develop and implement a working programme dealing with nature conservation and biodiversity in the region. Different seminars/conferences have been arranged.

WWF International Baltic Programme

WWF Sweden Ulriksdals Slott

S-170 71 Stockholm

phone: +46 8 624 74 00

fax: +46 8 85 13 19

2. Trade and Economy:

Baltic Network

The Baltic Network emerges from the Foundation Environment and Nature, where the goal was to improve local/regional environmental co-operation in the Baltic Sea. One of the initiatives was organising The Baltic Sea Conference for Local and Regional Development. The Foundation Environment and Nature no longer exists.

The Baltic Network is a regional organisation in Østergötland, Sweden. The organisation's goal is to build an information bridge over the Baltic Sea in order to develop knowledge and create contacts between authorities, organisations, companies and individuals around the sea, especially with the Eastern European countries. A longterm strategy is to create economic development, increase trade and increase employment in Østergötland.

Baltic Network

Mr. Bengt Anckarman

Trädgårdsgatan 6A

S-602 24 Norrköping

phone: +46 11 26 40 05

fax: +46 11 13 77 33

Baltic Sea Chambers of Commerce Association (BCCA)

BCCA was established in June 1992. The different Chambers of Commerce in European Union countries, EFTA countries as well as former Comecon countries became aware of the need to establish an organisation that could guide and help industry and business located around the Baltic Sea. At present BCCA has 45 members together representing more than 350.000 companies in every sector of the North European market. Furthermore, BCCA stimulates co-operation between companies in the Baltic Sea.

Baltic Sea Chambers of Commerce Association

c/o Industrie- und Handelskammer zu Kiel

Mr. Wolf-Rüdiger Janzen

Lorentzendamm 24

D - 24103 Kiel

phone: +49 431 5194 209/216

fax: +49 431 5194 234

Internet: <http://www.ihk.de/kiel/bcca>

Baltic Sea Forum

The Baltic Sea Forum was founded in October 1991 in Stockholm. Its mission is to promote the economic development of the Baltic Sea Region. Public and private organizations from the Baltic Sea Region are members of the Forum.

Stockholm International Fairs

Mr. Jack Herodes

S-12580 Stockholm

phone: +46 8 749 43 47

fax: +46 8 749 44 44

Baltic Sea Partenariat

The Baltic Sea Partenariat is an independent regional version of Europartenariat, sponsored by BCCA and the local World Trade Centre. Companies and business organisations from Baltic Sea countries participate. The goal is to exhibit, meet and co-operate, hereby improving the possibility of access to the Eastern European market and stimulating the development of this market.

Baltic Sea Partenariat

World Trade Centre Gdynia

Almii Krajowej 24

PL-81 372 Gdynia

phone: +48 58 20 11 83

fax: +48 58 20 13 02

The Baltic Trade Office

The Baltic Trade Office is a part of Oxelöinvest AB, owned by the municipality of Oxelösund in Sweden. The office establishes contacts between companies in Sweden and Eastern Europe. Consultants working for the office speak the relevant language and have knowledge of the economical and political conditions in the relevant country. Guidance is given in establishing companies, part-ownerships and joint-ventures. The office also works for local and national authorities, in preparing analyses etc.

The Baltic Trade Office
Box 102
S-613 22 Oxelösund
phone: +46 155 333 73
fax: +46 155 333 63

Euroregion Pomerania

Euroregion Pomerania was established in December 1995 and is a co-operation between POMERANIA e.v. in Germany and POMERANIA in Poland. The regions concerned are two peripheral regions compared to their national centres, but important anyway due to the fact that they have Baltic Sea harbours (especially Szczecin in Poland). Furthermore the regions are important historically as a link between Scandinavia and Eastern Europe. The goal of Euroregion Pomerania is to improve regional co-operation, develop SMEs, expand industrial areas, joint marketing etc. Euroregion Pomerania co-operates with the Danish counties Vestsjælland and Bornholm as well as the Swedish counties Malmö and Kristianstad (these two counties merged into one county - Skåne 1/1/1997) in areas/projects of joint interest.

POMERANIA
Ernst-Thälmann Str.4
D-17321 Löcknitz
phone: +49 39754 20580
fax: +49 39754 21053

POMERANIA
Zamek Książat Pomorskich
ul. Korsarzy 2
PL-70-540 Szczecin
phone: +48 91 342 001
fax: +48 91 340 283

Hanseatic Parliament

The Hanseatic Parliament is a joint initiative by Håndværksrådet (The Danish Federation of Small and Mediumsized Enterprises) and the Hamburg Chamber of Handicrafts, in order to expand co-operation within the Hanseatic Handicrafts Federation. 25 institutions/organisations of small and mediumsized companies in Northern Europe participate. The goal is to act as an organisation that stimulates co-operation between members and other companies in the region, to exchange experience and organise joint events/projects.

Secretariat Danish Federation of SME
Håndværksrådet
Ameliegade 31
DK-1256 København K
phone: +45 33 93 20 00
fax: +45 33 32 01 74

3. Transport:

Baltic Ports Organisation

BPO was established in Copenhagen in 1991 and has about 40 members. The main goal for BPO is to increase the transport of goods and people between the harbours in the Baltic Sea. BPO works on developing maritime transport in the Baltic Sea, coordinating co-operation forms, exchanging information, establishing and maintaining international contacts for member and marketing the Baltic Sea as a strategic logistical centre.

Baltic Ports Organisation
Postbox 2083
Nordre Toldbod 7
DK-1013 København K
phone: +45 33 47 99 99
fax: +45 33 47 99 33

4. Agriculture:

Baltic Agricultural Run Off Action Programme (BAAP)

BAAP was established in 1993. The goal is to reduce agricultural pollution in Poland, Russia and the Baltic countries. The starting point of the projects is to show technology, methodology, training and capacity building. Demonstration farming should be supported. Individual projects are carried out by NGO's and associations of farmers.

Swedish University of Agricultural Science
Box 7070
S-750 07 Uppsala
phone: +46 18 67 10 00
fax: +46 18 67 34 20

5. Communication/Information flow:

Baltic Sea Alliance (BSA)

BSA was founded in October 1996 as a common project of the Baltic Sea Chambers of Commerce Association (BCCA), the Baltic Sea States Subregional Co-operation (BSSSC) and the Union of the Baltic Cities (UBC). The Baltic Institute of Finland supported the project with their technical means. The main objective is to improve the information flow in the Baltic Sea area via the internet and to link the web-sides of the core-organisations for an easy access to all of them. In regional perspective the BSA offers an extensive, reliable and non-profit platform and contact network for all Baltic Sea organisations.

Till July 1998:

Baltic Sea Alliance
c/o Union of the Baltic Cities
Box 611
S-391 26 Kalmar
phone: +46 480 83 500
fax: +46 480 83 122
e-mail: Lars.Malmborg@Kalmar.se

Baltic University Programme - A Regional Network University

Approximately 135 universities and other institutions of higher learning around the Baltic Sea area at large (14 countries) are active within the programme. The core set of teachers and researchers amounts to almost 700 persons. About 10.000 students have taken part in courses given. The objectives are to teach undergraduate courses on television mediated via satellite on issues of common concern for the region. To co-operate with conventional channels with the purpose of broadcasting these course programmes to the general public. To support research co-operation and seminars, mainly on environmental problems.

Two main programme series have been relayed: The Environment of the Baltic (1991/92) and Peoples of The Baltic (1993/94). Apart from an educational goal, the latter intended to foster mutual understanding in the region as a basis for peaceful coexistence, development and security.

Programme Coordinating Secretariat
The Baltic University Programme
Uppsala University
Box 2109
S-750 02 Uppsala
phone: +46 18 18 18 40
fax: +46 18 18 17 89

Info Balt/Co+Balt

This German organisation was established in 1991. The goal is to communicate and co-operate with the three Baltic countries, support workshops, projects and act as information centre. The organisation publishes a newsletter. Furthermore the organisation arranges joint events and supports co-operation between German and Baltic organisations.

Informationszentrum Baltische Staaten
Helgolanderstr. 10
D-28217 Bremen
phone: +49 421 39 62 794

6. Science and Education:

Baltic Sea Educational Project

BSEP was started in 1992 by Bornholm, with participants from the Baltic countries, Poland and Russia. BSEP arranges seminars and courses within agriculture, forestry, public administration, tourism, social conditions etc. BSEP has organised more than 100 arrangements, with more than 1000 participants.

Secretariat Bornholms amt
Mr. Claus Munch Jørgensen
Ullasvej 23
DK-3700 Rønne
phone: +45 56 95 60 00
fax: +45 56 95 73 97
e-mail: KSCMJ@BORA.DK

Baltic Sea Project

The Baltic Sea project was established in 1988 with national coordinators from roughly 200 schools in all Baltic Sea countries participating. The goal is to strengthen the awareness of environmental problems in the Baltic Sea and to make it possible for students to study and keep up with environmental changes. Co-operation between the schools is encouraged. Different courses and summercamps etc. have been arranged and newsletters are published.

Siw Sellin, Koordinator
National Agency for Education
S-106 30 Stockholm
phone: +46 8 723 3274
fax: +46 8 244 420

Baltic Sea Summer University

The university was established in 1990 by Lübecks Chamber of Commerce. The courses are sponsored by other chambers of commerce, BCCA and companies in Schleswig-Holstein. The goal of the university is to offer a two weeks course in regional economic development. Each year about 50 students from the entire Baltic Sea region participate.

Industrie- und Handelskammer zu Lübeck
Breite Strasse 6-8
D-23 552 Lübeck
phone: +49 451 70 85 01
fax: +49 451 70 85 284

The Baltic Sea Systems Studies (Basys)

The members of Basys are scientific institutions and universities from Baltic Sea countries, Norway, UK and Holland. The goals are to study the conditions for mechanisms and processes that influence the ecosystem of the Baltic Sea within the fields of maritime physics, chemistry, biology and geology, as well as investigating external influences on the ecosystem.

Basys
Institute for Baltic Sea Research
Warnemünde
Seestrasse 15
D-18119 Rostock

The Conference of Baltic University Rectors (CBUR)

The first conference was arranged in Gdansk, Poland in 1990. Roughly 75 heads from universities and colleges in the Baltic Sea participate. The goal is to stimulate co-operation between universities and to create possibilities for developing universities in Russia, Poland and the Baltic countries. CBUR creates a forum for discussion/contact between heads, research programmes and students. CBUR works on stimulating the mobility of students and on acknowledging each other's courses and grades.

Bengt Stenlund
President of CBUR
Åbo Akademi
FIN-20500 Åbo
phone: +358 21 2654 311

Euro Faculty

Directorate/Riga Centre
University of Latvia
Raina Blvd 19
LV-1586 Riga
phone: +371 7 229 434
fax: +371 7 820 260

Tartu Centre
University of Tartu
Lossi Str 5/7 room 331
EE-2400 Tartu
phone: +372 7 43 52 61
fax: +372 7 44 12 90

Vilnius University
Sauletekio al 9 II bld 702
LT-2054 Vilnius
phone: +370 2 76 93 78
fax: +370 2 76 93 78

Nordic Working Programme for Areas Adjacent to the Nordic Region

The programme was established in 1990, with participants from all Baltic Sea countries. At first it was meant to be a programme for education and scholarships. The goal now is:

- to stimulate study/research possibilities in the Nordic countries and exchange programmes for students and staff from the Baltic countries
- to stimulate Nordic co-operation projects with the Baltic countries and other Eastern European countries, mainly dealing with technical assistance, education and training.
- to establish joint Nordic information offices in Tallinn, Riga and Vilnius in order to improve contacts and co-operation possibilities between the Nordic countries and the Baltic countries.

Nordic Council of Ministers
Store Strandstræde 18
DK-1255 København K
phone: +45 33 96 02 00
fax: +45 33 96 02 02

7. . Research and Scientific Organisations:

Baltic Sea Conference of Psychosomatics and Psychotherapy

The organisation was established in Kiel, Germany, in 1992, and involves scientists from the Baltic Sea countries. The goal is to act as a forum for communication and exchange between scientists and apprentices within the fields of psychosomatics and psychotherapy. Yearly conferences are arranged.

Klinik für Psychotherapie and Psychosomatik
Christian Albrechts University, Kiel
Niemannsweg 147
D-24105 Kiel
phone: +49 431 597 2650
fax: +49 431 597 2651

Centre of Nordic Baltic History and Political Studies

This independent institute of research was established in 1992. The institute has worked on the modern Baltic history as well as the economical and political problems in the Baltic Sea countries. In October 1996 a conference - "Baltic and Nordic countries in the European integration process" - was arranged.

Centre for Nordic Baltic History and Political Studies

Meistary iela 10
LV-1050 Riga
phone: +371 7 21 43 71
fax: +371 7 22 87 84

Cre/Copernicus (co-operation programme in Europe for Research on Nature and Industry through Coordinated University Studies)

The organisation has participants from universities in Baltic Sea countries. The goal is to stimulate co-operation between higher education institutions and universities in the region. Copernicus is a programme for coordinated education and research in environmental problems. The programme is implemented at the subregional level in the Baltic Sea. The organisation publishes books, arranges courses and generally works on environmental legislation, ecological economy as well as environment and health.

Centre for Research on Resources and Environment

Stockholm University
S-106 91 Stockholm
phone: +46 8 16 36 63
fax: +46 8 15 84 17

8. Social Affairs:

Social Hansa

The organisation was established in 1992. About 30 charity organisations from different Baltic Sea countries participate. The goal is:

- to make social work and charity visible
- to inform about new projects and trends

- to co-operate in different projects
- to stimulate exchange and experience

Rector of the College for Social Work
Randersgade 17
DK-2100 København
phone: +45 31 42 46 01
fax: +45 31 42 07 61

9. Culture:

Ars Baltica

The first network meetings were arranged in 1990. Representatives from cultural institutions/administrations from eleven regions/countries meet twice a year. Participants are administrators, NGO's and individual artists. The objective of Ars Baltica is to stimulate cultural co-operation between countries in the Baltic Sea as well as making the Baltic Sea visible, in comparison with the rest of Europe. The co-operation has strengthened national identity and affinity between Baltic Sea countries. Different projects with at least three participants have already been implemented and several exhibitions/concerts have been arranged. The involved countries share the financing of the projects but there is no joint administration. Ars Baltica also has contacts to international organisations.

Arts Council of Finland
Ms. Doris Laine-Almi
phone: +358 9 1341 7333
fax: +358 9 174 575

Ministry of Education, Science,
Research and Culture
of Schleswig-Holstein
Mr. Rainer Haarmann
Düsternbrooker Weg 64
D-24105 Kiel
phone: +49 431 988 5848
fax: +49 431 988 2527

Association of Museums and Castles around the Baltic Sea

The organisation was established in 1991. The members are different museums in all Baltic Sea countries. The goal of the organisation is to establish co-operation between museums. The organisation has published a guide-book about museums and castles around the Baltic Sea.

Association of Museums and Castles around the Baltic Sea
Landesmuseum Schloss Gottorf
D-24387 Schleswig
phone: +49 4621 8130
fax: +49 4621 813202

Baltic Music Network

Baltic Music Network is a NGO established in 1991. Members are musicians, cultural administrators, as well as other music related persons from all Baltic Sea countries. The goal is to improve tolerance through exchange of cultural programmes. BMN has initiated the following activities:

- exchanging culture
- organising cultural festivals
- informing about cultural events in the Baltic Sea area
- booking activities, seminars, newsletters etc.

Baltic Music Network
Mr. Ib Jensen
Willmoesgade 52, 3tv
DK-2100 København Ø
phone: +45 35 26 49 07
fax: +45 35 93 44 13

The Baltic Sea Culture Centre

The centre was started in 1992, sponsored by the Wojwodship of Gdansk. The goal is to stimulate culture in the Baltic Sea countries as well as coordinating activities between Gdansk and Pomerania. Several international conferences and exhibitions have been arranged.

The Baltic Sea Culture Centre
Nadbałtyckie Centrum Kultury
ul. Korzenna 33/35
PL-80 851 Gdansk
phone: +48 58 31 10 51
fax: +48 58 31 10 53

Biblioteka Baltica

Biblioteka Baltica was established in Tartu, Estonia in 1994. Members are (scientific) libraries as well as other relevant institutions in the Baltic Sea region. The aim is to develop co-operation in the region in order to preserve the literary history of the Baltic Sea region. This also includes conservation and restoration.

Biblioteka Baltica
Helsinki University Library
Unionkatu 36
PL 15
FIN-00140 Helsinki
phone: +358 9 191 2721
fax: +358 9 191 2719

10. Tourism and Sports:

Baltic Tourism Co-operation (BTC)

BTC was established in 1983 and at present has roughly 120 actors within tourism as members. BTC's goal is to develop tourism in the Baltic Sea as well as stimulating co-operation between organisations. At present BTC is trying to register all tourism projects in the Baltic Sea. In gathering these projects, it should be possible to have a solid base for presenting a strategic marketing plan for the Baltic Sea. The idea is to set up a database, where all members have the possibility of implicating experience/expectations for past, present and future projects. This could strengthen the Baltic Sea region competitively in comparison with other regions.

Baltic Tourism Co-operation
S-601 81 Norrköping
phone: +46 11 123 503
fax: +46 11 102 033

11. Mass Media:

Baltic Media Centre

Baltic Media Centre was established in 1993 as an independent commercial organisation. Members are professional radio and TV journalists and people employed in the world of film. BMC's aim is to foster international co-operation between the media in Baltic Sea countries and to help in developing democracy through guiding and technical assistance. BMC's main activities are:

- education of people working with media
- co-production of programmes
- legal guidance in connection to the development of media legislation.

Baltic Media Centre
Skippergade 6
DK-3740 Svaneke, Bornholm
phone: +45 70 20 20 02
fax: +45 70 20 20 01

Baltic Sea Centre for Writers and Translators

The Centre was inaugurated in May 1993, supported by the Swedish Institute and the National Council for Cultural Affairs. Instrumental to the formation of the institute were the activities and sailing cruises arranged by Ars Baltica and the Formation of the Baltic Association of Writers in 1992.

The Centre's main objective is to serve as meeting ground for authors, translators, interpreters, editors, critics and professionals/administrators of cultural bodies by the establishment of a convenient premise and pleasant working atmosphere. A Scheme of grants for a working stay in Visby has been launched. Seminars and other relevant arrangements are held at the Centre. The rationale of the institute appears to have won recognition, as the city of Rhodes decided in 1995 to create a similar institute for the Mediterranean basin area.

Baltic Sea Centre
for Writers and Translators
Uddens Gränd 3
Box 1096
S-62121 Visby
phone: +46 498 21 87 64
fax: +46 498 21 87 98

Hansa Media Project

The Hansa Media Project was founded in Tallinn in the spring of 1992. Private film- and video artists and producers are members of the project. The mission of Hansa Media Project is to develop a network of film and video artists and producers in order to support new kinds of audiovisual and media co-operation around the Baltic Sea and a conducive production framework.

Hansa Media Project
Luotsikatu 13
FIN-00160 Helsinki

12. Parliamentary Conferences:

Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Area

The Conference was founded in 1991 in Helsinki. Its members are different regions and organisations. The Parliamentarians' objectives are:

- to strengthen a common Baltic regional identity;
- to improve communication in the Baltic Region;
- to institutionalize Baltic co-operation;
- to strengthen the influence of democratically legitimated political actors from the Baltic states on the New European Order;
- to determine the role of the Baltic Sea Region in a new Europe.

Parliamentary Conference
on Co-operation in the Baltic Sea Area
Box 19506
S-10432 Stockholm
phone: +46 8 14 34 20
fax: +46 8 11 75 36

13. Baltic Sea Institutes, Academies:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung/ Academy for Spatial Research and Planning

The academy has a working group dealing with "Regional Planning and Regional Research in the Baltic Sea Region". The group works on different topics:

- spatial planning and regional development in the Baltic Sea Region as a part of European development.
- Interreg IIC
- cross-border co-operation in the Baltic Sea
- networks and urban systems in the Baltic Sea region
- development perspectives for the Baltic Sea region

Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Dr. Dietmar Scholich
Hohenzollernstr. 11
D-30161 Hannover
phone: +49 511 3484229
fax: +49 511 3484241

The Baltic Institute of Finland

The Baltic Institute of Finland was established in 1993 in Tampere, Finland. It is an independent nationwide organisation, that stimulates international co-operation and several joint projects within the fields of industry, administration and research in the Baltic Sea area. Furthermore, the Baltic Institute of Finland gathers information about different co-operation forms in the Baltic Sea region, runs projects, arranges seminars etc. The Baltic Sea Directory should be seen as a database, where the Baltic Institute of Finland updates relevant information about organisations and co-operation in the Baltic Sea area. This information can also be found on the internet.

The Baltic Institute of Finland
Ms. Satu Vuorinen
Aleksis Kiven katu 14-16
P.O. Box 487
FIN-33101 Tampere
phone: +358 3 219 6931
fax: +358 3 219 6252

e-mail: satu.vuorinen@tt.tampere.fi
internet: <http://www.tampere.fi/baltic/bif.htm>

The Baltic Institute of Poland

The Baltic Institute of Poland was founded in 1925 as a scientific institute, specialising in the historical and social aspects of the Baltic Sea area. Due to the increasing co-operation in the Baltic Sea region, the Baltic Institute of Poland has broadened its fields of interest to economical, political and cultural aspects. The Baltic Institute of Poland publishes several writings.

The Baltic Institute of Poland
Instytut Bałtycki
ul. Tkacka 11/13
P.O. Box 358
PL- 80 958 Gdansk
phone: +48 58 31 47 86

The Baltic Institute of Sweden

The Baltic Institute of Sweden is an independent institution, established in 1992, that stimulates co-operation and development between Baltic Sea countries. The Baltic Institute of Sweden is financed by national and local funds, project grants and its own earnings. It organises and implements projects within the following fields:

- planning, communication and environmental problems
- the European Union and the Baltic Sea
- trade and economic co-operation

Furthermore, the Baltic Institute of Sweden is a communication and knowledge centre.

The Baltic Institute of Sweden
Yvonne Sandberg-Fries
Bastionsgatan 6 A
Box 544
S-371 23 Karlskrona
phone: +46 455 335180
fax: +46 455 14468
e-mail: info@balticinstitute.se

The Baltic Sea Academy

The academy was established within Pommern Centrum, in 1990, due to the political changes and arrival of new academic interests in regional conditions. The academy runs different programmes directed towards different target groups, arranges lectures in Baltic Sea related topics, organises trips to different Baltic Sea countries and organises seminars.

The Baltic Sea Academy
Pommern Centrum GmbH
Europaweg 3
D-23570 Lübeck/Travemünde
phone: +49 4502 803204
fax: +49 4502 803200

14. Youth Organisations:

Baltic Sea Youth Office

The organisation was established in 1980. The goal is to help children in the Baltic Sea region, to establish contacts and to support transport for young children. The organisation arranges yearly conferences and tries herewith to create a joint identity for young people in the region. The organisation publishes a newsletter.

Ostsee Jugend Büro
Holtenuerstr. 99
D-24105 Kiel
phone: +49 0431 85 859
fax: +49 0431 85 820

15. Spatial Planning and Regional Development:

VASAB 2010 (Visions and Strategies around the Baltic Sea 2010)

In August 1992 different regional and national actors, working with spatial planning and regional development, gathered in Sweden, and decided to combine forces in order to prepare a joint document, "Visions and Strategies around the Baltic Sea 2010". Within this framework economic development, sustainable environmental development, freedom and solidarity are discussed. VASAB 2010 works with different projects like transport corridors, de-

velopment of tourism, co-operation between islands etc. The secretariat works on stimulating approved initiatives, helps with the yearly meetings, co-operates with other organisations working with spatial planning and regional development, publishes brochures etc.

VASAB 2010 Secretariat

Mr. Jan Kuligowski

ul. Dlugi Targ 24

PL-80-828 Gdansk

phone: +48 58 31 82 55 or 35 90 93

fax: +48 58 35 40 05

e-mail: infov@vasab.org.pl

internet: <http://www.vasab.org.pl>

16. Other Organisations with different Purposes:

Baltic Investment Programme

The programme was started in 1992 with the Nordic Council of Ministers and the Baltic Ministers of Finance participating. The programme was established in order to stimulate investment loans and to give technical assistance to development. The implementing organisations involved are the Nordic Investment Bank, the Nordic Project Fund and the European Bank for Reconstruction and Development. There is a special Baltic division for loans to small and medium sized companies.

Nordic Investment Bank

PO Box 249

FIN-00171 Helsinki

phone: +358 9 180 0285

fax: +358 9 180 0282

Baltic Sea Commission/CPMR

The Baltic Sea Commission was founded in May 1996 in Kotka, Finland. The Baltic Sea Commission is in a starting up phase but has at present 25 members. It is an equivalent to the North Sea Commission. Only elected politicians can be a member whereas it is possible for organisations like öre-

sundskomiteen to obtain an observer status. At present the organisation is preparing a document "Towards a Strategy for the Baltic Sea Coastal and Island Regions". This organisation is thought to have an important role in the future.

Baltic Sea Commission/CPMR
c/o County Council of Stockholm
Mr. Tommy Karlsson
Box 22550
S-10422 Stockholm
phone: +46 8 7 37 47 00
fax: +46 8 6536941
e-mail: tommy.karlsson@lk.skl.se

Baltic Sea States Subregional Co-operation (BSSSC)

BSSSC is an independent organisation, promoting co-operation among the subregions around the Baltic Sea area in particular in the fields of economic and technological co-operation, environment, health, social affairs, education, vocational training, youth, culture, transport, telecommunications, and information. The organisation's interest is to formulate a coherent Baltic Sea policy and to represent the interests of the subregions within national governments and European and international organisations. To obtain these goals a permanent Secretariat and permanent Working Groups of subregional experts in the fields of

(1) Institution building and human relations, (2) Economic development and co-operation and (3) Nature protection and environment were established.

The BSSSC-Secretariat:

Till October 1997:

c/o Ministry for Justice, Federal and
European Affairs of Schleswig-Holstein
Head: Mr. Fritz Lücke
Hohenbergstraße 4
D-24105 Kiel
phone: +49 431 988-2109
fax: +49 431 988-2103/2104
e-mail: BSSSC-Secretariat@t-online.de
Internet: <http://tisch.ttz-sh.de/bsssc/index.html>

From November 1997 on:

c/o Association of
County Councils in Denmark
Dampfærgevej 22
DK-2100 Copenhagen Ø
phone: +45 3529-8100
fax: +45 3529-8300

Council of European Municipalities and Regions

41 Quai d'Orsay
F-75007 Paris
phone: +33 1 45 51 40 01
fax: +33 1 47 05 97 43

Council of the Baltic Sea States (CBSS)

CBSS was established in March 1992. The foreign ministers from the 9 Baltic Sea countries as well as from Norway, Iceland and the European Commission organise yearly meetings. The chairmanship and the secretariat shift between member countries every year. Latvia is chairman in 1996-1997 and will be succeeded by Denmark. CBSS was established in order to discuss the need of intensifying co-operation and coordination between the countries. CBSS develops ideas, finds solutions for different infrastructural bottleneck problems within the fields of transport, telecommunication and energy. At present the members are discussing the establishment of a permanent secretariat.

Ministry of Foreign Affairs
2, Elizabetes str.
LV-1340 Riga
phone: +371 7 223 493
fax: +371 7 821 402

Ministry of Foreign Affairs
Asiatsik Plads 2
DK-1448 Copenhagen K

Four Corners in the South Baltic Sea

In the past many years there has been co-operation between South East Skåne and Bornholm. This co-operation has now been expanded to also include Rügen in Germany and Swinoujscie in Poland. There are different co-operation fields, ie. research and development, communication, information, culture, tourism etc. This co-operation does not only include financial advantages but also gives possibilities of stimulating integrated projects. Some of these projects are:

- connecting the administrative offices, so that information about trade/business and tourism can be exchanged
- developing a marketing plan for a joint sea project
- joint tourism brochures, posters, ferry tickets etc

Bornholms amt
DK-3700 Rønne
phone: +45 56 95 60 00
fax: +45 56 95 73 97

South East Scania Committee of Co-operation
S-271 80 Ystad
phone: +46 411 770 00
fax: +46 411 197 09

Islands of the Baltic

Co-operation between the biggest islands in the Baltic Sea, Bornholm, Gotland, Øland, Åland, Hiiumaa and Saaremaa started in 1989. In 1993 Rügen joined the co-operation. Yearly conferences have been organised since 1994. The co-operation aims at solving problems that are characteristic for islands and at the same time aims at developing ideas for the future. There are a lot of similarities between the 7 islands but also quite a few differences, like the living standards and pollution. The islands have worked out a joint action programme that should strengthen the islands' possibilities in a future development.

Secretariat

Ms. Lena Johansson
Gotlands kommun, KSK
S-621 81 Visby
phone: + 46 498 269316
fax: +46 498 203523

Modern Day Hansa Fair

The Modern Day Hansa Fair was founded in 1980 in Zwolle, The Netherlands. All towns and cities once belonging to the former Hanse or where a Hanse office or a Hanse manufactory was situated may join the organisation. Every year the Hanse Fair takes place in a different Hanse town. The community of Hanse towns wants to share know-how and experience in communal affairs, advance trans-border co-operation, intensify economic and cultural relations, and to help each others. Moreover, since 1988 every year the city of Kalmar, Sweden, affords the „man and nature“-award.

Der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck
Vorsitzender der Hansetage der Neuzeit
Rathaus
D-23539 Lübeck
phone: +49 451 12 0

The North European Club

The North European Club was established in 1990 with company leaders and trade union leaders from all Baltic Sea countries and Holland participating. The goal is to develop future regional co-operation within the fields of economy, infrastructure, environment, human resources and culture. The North European Club helps in strengthening institutions and the development of employment and labour market relations are encouraged.

The North European Club
Secretariat
Mr. Erwin Blasum
The Employers Federation of Latvia
Maistaru iela 21
LV-1050 Riga

The Pro Baltica Forum

The Pro Baltica Forum is a German-Finnish initiative. Participants are politicians, civil servants, companies, scientists, institutions etc. from Germany, Finland and the Baltic countries. The goal is, as a public-private partnership organisation, to stimulate co-operation in the Baltic Sea and to stimulate integration of the Baltic countries in Europe.

Pro Baltica Forum r.y.
Ms. Sirpa Saarilahti
Eteläranta 10
FIN-00130 Helsinki
phone: +358 9 659 390
fax: +358 9 659 392

Pro Baltica Forum e.V.
Ms. Andrea Wilbertz
Brödschangen 4
D-20457 Hamburg
phone: +49 40 37 65 52 60
fax: +49 40 37 65 53 03

Trans Baltic Network

Trans Baltic Network was established in 1992 by four peace groups in different Baltic Sea countries. The members are non governmental organisations (NGO) and other organisations working for a sustainable development. The goal of the organisation is to guide different groups in their campaigns

for military disarmament, human rights, environmental problems etc. Furthermore, the organisation publishes a newsletter and works on improving communication between members.

Trans Baltic Network
Peace Union of Finland
Ms. Malla Kantola
Peace Station, Veturitori 3
FIN-00520 Helsinki
phone: +358 9 141 336 or 14 29 15
fax: +358 9 147 297
e-mail: mkantola@kaapeli.fi

Union of the Baltic Cities

UBC was established in September 1991 in Gdansk, Poland. More than 60 Baltic Sea towns/cities are members. The goal of the organisation is co-operation between member towns/cities, exchanging information, discussing joint problems, which should secure a democratic and economic development. UBC has 7 different working groups, working with cultural issues, environmental issues, social issues, telecommunication, transport, sport and tourism. Each member town/city can contribute to the working groups. UBC publishes a newsletter a few times a year and informs about different initiatives in the member towns/cities, about relevant international organisations and actors around the Baltic Sea.

President:
Mr. Anders Engstrøm
BOX 611
S-391 26 Kalmar
phone: +46 480 83 500
fax: +46 480 83 122

Secretariat:
Mr. Pawel Zaboklicki
ul. Dlugi Targ 24
PL-80-828 Gdansk
phone: +48 58 31 09 17
fax: +48 58 31 76 37
e-mail: ubc@itnet.com.pl

II. Addresses of Public Offices:

1. Associations of Cities, Municipalities and Regions:

Denmark:

Association of County Councils in Denmark

Mr. Knud Andersen

Ms. Inge Hyldebrandt

Dampfærgevej 22

DK - 2100 Copenhagen Ø

phone: +45 35 29 81 00

fax: +45 35 29 83 00

e-mail: arf@arf.dk

The National Association of Local Authorities in Denmark

Mr. Jacob Vase Petersen

Gyldenløvesgade 11

DK-1600 Copenhagen V

phone: +45 33 12 27 88

fax: +45 33 14 53 30

e-mail: Jvp@kl.dk

Estonia:

Union of the Self-Government Association of Estonia

Vabaduse 12

EE-2900 Viljandi

phone: +3724 35 22 97

fax: +3724 35 28 80

Association of Estonian Cities

Vana-Viru 12

EE-0001 Tallinn

phone: +3722 / 44 30 79

fax: +3722 / 44 09 03

Finland:

The Finnish Association of Local Authorities

Mr. Hannu Taavitsainen

Toinen Linja 14

FIN-00530 Helsinki

phone: +358 9 7 71 20 20

fax: +358 9 7 71 20 69

Germany:

Deutscher Städtetag
Lindenallee 13-17
D-50968 Köln
phone: +49 2 21 3 77 10

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Kaiserswerther Str. 199-201
D-40474 Düsseldorf
phone: +49 2 11 4 58 71

Latvia:

Union of Local Self Government
of Latvia
1 Maza Pils Street
LV-1050 Riga
phone: +371 2 226 536
fax: +371 2 212 241

Lithuania:

Association of Local Governments
of Lithuania
Laisves Al.46
LT-Kaunas 3000
fax: +370 7 229 319

Norway:

Norwegian Association of Local & Regional Authorities
Haakon VII gt. 9 N-0161
N-0114 Oslo
phone: +47 2 294 77 00
fax: +47 2 283 22 22

Poland:

Association of Polish Cities
Stary Rynek 80/82
PL-61 772 Poznan
phone: +48 61 53 08 13
fax: +48 61 53 08 42

National Assembly of Local Authorities
Aleja Niepodieglosci 18
PL-60967 Poznan
phone: +486 152 60 07
fax: +486 152 26 29

Sweden:

Federation of Swedish County Councils
Box 70491
S-19726 Stockholm
phone: +46 8 702 43 00
fax: +46 8 702 45 90

The Swedish Association of Local Authorities
S-11882 Stockholm
phone: +46 8 772 41 00
fax: +46 8 772 45 83

International:

Council of European Municipalities & Regions
41 quai d'Orsay
F-75007 Paris
phone: +331 45 51 40 01
fax: +331 47 05 97 43

International Union of Local Authorities
Wassenaarseweg 41
NL-2596 CG Den Haag
phone: +3170 324 40 32
fax: +3170 324 69 16

Twin Cities International Association
14 Vozdvizhenka str
RUS-103885 Moscow
phone: +7095 203 84 92
fax: +7095 290 63 25

United Towns Organisation
22, rue d'Alsace
F-92300 Levallois Perret-Cedex
phone: +311 47 39 36 86
fax: +311 47 39 36 85

2. Nordic Information Offices in the Baltic Region

Estonia
Tolli 3
EE-0001 Tallinn
phone: +372 2 601 238
fax: +372 6 313 285

Latvia
Basteja Bulvari 14
LV-1666 Riga
phone: +371 2 211 006
fax: +371 8 820 089

Lithuania
Isganytojo 4
LT-2001 Vilnius
phone: +370 2 222 211
fax: +370 2 222 423

Russia
St. Petersburg
phone: +7 812 906 99 49
fax: +7 812 850 26 28

3. Representative Offices in the Baltic Sea Area:

Estonia:

AS Seinänaabrid (Vaasa)
Ms. Sirje Randrut
Madara 27, 3rd Floor
EE - 0006 Tallinn
phone/fax: +372 640 34 41

Partnership Project with the
Estonian Chambers of Commerce
Dr. Ralph-Georg Tischer
Ms. Karin Alliksaar
Toom-Kooli, 17
EE - 0106 Tallinn
phone: +372 2 449 929
fax: +372 6 460 248

Schleswig-Holstein-Büro Tallinn (IHK Kiel)
Dr. Ralph-Georg Tischer
Ms. Sirje Trei
Lai 31
EE - 0001 Tallinn
phone/fax: +372 6 411 317

Finland:

Baltic Business Centre (Sydsam)
Mr. Jan Eric Lindroos
Lovisa
Aleksandersgatan 8
FIN - 07900 Lovisa
phone: +356 19 530 121

The City of Seinäjoki
Mr. Mauri Hietala
PL 215
FIN - 60101 Seinäjoki
phone: +358 64 41 62 111
fax: +358 64 41 62 506

Germany:

Baltic Business Centre (Sydsam)
Mr. Friedrich Koch
Ernst-Barlach-Str. 3
D - 18055 Rostock
phone: +49 381 33 87 90

Latvia:

Hamburgische Gesellschaft für
Wirtschaftsförderung mbH (HWF)
Mr. Vilnis Birznieks
c/o BKD AG
Brivibas iela 99
LV - 1050 Riga
phone: +731 2 37 20 47
fax: +731 782 02 30

Lithuania:

Trade Focus (Sydsam)
Mr. Haroldas Marcinkevicius
Mogiliovo 6-15
LT - 5822 Klaipeda
phone: +370 6 21 98 20

Hamburgische Gesellschaft für
Wirtschaftsförderung mbH (HWF)
c/o UKI Hamburg-Vilnius Eksportas
Ms. Edita Behrens
Gedimino pr. 52/1-2
LT - 2800 Vilnius

Vilnius Office (County of Fyn)
Mr. Holger Duus
Dukstu 16-42, Seskina
LT - 2320-10 Vilnius
phone/fax: +3792 41 95 42
e-mail: holger@perkunas.omnitel.net

Poland:

Dom Dunski (The Danish House)
County of Fyn
Mr. Dan Rehab
ul. Florianska 37/1
PL - 31-019 Krakow

Gdansk Office of the Region Kalmar
Ms. Elzbieta Jacewicz
ul. Dlugi Targ 24
PL - 80-828 Gdansk
phone/fax: +48 58 46 30 64

Schleswig-Holstein-Büro Gdansk
(IHK Kiel)
Mr. Lars Bosse
Mr. Dariusz Gobis
ul. Dlugi Targ 39/40
PL - 80 830 Gdansk
phone: +48 58 31 86 86
fax: +48 94 41 00 78
e-mail: bosse@kiel.ihk.de

ENA Svenska Handelshuset (Sydsam)
Ms. Ilona Wisniewska
ul. Wazyngtona 9
PL - 81-342 Gdynia
phone: +48 58 29 76 79

Representation of Chamber of Commerce
and Industry Southern Sweden
Scan Commerce Ltd.
Ms. Ilona Wisniewska
Wola Golkowska
ul. Dworska 1
PL - 503-503 Gloskow

Partnership Project with the Chamber of
Commerce of Koszalin (IHK Kiel)
Ms. Anita Kalinowska
ul. Woj, Polskiego 24-26
PL - 75-701 Koszalin
phone: +48 94 18 94 76 or 41 00 78

Hamburgische Gesellschaft für Wirtschafts-
förderung (HWF) und Hafen Hamburg
Verkaufsförderung und Werbung e.V.
Mr. Czeslaw Stefan Rominski
ul. Hoza 86
PL - 00-682 Warsaw
phone: +48 22 627 36 48
fax: +48 22 622 50 21

Russia:

Balt Business Center (Sydsam)
Mr. Anatoli Vassiukevitch
Emilianova 20
RUS - 236006 Kaliningrad
phone: +7 0112 49 57 11

Hanse-Büro in Kaliningrad
Ms. Elena Senkova
Sergeewa ulitza 14
RUS - 236040 Kaliningrad
phone/fax: +7 0112 43 09 32

Delegation of German Industry
and Commerce in the Russian Federation
Mr. Stephan Stein
Pl. Pobedy 4
RUS - 236000 Kaliningrad
phone: +7 0112 21 15 38 or 27 98 55
fax: +7 0112 27 98 27

Hamburgische Gesellschaft für
Wirtschaftsförderung mbH (HWF)
Mr. Andrej V. Gogolev
c/o PRACTIC AO
Zelenograd, MGLET
RUS - 103498 Moskow
phone: +7 095 530 22 75 or 530 22 13
fax: +7 095 534 43 21

Representation of the Chamber
of Commerce Hamburg
Mr. Stephan Stein
W.O.Bolschoj Prospekt 10
RUS - 199034 St. Petersburg
phone: +7 812 213 45 05
fax: +7 812 325 60 54

Hamburgische Gesellschaft für
Wirtschaftsförderung mbH (HWF)
Dr. Wladimir Rodin
c/o Neva Electric AO
37 Flat, 45/5 Porf Popova Street
RUS - 197002 St. Petersburg
phone/fax: +7 512 - 850 19 77

Sweden:

Baltic Business (Sydsam)
Mr. Bengt Johansson
Box 235
S - 371 24 Karlskrona
phone: +46 455 30 72 00

Schleswig-Holstein-Büro Südschweden
Malmö Börshus
Mr. Arne Lundquist
Skeppsbron 2
S - 211 20 Malmö
phone: +46 40 735 50
fax: +46 40 611 86 09

Sydsvenska Handelskammarens
Östhandelsavdelning
(Malmö, Kristianstad, Karlskrona)
Mr. Per Hallqvist
Skeppsbron 2
S - 211 20 Malmö
phone: +46 40 735 50
fax: +46 40 611 86 09

Carrefour Sydsverige
Mr. Jerker Bjumemark
S - 271 80 Ystad
phone: +46 411 770 00
fax: +46 411 197 09
e-mail: carrefour@sosk.skurup.se
internet: <http://www.skurup.se/hotel/carrefour>

4. Representative Offices in Brussels:

Denmark:

Aalborg EU-Office
Mr. Teit Johansen
49-51, rue de Trèves
B - 1040 Brussels
phone: +322 28 20 373
fax: +322 230 9015
e-mail: aalborgeu@unicall.be

Aarhus EU-Office
Mr. Knud Nielsen
22, rue du Cornet
B - 1040 Brussels

Association of County Councils in Denmark
Ms. Anne Smith Peterson
Av. de la Renaissance 1 - bte 1
B - 1000 Brussels

Copenhagen EU-Office
26, av. Palmerston
B - 1000 Brussels

Odense EU-Office
Mr. Peter Saugman
22, rue du Cornet
B - 1040 Brussels

South Denmark European Office
Mr. Jakob Bork
Mr. Henrik Esmann
26, av. Palmerston
B - 1000 Brussels

Finland:

Finish Association of Local Authorities
Mr. Sahrman
4, rue de la Science
B - 1040 Brussels

Helsinki EU-Office
Ms. Pirkko Tenhunen-Koskinen
14 A, rue du Luxembourg
B - 1000 Brussels
phone: +3 22 2 87 12 50
fax: +3 22 2 87 12 57

Ostrobothnia Regions
West Finland European Office
Mr. Lars Erik Wägar
20, av. Palmerston
B - 1000 Brussels
phone: +3 22 2 86 98 80 or 2 86 98 81
e-mail: eu-ostrobothnia@reticon.be

Germany:

Hanse-Office
Mr. Franz Froschmaier
20, av. Palmerston
B - 1000 Brussels
phone: +322 285 46 40
fax: +322 285 46 57

Informationsbüro
Mecklenburg-Vorpommern
Ms. Ulla Ihnen
80, boulevard St. Michel
B - 1040 Brussels

Norway:

Norwegian Association of Local Authorities
Ms. Aase Erdal
Av. de la Renaissance 1/ bte 1
B - 1000 Brussels

Stavanger-Regions
European Office
Mr. Jacob Jacobsen
37, rue de la Tourelle
B - 1040 Brussels
phone: +3 22 2 31 18 84
fax: +3 22 2 80 06 90
e-mail: one.market@pophost.eumet.be

Sweden:

East Sweden
Ms. Annelie Nylander
34-36, rue Breydel
B - 1040 Brussels

Federation of Swedish County Councils
Mr. Ase Ehinger Berling
4, rue de la Science
B - 1000 Brussels

Mid Sweden EU-Office
Mr. Hakan Nilsson
13A, av. de Tervuren
B - 1040 Brussels

South-Sweden
Ms. Ase Svensson
20, avenue Palmerston
B - 1000 Brussels

Stockholm Meeting Point

**Mr. Erik Pierre
Grand Place 14
B - 1000 Brussels**

Swedish Association of Local Authorities

**Mr. Hakan Gustafson
4, rue de la Science
B - 1040 Brussels**

West Sweden EU-Office

**Mr. Kjell Peterson
19-20, square de Meeus
B - 1040 Brussels**

Übersetzung
105 - 9603094

**Aktionsprogramme für die Zusammenarbeit
zwischen den Ostseestaaten**

**Verstärkte Kontakte zwischen den Menschen und Sicherheit der Bürger
Wirtschaftliche Koordination und Integration
Verbesserter Umweltschutz**

Vorgeschlagen vom Verhandlungsausschuß
des Gipfels der Ostseestaaten
Visby, 2. Mai 1996

1. BÜRGERBETEILIGUNG UND STABILE POLITISCHE ENTWICKLUNG - EIN PROGRAMM ZUR FÖRDERUNG DER KONTAKTE ZWISCHEN DEN MENSCHEN

1.1 Das Wesen der Demokratie: Bürgerbeteiligung

Die aktive und freie Beteiligung aller Bürger am öffentlichen Leben ist unerlässlich für die Sicherung und Entwicklung einer stabilen und pluralistischen Demokratie.

Unsere Regierungen werden zusammenarbeiten, um die Ideen und Grundsätze zu wahren, auf die das europäische Haus gegründet ist: Demokratie, Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören, Rechtsstaatlichkeit und ein gemeinsames kulturelles Erbe, dessen Stärke seine Vielfalt ist.

Der gleichberechtigte Zugang von Frauen und Männern zum politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben und ihre vollständige Beteiligung daran muß sichergestellt sein.

Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die gesetzgebenden, vollziehenden und rechtsprechenden Organe des Staates ist für die Demokratie mit aktiver Bürgerbeteiligung wesentlich. Die Handlungsfähigkeit und Integrität dieser Institutionen sowie die rechtlich einwandfreie Ausübung ihrer Tätigkeit muß gewährleistet sein.

Der Übergang zur Marktwirtschaft setzt die soziale Entwicklung der Staaten Belastungen aus, und daher müssen im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen Anstrengungen zur Bekämpfung der negativen sozialen Folgen des Übergangs unternommen werden.

1.2 Initiativen auf lokaler Ebene

Kontakte zwischen den Menschen bilden die Grundlage des Verständnisses zwischen den Ostseestaaten. Zusammenarbeit und Dialog auf subregionaler Ebene, Kontakte zwischen Städten und Gemeinden sowie Städtepartnerschaften sind zentrale Gesichtspunkte erfolgreicher und praktischer Zusammenarbeit. Die Förderung dieser Beziehungen ist überaus wichtig und sollte ein besonderes Merkmal der Ostseeregion sein.

Gerade die Handlungsfähigkeit von Subregionen und Gemeinden wird weiterhin gestärkt werden, um die Zusammenarbeit und den Wissenstransfer in Bereichen wie Kultur, Bildung, öf-

öffentliches Gesundheitswesen, soziale Dienste, Umweltschutz und Verkehr auszuweiten. Ferner wird ihre Fähigkeit genutzt werden, Geschäftskontakte insbesondere zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen zu fördern.

Das Potential für stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit, auch auf subregionaler Ebene, wird weiter ausgeschöpft, wobei die von der Europäischen Union gebotenen Möglichkeiten (Strukturfonds, INTERREG, grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen von PHARE und die vorgeschlagene neue TACIS-Verordnung, soweit sie die Russische Föderation betrifft) genutzt werden.

Das besondere praktische Bedürfnis der in Grenzgebieten lebenden Menschen nach grenzüberschreitenden Kontakten wird in die Überlegungen einbezogen.

1.3 Nichtstaatliche Organisationen

Unabhängige Bürgerorganisationen sind ein unerläßlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Es muß gewährleistet werden, daß diese Organisationen im Einklang mit den selbstgesetzten Prioritäten im öffentlichen Leben eine angemessene Rolle spielen können. Die regionale Zusammenarbeit zwischen den nichtstaatlichen Organisationen wird diese weiter stärken, und sie ist auch ein Wert an sich. Die Aktivitäten der nichtstaatlichen Organisationen basieren vor allem auf privater Initiative und sollten daher nur solchen Bestimmungen und Regelungen unterliegen, die rechtlich erforderlich und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind.

1.4 Sicherheit der Bürger und Bekämpfung des organisierten Verbrechens

Gesunde menschliche Gemeinschaften sind stark davon abhängig, daß die Menschen auf die Fähigkeit dieser Gemeinschaften vertrauen, Bedrohungen und Risiken im Alltagsleben, die sich auf die Sicherheit der Bürger und die Rechtsstaatlichkeit in der Region nachteilig auswirken, zu verringern.

Die Ostseestaaten werden daher die bestehenden Kontakte zwischen den für see- und luftgestützte Such- und Rettungsmaßnahmen zuständigen Stellen sowie zwischen Polizei-, Küstenwacht-, Einwanderungs-, Zoll- und Grenzbehörden ständig weiterentwickeln. Informationsaustausch, Seminare, simulierte Übungen und gemeinsame Operationen werden die Rahmenbedingungen für eine wirksame Zusammenarbeit im Bereich der zivilen, nichtmilitärischen Sicherheit verbessern.

Das immer geschickter operierende und immer komplexere organisierte Verbrechen stellt ein besonders schwerwiegendes politisches, soziales und wirtschaftliches Problem sowie eine Bedrohung der demokratischen Gesellschaft dar.

Zusätzlich zur bestehenden weltweiten Zusammenarbeit im Rahmen von Interpol werden die regionale Zusammenarbeit und die Abstimmung der einzelstaatlichen Verbrechensbekämpfungssysteme intensiviert.

Es werden Methoden zur Stärkung der bereits eingerichteten Kanäle für die operationelle Zusammenarbeit und Koordination zwischen den zuständigen Behörden geprüft, um das organisierte Verbrechen, darunter den unerlaubten Drogenhandel, die illegale Einwanderung, das Verschieben gestohlener Fahrzeuge, den illegalen Handel mit Waffen und Kernmaterial sowie Geldwäsche und Gewaltverbrechen zu bekämpfen.

Zweiseitige und mehrseitige Übereinkünfte über die gegenseitige Gewährung von Rechtshilfe sind zu begrüßen.

Der Idee, eine gemeinsame zivile Anlaufstelle für den Informationsaustausch und für die Überwachung der Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung des internationalen Verbrechens in der Ostseeregion einzurichten, kommt erhebliche Bedeutung zu. Die gegenwärtig zu diesem Thema durchgeführte Studie im Rahmen der Konferenz zur Bekämpfung des internationalen Verbrechens in der Ostseeregion, deren nächste Sitzung in Finnland stattfinden wird, sollte rasch fertiggestellt werden.

Die Zusammenarbeit auf rechtlichem Gebiet erfordert die Beteiligung an einschlägigen internationalen Übereinkünften, die Angleichung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften im Hinblick auf gemeinsame Begriffsbestimmungen von Verbrechen und korrupten Praktiken sowie die Erklärung bestimmter Verhaltensweisen zu strafbaren Handlungen.

1.5 Reisefreiheit und Bekämpfung ihres Mißbrauchs

Die schnelle, ordnungsgemäße und sichere Abfertigung von Reisenden und Gütern beim Grenzübertritt ist für Handel und Tourismus von grundlegender Bedeutung. Es müssen wirksame und praktische Möglichkeiten gefunden werden, Verspätungen zu vermeiden und die Abfertigungsformalitäten unter Wahrung eines korrekten Verfahrens auf ein Minimum zu beschränken.

Die freie und ungehinderte Kontaktaufnahme und die Bewegungsfreiheit der Menschen in Übereinstimmung mit den einschlägigen Verpflichtungen im Rahmen der OSZE sind grundlegend für die Zusammenarbeit im Ostseeraum. Verstärkter Tourismus und ein Anstieg der Besuche zwischen den Einwohnern der Ostseestaaten sind zu begrüßen. Ein Mißbrauch, auch durch illegale Einwanderung aus Drittstaaten und die widerrechtliche Einschleusung von Migranten, muß jedoch verhindert werden.

Alle Regierungen sind zur uneingeschränkten Achtung des Rechtes jedes Menschen, in anderen Staaten Asyl vor Verfolgung zu beantragen und zu genießen, verpflichtet. Bei der Umsetzung dieses Rechts werden sich alle Ostseestaaten bemühen, ihre Praxis mit den anerkannten internationalen Übereinkünften in Einklang zu bringen. Die Grundsätze des ersten sicheren Asylstaats und des Verbots der Zurückweisung von Flüchtlingen sollten, wie auch die entsprechenden Regeln des Seerechts über die allgemeine Verpflichtung, jedem Menschen in Seenot Hilfe zu leisten, geachtet werden.

Diejenigen Ostseestaaten, die bereits Vertragsparteien des Abkommens der Vereinten Nationen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 und des zugehörigen Protokolls von 1967 sind, werden die anderen unter ihnen weiterhin in ihren Bemühungen unterstützen, ihren ausdrücklichen Beitrittswunsch so rasch wie möglich in die Tat umzusetzen, so daß alle Ostseestaaten unverzüglich Vertragsparteien dieser Übereinkünfte werden. In bezug auf dieses Abkommen und das zugehörige Protokoll ist es für alle Ostseestaaten von grundlegender Bedeutung, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht gegenseitige Wiederaufnahmeabkommen abzuschließen.

Die Zusammenarbeit in Einwanderungsfragen, die 1993 durch die Konferenz über Unkontrollierte Wanderungsbewegungen im Ostseeraum begründet wurde, ist ein praktischer, der Ostseeregion gemäßer Ansatz.

1.6 Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der Bildung

Die weitere Entwicklung regionaler Initiativen im Bereich der Bildung, der Forschung und Berufsausbildung ist von großer Bedeutung für den Wohlstand und die Kohärenz der Werte unserer Region.

Die Entwicklung und Koordination von Austauschprogrammen im Bildungsbereich in der Region wird deshalb voll und ganz unterstützt. Ziel ist es, den Austausch von erfahrenen Wi

senschaftlern und von Studenten zu verstärken, damit Akademikern, Freiberuflern, Lehrern und Studenten Forschungs-, Lehr- oder Studienaufenthalte im Ausland erleichtert werden.

Ein Sonderausschuß aus Vertretern der Ostseestaaten wird den bestehenden Austausch mit dem Ziel bilanzieren, weitere Vorschläge zu machen, so zum Beispiel die Einführung eines umfassenden Programms für den Austausch im Bildungsbereich in der Ostseeregion. Im Hinblick auf die Finanzierung wird man sich an die Regierungen, Wirtschaftskreise mit Handels- und Investitionsinteressen in der Region und an die Europäische Union wenden.

Schulpartnerschaften und der Austausch auf Oberstufenniveau stellen weitere wichtige Beiträge zu einem Konzept dar, das auf die Förderung der Kontakte zwischen den Bürgern abzielt. Solche Programme müssen innerhalb der Bildungsarbeit in der Ostseeregion gefördert werden.

Die Reform der Rechtssysteme und eine moderne Ausbildung der Juristen sind wesentliche Erfordernisse der demokratischen Entwicklung von Gesellschaften im Übergang. Der Aufbau einer Internationalen Juristischen Fakultät in Riga für das Aufbaustudium und die weiterführende Ausbildung wird erwogen.

Im Hinblick auf die Austauschprogramme und die Juristische Fakultät sollten Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit der Europafakultät, die weiterhin die starke Unterstützung der Ostseestaaten genießt, geprüft werden.

Die Vorbereitungen zur Ausdehnung der Europafakultät auf Kaliningrad werden intensiviert.

Alle Regierungen der Region werden weiterhin gemeinsame Anstrengungen unternehmen, die Zusammenarbeit zwischen Bildungsinstitutionen weiter zu fördern, indem Verhandlungen über einen Kredittransfer und über die gegenseitige Anerkennung von Abschlußzeugnissen (Diplomen), akademischen Graden und Titeln angeregt werden.

1.7 Gemeinsame Kultur und kreative Zusammenarbeit

Das durch jahrhundertelange, die Ostsee überspannende Kontakte geschaffene Kulturerbe und kulturelle Verständnis bildet eine Grundlage für die Zusammenarbeit in der Region. Initiativen zur Förderung des Wissens über geschichtliche und kulturelle Gemeinsamkeiten der Region und des Verständnisses dafür werden sehr begrüßt. Ein verstärkter Kulturtourismus und kultureller Austausch wird dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen.

Der freie Informationsfluß zwischen den Ländern der Region ist von ausschlaggebender Bedeutung. Moderne Informationstechnologie und die Nutzung bestehender Informationsnetze werden intensiv unterstützt.

Kontakte zwischen jungen Künstlern, Schriftstellern und Musikern sind besonders wichtig. Es werden Anstrengungen unternommen, sie zu ermuntern und es ihnen zu erleichtern, ihre Kunstformen weiterzuentwickeln.

Die zahlreichen kulturellen Zentren in den Ostseestaaten stellen wichtige Foren für die wechselseitigen künstlerischen und kulturellen Beziehungen dar. Der von den Kulturministern der Ostseestaaten in Auftrag gegebene Überblick über die kulturellen Zentren der Ostseestaaten wird das Interesse an diesen Zentren anregen und den Zugang zu ihnen erleichtern. Die Zusammenarbeit zwischen diesen Zentren muß vertieft und den Künstlern muß der Zugang zu ihnen erheblich erleichtert werden.

Die Bemühungen zur Beseitigung struktureller und praktischer Hindernisse, die dem freien kulturellen Austausch im Wege stehen, werden verstärkt. Geistige Eigentumsrechte müssen im Einklang mit internationalen Übereinkünften geachtet werden.

Die auf gemeinsamer aktiver Beteiligung aller Ostseestaaten fußende kulturelle Zusammenarbeit wird starke Unterstützung erhalten. Das Kooperationsnetz Ars Baltica wird intensiviert und als Plattform für diesen Zweck unterstützt.

Die Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union in bezug auf die kulturelle Zusammenarbeit werden in vollem Umfang genutzt.

Die Bemühungen sollten im Hinblick darauf koordiniert werden, die wertvollsten historischen und kulturellen Landschaften in der Region zu ermitteln, zu bewahren, zu erhalten und weiterzuentwickeln. Im Hinblick auf den Informationsaustausch sowie für praktische und finanzielle Unterstützung sollte ein Strategieplan ausgearbeitet werden. Dieser Plan sollte der dritten Konferenz der Kulturminister der Ostseestaaten gegebenenfalls zur Prüfung vorgelegt werden.

2. WIRTSCHAFTLICHE INTEGRATION UND WOHLSTAND - EIN PROGRAMM FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

2.1 Wirtschaftliche Integration und Übergang

Die Ostseeregion sollte zu einem integrierten, konkurrenzfähigen und dynamischen Gebiet mit stabilem Wachstum weiterentwickelt werden. Diese Zielsetzung erfordert eine starke wirtschaftliche Entwicklung und Bedingungen, die umwelt- und sozialverträglich sind.

Es ist beabsichtigt, einen regionalen Markt zu schaffen, auf dem der Handel, die Investitionen und die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen gedeihen können. Die Region hat ein großes Potential als Bindeglied zwischen der Europäischen Union und ihren Partnern im Europäischen Wirtschaftsraum einerseits und den europäischen Staaten im Übergang andererseits.

HANDEL

Die Marktmechanismen und die Liberalisierung des Handels sind die Triebkräfte der Veränderung. Rechtsstaatlichkeit und transparente Gesetzgebung bieten die erforderlichen Rahmenbedingungen für einen leistungsfähigen Markt. Die Zusammenarbeit innerhalb der Ostseeregion wird sich auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren, die zur Verbesserung der Beschäftigungslage und für den Aufbau angemessener Sozialversicherungssysteme benötigt wird.

Diejenigen Ostseestaaten, die nicht Mitglieder der WTO sind, werden sich bemühen, die Aufnahmebedingungen in naher Zukunft zu erfüllen. Diejenigen Staaten, die sowohl Mitgliedstaaten des Ostseerats als auch der WTO sind, werden den Staaten, die die Mitgliedschaft in der WTO beantragt haben, Unterstützung gewähren. In der Zwischenzeit gilt die Meistbegünstigung in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der WTO als Mindeststandard für den Handel innerhalb der Region.

Freier Handel und freier Transitverkehr sind für die wirtschaftliche Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Die rasche Verwirklichung der Estland, Lettland und Litauen umfassenden Freihandelszone sowie die Einführung eines gemeinsamen Transitverfahrens für diese Staaten wird voll und ganz unterstützt. Bestrebungen, zwischen diesen Staaten und Polen Freihandelsabkommen zu schließen, werden begrüßt. Das neue Gesetz über die besondere Wirtschaftszone

für die Oblast Kaliningrad ist ein Beitrag zur Liberalisierung des Handels und zur wirtschaftlichen Entwicklung in der gesamten Ostseeregion.

WIRTSCHAFTSKLIMA

Auch die Handelszusammenarbeit auf subregionaler Ebene ist von Bedeutung, und sie wird beispielsweise von dem Verband der Handelskammern der Ostseestaaten, den Hanseatischen Handelstagen und vom Partnerschaftstreffen der Ostseestaaten in Polen 1996 gefördert.

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels, der Investitionen und der Industrie gedeiht am besten im Privatsektor. Aufgabe der Regierung ist es, ein günstiges Wirtschaftsklima zu schaffen und den gesetzgeberischen Rahmen und berechenbare Verfahren z.B. für die Besteuerung der Unternehmen sicherzustellen. Die Umweltschutznormen sollten auf möglichst hohem Niveau harmonisiert werden.

Die für wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit zuständigen Minister werden 1996 zusammentreffen, um Möglichkeiten zu erörtern, wie das Wirtschaftsklima verbessert werden kann, beispielsweise durch die Beseitigung von Handels- und Investitionshindernissen und die Schaffung von Bedingungen, die der wirtschaftlichen Zusammenarbeit förderlich sind.

Die Reform des Finanzsektors ist ein zentraler Bestandteil des Übergangsprozesses und wird den Regierungen und Zentralbanken die notwendigen Instrumente zur Umsetzung einer wirkungsvollen Geldpolitik an die Hand geben. Bank- und Versicherungssysteme sowie die Kapitalmärkte sollten reformiert werden, damit sie den Anforderungen des wirtschaftlichen Wandels, darunter auch dem Finanzierungsbedarf privater Unternehmen, gerecht werden. Der Übergang muß auch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs umfassen.

LANDREFORM

Der Landreform und Privatisierung kommt sowohl aus wirtschaftlichem als auch aus sozialem Blickwinkel höchste Priorität zu. Bis zum Ende des Jahrhunderts sollten in allen Ostseestaaten Vorschriften über die Landnutzung und den Landbesitz in Kraft sein. Die Reformen sollten die Grundbucheintragung von Land einschließlich der Eintragung der Eigentumsrechte sowie die Entwicklung digitaler Landkarten umfassen.

2.2 Die Ostseeregion und die Europäische Union

Die fortschreitende Integration Estlands, Lettlands, Litauens und Polens in die Europäische Union stärkt die wirtschaftlichen Reformen, regt Handel, Investitionen und industrielle Zusammenarbeit zwischen allen Ostseestaaten an und führt zu harmonisierten Umweltschutznormen. Der baldige Abschluß dieser Assoziierungsabkommen für Estland, Lettland und Litauen wird angestrebt. Die assoziierten Staaten bereiten sich auf die Mitgliedschaft vor und verstärken ihre Fähigkeit, alle Pflichten und Normen im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft zu erfüllen. Die Europäische Union unterstützt aktiv den den Beitritt vorbereitenden Prozeß, auf den man sich auf den Gipfeltreffen der Europäischen Union von Kopenhagen, Essen und Madrid geeinigt hat. Insbesondere diejenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die auch Ostseestaaten sind, spielen in dem Prozeß eine aktive Rolle.

Die Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union sind für Europa und die Ostseeregion von entscheidender Bedeutung. Eine baldige Ratifikation des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten ist wesentlich. Es sollten Anstrengungen unternommen werden, damit die im Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union erwähnte Perspektive für den Freihandel in Zukunft verwirklicht werden kann.

Der Rat der Ostseestaaten und die Europäische Union sollten weiterhin bei der Förderung ihrer gemeinsamen Ziele in der Region als Partner agieren. In ihrer dem Gipfeltreffen in Visby vorgelegten Initiative für die Ostseeregion hat die Europäische Kommission dargelegt, welche Rolle die Europäische Union bei der Förderung dieses Prozesses spielen kann. Es sollte jede Gelegenheit ergriffen werden, insbesondere im Hinblick auf die interregionale Zusammenarbeit, um diesen Ansatz vollständig zu nutzen.

2.3 Verkehr: Effizienz, Sicherheit und Umweltschutz

Die Verkehrssysteme in der Region sollten verbessert und in die Transeuropäischen Netze integriert werden. Die strategische Planung internationaler, nationaler und regionaler Verkehrssysteme sollte Faktoren einschließen, die die Sicherheit und die Umweltauswirkungen betreffen. Insbesondere sollte eine verstärkte Beteiligung des Privatsektors an Infrastrukturinvestitionen gefördert werden.

Die Diskriminierung von Transportunternehmen oder Transporten, die aus dem Hoheitsgebiet eines anderen Ostseestaats stammen, sollte beseitigt werden.

Aus umweltpolitischen Erwägungen sollte ferner der Eisenbahn und bestehenden Binnenschiffahrtswegen hohe Priorität eingeräumt werden.

Die Bedeutung einer erhöhten Sicherheit der Schifffahrt wird anerkannt, insbesondere die Notwendigkeit, bessere Normen für Roll-on-roll-off-Passagierfähren im Einklang mit regionalen zwischenstaatlichen Übereinkünften einzuführen.

AUSRÄUMEN VON HINDERNISSEN

Die Verfahren für den Grenzübertritt und die Grenzabfertigung sollten optimiert werden. Moderne Technologien sollten im Verkehrswesen stärker zum Einsatz kommen. Es wird angestrebt, die Durchführung der Verkehrsoperationen zu verbessern, die Zollabfertigungsverfahren zu beschleunigen und die Transportkapazitäten in der Region optimal zu nutzen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde vereinbart, daß jeder Staat gewährleistet, daß es spätestens von Januar 1997 an eine staatliche Behörde gibt, die für die Ermittlung und Ausräumung von Hindernissen im Grenzverkehr und bei Zollabfertigungsverfahren zuständig ist.

Die Einrichtung einer Zentralstelle zur Beobachtung der Probleme und Überwachung der Fortschritte in diesem Bereich wird geprüft.

VERKEHRSKORRIDORE

Besondere Aufmerksamkeit sollte der Entwicklung von Verkehrskorridoren und der Transeuropäischen Netze sowie der verstärkten Nutzung des Seeverkehrs in der Ostseeregion gelten. In der Erklärung der II. Paneuropäischen Verkehrskonferenz wurden neun prioritäre Korridore in Mittel- und Osteuropa aufgeführt, von denen einige für die Ostseeregion von Bedeutung sein werden.

Die Verkehrskorridore werden von den für das Verkehrswesen zuständigen Ministern auf ihren Sitzungen 1997 weiter erörtert.

Das Projekt Via Baltica ist der Hauptteil des Korridors I (Helsinki-Warschau). Das Investitionsprogramm für fünf Jahre, das die hochrangige Arbeitsgruppe vorgelegt hat, und die Vereinbarung (MoU) werden umgesetzt. Es sollten Möglichkeiten geprüft werden, wie ein weiterer Teilabschnitt des Korridors I, die Via Hanseatica (St. Petersburg-Tallinn-Riga-Kaliningrad-Danzig), verbessert und gefördert werden kann.

HÄFEN

Die Häfen sollten in das Verkehrsnetz voll integriert werden. Die Kapazität der Häfen in der Region sollte durch Verbesserung der Produktivität bestehender Einrichtungen erhöht werden. Weitere Schritte, die durchgeführt werden sollten, umfassen eine effizientere Verwaltung, die Verbesserung kombinierter Transporteinrichtungen, nicht diskriminierende Behandlung, die Beschleunigung des Transitverkehrs und die verbesserte Anbindung an das Hinterland. Es sollte eine neue durch internationale Finanzmittel unterstützte Hafen-Infrastruktur entwickelt werden, die wirtschaftlichen Grundsätzen entspricht. Ein gerechter und offener Wettbewerb sollte das Leitprinzip bei der Bewirtschaftung und Entwicklung der Häfen in der Region sein.

Hohe Priorität wird der Umsetzung der baltischen Strategie für Auffanganlagen in Häfen für von Schiffen erzeugte Abfälle beigemessen, die die Helsinki-Kommission (HELCOM) ausgearbeitet hat und die zu schnellstmöglichem Handeln noch vor dem 1. Januar 1998 aufruft.

AKTIONSPROGRAMM

Es wird ein Aktionsprogramm aufgestellt, um erhebliche Verringerungen des Verschmutzungsniveaus und der Gesundheitsrisiken im Verkehrssektor zu erreichen und um nachhaltige Verkehrssysteme sowie die unterstützende Gesetzgebung zu entwickeln. Es sollte ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Verkehrsarten im Rahmen marktwirtschaftlicher Grundsätze in diesem Programm angestrebt werden, um die Umweltbelastungen zu minimieren. Der Umsetzung von Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen aus dem Verkehrssektor wird, wie von HELCOM empfohlen, hohe Priorität beigemessen.

Die von den Ostseestaaten in der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO) vorgelegte Initiative, die Ostsee zur Sonderzone für die Verhinderung der Luftverschmutzung durch Schiffe zu erklären, sollte weiterverfolgt werden. Die Nutzung von emissionsverringenden Technologien, wie z.B. Katalysatoren oder Abgasreinigung, sollte gefördert werden.

TELEKOMMUNIKATION

Der Einsatz moderner Technologie, z.B. von Telekommunikation, ist von zentraler Bedeutung für das wirtschaftliche Wachstum in der Ostseeregion. Es ist wichtig, daß die zuständigen Behörden in Zusammenarbeit mit Handel und Industrie die Möglichkeiten der Einführung moderner Techniken, wie z.B. optische Glasfaserkabel, prüfen.

2.4 Raumplanung - Eine Vision für die Ostsee

Die für die Raumplanung zuständigen Behörden werden die Arbeit an Projekten im Rahmen von VASAB 2010 (Vision und Strategien im Ostseeraum 2010) intensivieren und die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und HELCOM verbessern. Die für die Raumplanung zuständigen Minister werden die Umsetzung von VASAB 2010 auf ihrem nächsten Treffen im Herbst 1996 in Deutschland verstärkt betreiben.

Pilotprojekte werden sich auf folgende Punkte konzentrieren:

- koordinierte Raumplanung für Grenzregionen innerhalb der Ostseeregion und der Europäischen Union sowie der mittel- und osteuropäischen Staaten;
- Auswirkungen der großen Verkehrskorridor-Projekte auf die Raumplanung in Europa, insbesondere der von der Europäischen Union vorgeschlagenen; dies sollte die Integration von Hafen- und Binnenlandregionen einschließen;
- Verbesserung der städtischen Verkehrssysteme und -netze zur Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion insgesamt;
- koordinierte Entwicklungsprogramme für Küstengebiete, wobei die Ziele der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung mit der Notwendigkeit des Umweltschutzes in der Küstenregion und der angestrebten Entwicklung eines Konzepts integrierter Bewirtschaftung von Küstenzonen in Einklang zu bringen sind;
- Beitrag der Raumplanung zum Schutz ökologisch sensibler Gebiete und zur Überbrückung von Biotopen, insbesondere Programme, die zur Errichtung eines Netzwerks von "Ostsee-Schutzgebieten" sowie zur Durchführung von NATURA 2000 beitragen.

Bilaterale Programme und die Programme der Europäischen Union sollten genutzt werden, um die Entwicklung der Raumplanungssysteme der Staaten im Übergang weiter zu unterstützen.

2.5 Energie: Bedarfsdeckung, Umwelt und Sicherheit

Es ist wichtig, die Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Umweltprobleme zu verbessern, die sich aus der Erzeugung, der Verteilung und dem Verbrauch von Energie ergeben. Es müssen alle entsprechenden Maßnahmen auf nationaler und multilateraler Ebene sowie auf der Ebene der Europäischen Union durchgeführt werden, um die folgenden Ziele zu erreichen:

- Förderung einer effizienten Energienutzung im Hinblick auf die Entwicklung von Energieprogrammen, um dem Energiechartaprotokoll über Energieeffizienz zu entsprechen;
- verstärkter Einsatz erneuerbarer Energiequellen, z.B. Windkraft, Solarenergie und Biobrennstoffe;
- Förderung einer ökologisch verträglichen Energieerzeugung und -verteilung mit dem Ziel, Säurebildung, Eutrophierung, Klimaänderungen und Auswirkungen auf den Ozongehalt der Troposphäre zu minimieren.

Es sollte eine Durchführbarkeitsstudie angefertigt werden, um die Möglichkeit zu prüfen, ein Erdgasnetz aufzubauen, wobei Umweltfragen zu berücksichtigen sind.

Der Ostsee-Elektrizitätsring wird die Stromnetze in Nordeuropa miteinander verbinden. Die Durchführbarkeitsstudie über den Ostsee-Ring sollte schnellstmöglich abgeschlossen werden, um den Investitionsbedarf und die technischen Erfordernisse festzustellen. Sicherheits- und Umwelterwägungen sind für die Ostseeregion von Bedeutung und sollten Berücksichtigung finden.

Die nukleare Sicherheit ist für die Ostseeregion von grundlegender Bedeutung. Bilaterale und multilaterale Programme zielen auf die Stärkung der Sicherheitsvorschriften sowie auf operationelle und umgehende Verbesserungen der technischen Sicherheit von Reaktoren ab, insbesondere der Reaktoren in Ignalina, Sosnowy Bor und Kola. Reaktoren, die heutigen Sicherheitsanforderungen nicht entsprechen, sollten auf ein annehmbares Sicherheitsniveau gebracht werden oder den Betrieb einstellen.

Beim Bau und Betrieb von Kernkraftwerken und bei der Handhabung von radioaktiven Abfällen müssen die Risiken für die Bevölkerung und die Umwelt so gering wie möglich gehalten werden. Die Zusammenarbeit wird in der Ostseeregion und in multilateralen Foren fortgesetzt, um die nukleare Sicherheit sowie die sichere Handhabung und Entsorgung von radioaktiven Abfällen weiter zu verbessern. Die Kreditvereinbarungen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung mit Litauen und Rußland zur Förderung der nuklearen Sicherheit der Reaktoren in Ignalina, Sosnowy Bor und Kola werden zu diesem Prozeß beitragen.

3. EINE FRAGE DER SOLIDARITÄT - DIE UMWELT IN DER OSTSEEREGION

3.1 Engagement für die Ostsee: Das Gemeinsame Umfassende Programm

Die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts der Ostsee verlangt allen Ostseestaaten ein Höchstmaß an Engagement für gemeinsames Handeln ab. Die Konferenz von Ronneby 1990 und das Gemeinsame Umfassende Umweltaktionsprogramm für die Ostsee (GUP) stellen wesentliche Schritte in dieser Richtung dar und bleiben die Grundlage für gemeinsames Handeln.

Das GUP wird aktualisiert und gestärkt, wobei man sich unter anderem auf kommunale und industrielle Abwasserreinigung, Umweltkontrollen, Abfallentsorgung und Umweltauswirkungen der Landwirtschaft konzentriert, und seine Umsetzung wird auf der Grundlage des dem Gipfel der Ostseestaaten vorgelegten HELCOM-Berichts beschleunigt. Ferner sollte das GUP ein wichtiges Element bei der Ausarbeitung einer Agenda 21 für die Ostseeregion sein, die vom Umweltministertreffen im Oktober 1996 zu initiieren ist.

Projekte für kleinere Städte und Gemeinden werden in das GUP eingebunden. Im GUP dargelegte Maßnahmen mit hoher Priorität sowohl zur Vorbeugung als auch zur Schadensbehebung sollten Eingang in nationale und lokale Aktions- und Investitionspläne finden. Hindernisse, die umweltbezogenen Investitionen entgegenstehen, sollten ausgeräumt werden. Die Kosten der Einrichtung und des Betriebs von Umweltdienstleistungen sollten grundsätzlich durch die Gebühren der Nutzer gedeckt werden, wobei soziale Faktoren und Erschwinglichkeit zu berücksichtigen sind.

Das GUP wird in enger Abstimmung mit der Europäischen Kommission, den internationalen Finanzinstitutionen, Regierungen der Einzelstaaten und privaten Organisationen sowie mit dem von Estland, Lettland, Litauen, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Nordic Environment Financing Corporation (Nordische Umweltfinanzierungsgesellschaft) und dem PHARE-Programm gegründeten Green Equity Scheme for Environmental Investments in the Baltic Countries (Grüner Beteiligungsplan für Umweltinvestitionen in den baltischen Staaten) durchgeführt. Weitere Unterstützung durch diese Stellen wird angestrebt. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Wasserversorgung und der Abwasserreinigung in den Gebieten St. Petersburg, Pskow und Kaliningrad sowie in den Einzugsgebieten der Flüsse Vistula und Odra gelten.

Der Ratifikationsprozeß des Übereinkommens über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets von 1992 wird in näher Zukunft abgeschlossen.

3.2 Grenzüberschreitende Wasserbewirtschaftung

Flüsse und Seen sind wichtige Trinkwasserquellen. Das Niveau ihrer Umweltqualität sollte verbessert und erhalten werden.

Alle Ostseestaaten werden das Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen ratifizieren und durchführen.

Für alle grenzüberschreitenden Wasserläufe im Einzugsbereich der Ostsee werden Aktionsprogramme entwickelt, die auf den in dem Übereinkommen niedergelegten Grundsätzen und Verpflichtungen fußen.

In der ersten Phase sollten Aktionsprogramme für die folgenden Wassersysteme entwickelt werden: für den Peipussee/Tschudskoje osero/Pleskauer See, für den Fluß Nemunas/Lagune Kursiu, für die Flüsse Daugava, Venta, Lielupe und Odra sowie für das Fluß- und Seensystem Newa-Ladoga-Wolchow.

3.3 Abfälle und Chemikalien

Gefährliche Abfälle

Die Behörden der Einzelstaaten werden Maßnahmen ergreifen, um die aus der unsachgemäßen Handhabung gefährlicher Abfälle ziviler oder militärischer Herkunft resultierenden Risiken für die Gesundheit und für die Ökosysteme der Ostseeregion zu verringern.

Alle gefährlichen Abfälle werden entsprechend den Bestimmungen des Basler Übereinkommens und/oder der einschlägigen Regelungen der Europäischen Union sowie des Übereinkommens von Helsinki und seiner Anlagen behandelt. Es werden Unterstützungsprogramme entwickelt, die zu diesem Prozeß beitragen.

Gefährlichen Abfällen und kontaminierten ehemaligen Militärstandorten in den Staaten im Übergang muß besondere Aufmerksamkeit gelten. Internationale Projekte zur Bodensanierung

sind in Estland, Lettland, Litauen, Polen und der Russischen Föderation erforderlich. Die Lagerstätte für radioaktive Abfälle in Sillamäe, Estland, ist eine der potentiellen Quellen für die Kontamination der Ostsee.

Feste Abfälle

Die unsachgemäße und unkontrollierte Einbringung kommunaler und industrieller Abfälle bedroht das Oberflächen- und das Grundwasser und hat einen schädlichen Einfluß auf Land- und Frischwasser-Ökosysteme. Zur Abwendung dieser Bedrohungen sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die ordnungsgemäße Handhabung fester Abfälle sicherzustellen, moderne Deponierungsverfahren einzuführen und rechtswidrige Deponien nach und nach stillzulegen.

Chemikalien und Gefahrstoffe

Der unkontrollierten Verwendung und Handhabung von Chemikalien einschließlich Pestiziden muß besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Freisetzungen, Emissionen und Verluste gefährlicher Stoffe werden kontinuierlich verringert mit dem Ziel, sie innerhalb von einer Generation (25 Jahre) ganz zu vermeiden. Das Endziel ist es, für natürlich vorkommende Stoffe Umweltkonzentrationen nahe dem Grundgehalt und für vom Menschen hergestellte synthetische Stoffe Konzentrationen von annähernd Null zu erreichen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sollten die Richtlinien der Europäischen Union über Chemikalien einschließlich Pestizide von allen Staaten der Region, die Europa-Abkommen geschlossen haben, schnellstmöglich im Einklang mit diesen Abkommen und den Bemühungen im Vorfeld des Beitritts umgesetzt werden. Andere Staaten in der Region werden Vorschriften umsetzen, die eine vergleichbare Norm darstellen.

HELCOM sollte ein Aktionsprogramm für eine schrittweise Beendigung der Freisetzungen, Emissionen und Verluste von Gefahrstoffen einschließlich persistenter organischer Schadstoffe ausarbeiten. Das Aktionsprogramm sollte dem HELCOM-Ministertreffen 1998 vorgelegt werden.

3.4 Verschmutzung durch Erdöl

Der zu erwartende Anstieg der Förderung, des Transports und der Weiterverarbeitung von Erdöl im Ostseeraum könnte eine schwerwiegende Bedrohung der anfälligen Ökosysteme der

Ostsee darstellen. HELCOM wird aufgerufen, die mit dem Umgang mit Erdöl in der Ostsee verbundenen Umweltrisiken zu bewerten. Ein Bericht, der auch Vorschläge für Maßnahmen einschließt, sollte dem HELCOM-Ministertreffen 1998 vorgelegt werden.

3.5 Ablagerung von Stoffen aus der Atmosphäre in der Ostsee

Die Ablagerung von Stickstoffverbindungen aus der Atmosphäre trägt zum Prozeß der Eutrophierung bei. Persistente organische Schadstoffe sowie Schwermetalle tragen zur Anreicherung von gefährlichen Stoffen in der Umwelt bei. Die Zusammenarbeit zwischen HELCOM und dem Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung wird intensiviert, um diese Probleme anzugehen.

Alle Ostseestaaten sollten Vertragsparteien des Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung von 1979 einschließlich der Protokolle dazu werden. In künftigen Protokollen zu dem Übereinkommen werden energische Bemühungen unternommen, um die betreffenden Luftverschmutzungsprobleme zu lösen.

3.6 Landwirtschaft: Aufruf zu dringend erforderlichen Maßnahmen

Der Umweltschutz sollte Kernbestandteil der Agrarpolitik sein. Die Umsetzung der HELCOM-Ministerbeschlüsse von 1994 sowie anderer einschlägiger Beschlüsse und Empfehlungen betreffend Maßnahmen zur Begrenzung der umweltschädigenden Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Ostsee wird mit Vorrang vorangetrieben. Emissionen und Freisetzungen von Nährstoffen müssen auf ein Niveau gesenkt werden, das mit dem Ziel, das ökologische Gleichgewicht der Ostsee wiederherzustellen, vereinbar ist. Gute landwirtschaftliche Praktiken einschließlich der eingeschränkten Verwendung von Pestiziden werden eingeführt. Die zur Erreichung der umweltbezogenen Zielsetzungen erforderlichen Maßnahmen werden ausgearbeitet und umgesetzt.

Zu diesem Zweck sollten die einzelstaatlichen Aktionsprogramme bewertet und erforderlichenfalls ergänzt werden, um in einem ersten Schritt das allgemeine Ziel einer fünfzigprozentigen Verringerung der Nährstoffeinbringung in die Ostsee zu erreichen.

Vorschläge zu diesen Themenbereichen und eine Anlage über Landwirtschaft zum Übereinkommen von Helsinki sollten zur Annahme durch das 1998 stattfindende HELCOM-Umweltministertreffen vorbereitet werden.

3.7 Schutz der Meeresökosysteme: Verschmutzung und nachhaltige Befischung

Eutrophierung und Verschmutzung stellen ernste Bedrohungen der Ökosysteme der Ostsee dar. Der sich natürlich vermehrende Ostseelachs ist gefährdet. Die von der HELCOM und der Internationalen Kommission für die Fischerei in der Ostsee und den Belten durchgeführten Arbeiten an Maßnahmen zur Eindämmung dieser Gefahren werden unterstützt.

Es sollte eine kohärente Politik für nachhaltige Befischung ausgearbeitet werden. Die Internationale Kommission für die Fischerei in der Ostsee und den Belten wird aufgerufen, in Konsultation mit der HELCOM und dem Internationalen Rat für Meeresforschung einen umfassenden Plan für die Erhaltung und Entwicklung der biologischen Vielfalt und der nachhaltigen Befischung der Ostsee auszuarbeiten.

3.8 Erhaltung der Natur: Schutz der Vielfalt

Die Ostseeregion ist reich an natürlicher Schönheit und an Ressourcen. Einzigartige und beispieldhafte Natur- und Kulturlandschaften sollten erhalten und geschützt werden. Die internationale Zusammenarbeit zum Schutz der Küsten- und Feuchtgebiete und anderer Biotoparten sowie der Biosphäreservate sollte auf das Übereinkommen über die biologische Vielfalt, auf die Grundsätze der Integrierten Bewirtschaftung von Küstenzonen, das europäische ökologische Netzwerk Natura 2000 und die HELCOM-Empfehlungen über die Ostsee-Schutzgebiete (BSPA) gegründet sein. Alle Ostseeanrainerstaaten messen der Verwirklichung des BSPA-Netzes, einschließlich der Annahme von Bewirtschaftungsplänen für jedes Gebiet, große Bedeutung bei.

Ein Netz von Schutzgebieten für die Erhaltung der Landschaft und der biologischen Vielfalt wird im Rahmen der HELCOM errichtet.

Die wirtschaftliche Nutzung der natürlichen Ressourcen durch Land- und Forstwirtschaft sowie Tourismus erfolgt unter voller Beachtung der Notwendigkeit, den natürlichen Reichtum und die biologische Vielfalt der Ostseeregion zu schützen.

Übersetzung
105 - 9703612

03.07..97

Kommuniqué der 6. Ministertagung des Rates der Ostseestaaten

Einleitung

1. Auf Einladung des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Lettlands trat der Rat der Ostseestaaten - die Minister für auswärtige Angelegenheiten Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Islands, Lettlands, Litauens, Norwegens, Polens, Rußlands und Schwedens sowie der Vertreter der Europäischen Kommission - am 2. und 3. Juli 1997 in Riga zu seiner Sechsten Ministertagung zusammen. Der Vorsitz der Europäischen Union wurde durch den Umweltminister Luxemburgs vertreten. Vertreter Frankreichs, der Ukraine und der Vereinigten Staaten von Amerika nahmen als besondere Gäste an der Tagung teil.
2. Die Minister brachten ihre Befriedigung über die im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit erzielten Fortschritte zum Ausdruck, in denen sich das wachsende Bewußtsein für die Werte widerspiegelt, welche die Ostseestaaten wieder miteinander verbinden. Diese Region findet wieder zu ihrer eigenen Identität. Die Minister brachten ferner ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß eine Stärkung der Zusammenarbeit im gesamten Ostseeraum einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung eines stabilen, demokratischen, wirtschaftlich gesunden und ungeteilten Europas leisten wird.
3. Die Minister stellten fest, daß der Transformationsprozeß in den Bereichen Infrastruktur, Energie, umweltrechtliche und institutionelle Rahmenwerke und Bekämpfung des organisierten Verbrechens die Ostseestaaten vor Herausforderungen stellt. Sie hoben die Möglichkeiten zur Nutzung komparativer Vorteile rund um die Ostsee und die wichtige Rolle, die der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zukommt, hervor. Diese Fragen sollten innerhalb eines breit angelegten regionalen Rahmenwerks auf der Grundlage nachhaltiger Entwicklung angegangen werden. Die Minister bekräftigten die Rolle des Rates der Ostseestaaten bei der Überwindung von Ungleichgewichten zwischen den Ostseestaaten.
4. Die vollständige Einhaltung der Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE bildet das Fundament für die Zusammenarbeit im Ostseeraum. Der Rat der Ostseestaaten unterstützt die OSZE bei ihren vertrauensbildenden Aufgaben als subregionaler Partner. Die Mitgliedstaaten

werden daran mitarbeiten, ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert zu schaffen. Der Rat fordert das im Dezember in Kopenhagen stattfindende OSZE-Treffen auf Ministerebene auf, die sich gegenseitig verstärkende Zusammenarbeit zwischen Organisationen in Europa zu fördern.

5. Der Rat brachte seine Befriedigung über die in der Initiative für die Ostseeregion der Europäischen Kommission festgelegte Unterstützung der Region durch die Europäische Union zum Ausdruck. Diese Initiative wird mit finanzieller Unterstützung von PHARE, TACIS und anderen Gemeinschaftsprogrammen sowie auf der Grundlage der Beziehungen zwischen der EU und jedem einzelnen Staat in der Region umgesetzt. Im Hinblick auf den künftigen Beitrag von Bewerberstaaten wird die Zusammenarbeit weiter intensiviert. Auch die Beziehungen der EU zu Rußland werden weiterentwickelt und intensiviert; ferner wird der weiteren Stärkung der Zusammenarbeit zwischen allen Staaten der Region größte Bedeutung beigemessen. Zur Förderung einer harmonischen Entwicklung in der gesamten Region ist es unerlässlich, daß Rußland sich an den Bemühungen um die Angleichung von Regelungen und Rechtsvorschriften beteiligt.

Der Rat betonte, daß der laufende Prozeß der EU-Erweiterung, der die baltischen Staaten und Polen mit einschließt, weiter zur Konsolidierung von Sicherheit und Stabilität in der Ostseeregion beitragen und Möglichkeiten für eine noch engere Zusammenarbeit im Rahmen des Rates der Ostseestaaten bieten wird.

6. Die Minister begrüßten die Ratifikation des 1951 im Rahmen der VN geschlossenen Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge durch Estland, Lettland und Litauen und die Ratifikation der Europäischen Menschenrechtskonvention durch Lettland sowie die Unterzeichnung durch Rußland des Protokolls Nr. 6 zur Europäischen Menschenrechtskonvention über die Abschaffung der Todesstrafe.

7. Die Minister würdigten die Bedeutung der Arbeit des Nordischen Ministerrats und des Baltischen Ministerrats für den Rat der Ostseestaaten als einen Beitrag zu den Integrationsprozessen. Die Minister begrüßten das Programm des Nordischen Ministerrats für die Zusammenarbeit mit an die nordische Region angrenzenden Gebieten. Sie würdigten das Angebot des Nordischen Ministerrats, bei der Umsetzung der Aktionsprogramme des Rates der Ostseestaaten zu helfen, und regten eine engere Zusammenarbeit mit dem Nordischen Ministerrat an.

8. Die Minister begrüßten den Vorschlag Polens, Ingvar Carlsson und Tadeusz Mazowiecki für die Anregung und Organisation der ersten Tagung der Regierungschefs der Ostseestaaten in Ronneby im September 1990 den Preis der Stadt Danzig für herausragende Leistungen bei der Entwicklung der Zusammenarbeit in der Region des Rates der Ostseestaaten zu verleihen.

Umsetzung der Aktionsprogramme und der Beschlüsse im Rahmen der Folgearbeit

9. Der Rat brachte seine Befriedigung über die bei der Umsetzung der Aktionsprogramme erzielten Fortschritte und insbesondere über die umfassende Einbeziehung regionaler Organisationen und Institutionen in diesen Prozeß zum Ausdruck. Die Unterstützung des Prozesses durch die Regierungen und eine beträchtliche Anzahl regionaler Gremien wird die Entwicklung der Zusammenarbeit im Ostseeraum weiter konsolidieren.

Der Rat äußerte sich anerkennend über die koordinierenden Aktivitäten des Ausschusses Hochrangiger Beamter (AHB), der Arbeitsgruppen Unterstützung demokratischer Institutionen, Wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie Nuklearsicherheit und Strahlungssicherheit und der Helsinki-Kommission (HELCOM) zur Umsetzung der Aktionsprogramme.

Die Minister stellten fest, daß für Fortschritte in der Region neben finanziellen Mitteln auch Humankapital erforderlich ist. Anhaltende Investitionen in die menschlichen Ressourcen sind daher überaus wichtig. Ferner ist ein anhaltendes und konsequentes Engagement jedes Mitglieds des Rates der Ostseestaaten entscheidend, damit bei der regionalen Zusammenarbeit Ergebnisse erzielt werden können. Die enge Abstimmung mit anderen regionalen, in Einzelbereichen zuständigen Gremien ist für die Erreichung der Kooperationsziele des Rates der Ostseestaaten von ebenso großer Bedeutung.

10. Der Rat nahm die verschiedenen Initiativen zur Kenntnis, die im Bereich demokratische Institutionen und Menschenrechte durchgeführt werden: Seminare über die Pressefreiheit (6. - 8. September 1997 in Warschau) und über die Verfahrensregeln für die Behandlung von Beschwerden in der Europäischen Menschenrechtskommission und den Europäischen Gerichtshöfen (7. - 8. März 1997 in Kopenhagen) sowie Teilnahme am 2. Europäischen Treffen der einzelstaatlichen Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte (20. Januar 1997 in Kopenhagen). Solche Initiativen leisten einen Beitrag zur Entwicklung einer gemeinsamen Auffassung von demokratischen Werten in der Region. Der Rat begrüßte ferner die Stärkung der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Foren, wie dem Europa-

rat, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen.

11. Der Rat würdigte die Initiativen in den Bereichen Sicherheit der Bürger und Bekämpfung des internationalen Verbrechens, denen besonderer Vorrang eingeräumt wird. Der Rat der Ostseestaaten wird die Prüfung des Konzepts betreffend die Sicherheit der Bürger fortsetzen. Der Rat wies auf die Bedeutung der laufenden bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit zwischen den Polizei-, Einwanderungs-, Zoll- und Grenzschutzbehörden hin. In diesem Zusammenhang stellte der Rat fest, daß die für den Grenzschutz zuständigen Behörden auf der Grenzschutzkonferenz der Ostseeregion, die am 26./27. Mai 1997 in Helsinki stattfand, eine reguläre Zusammenarbeit vereinbart haben. Der Rat der Ostseestaaten sicherte dieser Zusammenarbeit, über deren Ergebnisse der Rat unterrichtet werden wird, seine volle Unterstützung zu.

Der Rat nahm mit Befriedigung die im Hinblick auf die Reisefreiheit in der Region erzielten Fortschritte, die bilateralen Abkommen zwischen den Staaten zur Abschaffung der Visumpflicht und die Ratifikation der einschlägigen internationalen Übereinkünfte zur Kenntnis. Nach wie vor bestehen Probleme, die die Freizügigkeit einschränken. Daher stimmte der Rat überein, daß die Zusammenarbeit in diesen Bereichen weiterhin erforderlich ist.

12. Der Rat brachte seine Würdigung der Tätigkeit des Arbeitsstabs für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens zum Ausdruck, den die Regierungschefs auf dem Gipfeltreffen in Visby eingesetzt haben. Der Arbeitsstab hat eindrucksvolle operationelle Ergebnisse in den vier Hauptarbeitsbereichen erzielt: verbesserter Informationsaustausch, gemeinsame operative Maßnahmen, Zusammenarbeit der Justiz, Ausbildung und Seminare. Der Rat sieht der Fortsetzung dieser wichtigen Arbeit und dem Bericht des Arbeitsstabs, der dem nächsten Treffen der Regierungschefs vorgelegt wird, erwartungsvoll entgegen.

Die Minister bekräftigten, daß der Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit der Bürger sowohl im bilateralen als auch im multilateralen Rahmen weiterhin hohe Priorität zukommen muß.

13. Der Rat würdigte die vielfältigen Aktivitäten zur Umsetzung des Programms zur Förderung der Kontakte zwischen den Menschen. Die Annahme des Ostsee-Tourismusprogramms und die Zusammenarbeit im Rahmen von Ars Baltica und das im März 1997 in Posen (Poznan) errichtete baltische Akademiennetz bieten Möglichkeiten für die Entwicklung von Kontakten zwischen den Menschen über Grenzen hinweg. Der Rat sieht der Tagung der Kulturminister,

die im September dieses Jahres in Lübeck stattfindet und die Zusammenarbeit in diesem Bereich stärken wird, erwartungsvoll entgegen.

14. Der Rat nahm mit Befriedigung die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsgruppe demokratische Institutionen und dem Kommissar des Rates der Ostseestaaten für demokratische Institutionen und Menschenrechte einschließlich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören, bei der Umsetzung der Empfehlungen des Kommissars zur Kenntnis. Die Rechte und Pflichten des Personals von Streitkräften und das aktive und passive Ausländerwahlrecht sind zwei Beispiele dieser Zusammenarbeit.

Der Rat nahm die im Bericht des Kommissars enthaltenen Schlußfolgerungen und Empfehlungen zur Kenntnis. Der Rat würdigte die aktive und erfolgreiche Arbeit von Professor Ole Espersen, die dieser während seiner Amtszeit zur Konsolidierung und Förderung der Demokratie geleistet hat. Der Rat kam überein, daß diese Arbeit fortgesetzt werden muß, verabschiedete ein geändertes, drei Jahre geltendes Mandat für den Kommissar und bestätigte Professor Ole Espersen in diesem Amt.

Der Rat äußerte sich besorgt über die Feststellungen im Bericht des Kommissars hinsichtlich der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes hinsichtlich bestimmter Artikel (sexueller Mißbrauch, Gewalt in den Medien, Kinder von Asylbewerbern) in den Mitgliedsländern des Rates der Ostseestaaten. Der Rat wies den AHB an, in diesem Bereich aktiv zu werden, wobei auch das Ausmaß der sexuellen Ausbeutung von Kindern in der Region zu prüfen und zu bewerten und ein Informationsaustausch über die bisherigen Maßnahmen zu organisieren ist.

15. Der Rat unterstrich die wichtige Rolle der Eurofakultät bei der Angleichung und Verbesserung der Hochschulbildung in den baltischen Staaten und bekräftigte seine Unterstützung der Eurofakultät. Die Mitglieder des Rates stimmten darin überein, daß eine enge Zusammenarbeit mit den Gastuniversitäten überaus wichtig ist, um die notwendigen Reformen in den Lehrplänen und neue Methoden des Lehrens und Lernens einzuführen. Der Erfolg der Eurofakultät hängt davon ab, daß die Regierungen und Universitäten der Gaststaaten die Zielsetzungen und die Zusammenarbeit mit der Projektleitung in vollem Umfang mittragen und bedarf der fortgesetzten moralischen und finanziellen Unterstützung durch die Geber. Der Rat begrüßte die Empfehlungen des AHB und sieht ihrer baldigen Umsetzung entgegen. Der Rat brachte seine Befriedigung über die Aufnahme der Tätigkeit der Eurofakultät in Kaliningrad zum Ausdruck und bekräftigte seine Entschlossenheit, die Durchführung des Projekts weiter zu unterstützen.

Der Rat begrüßte die in der Region durchgeführten vielfältigen Austauschaktivitäten im Bildungsbereich und Stipendienprogramme. Diese Aktivitäten sollten vereinheitlicht werden, um die Angleichung der Normen für die gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen und Diplomen zu erleichtern.

16. Der Rat nahm die bei der wirtschaftlichen Integration in der Region erzielten Fortschritte zur Kenntnis und unterstützte die Bemühungen Estlands, Lettlands, Litauens und Rußlands um Aufnahme in die WTO. Das in Kalmar formulierte Ziel, die Meistbegünstigung zum Mindeststandard für die Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedern des Rates der Ostseestaaten zu machen, wird erreicht werden, wenn Rußland Estland die Meistbegünstigung gewährt. Es wird festgestellt, daß die Handelsbeziehungen zwischen den meisten Ländern der Region bereits höheren Standards genügen.

Die Minister nahmen mit Befriedigung zur Kenntnis, daß das zwischen den baltischen Staaten geschlossene Freihandelsabkommen für Agrarprodukte am 1. Januar 1997 in Kraft getreten ist.

17. Der Rat stellte fest, daß trotz der vielfachen bereits unternommenen Maßnahmen zur Verbesserung von Infrastruktur, Rechtsvorschriften und Verfahren nach wie vor Grenzüberschreitungsprobleme die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in der Region beeinträchtigen. Zur Beseitigung der noch bestehenden Hindernisse ist das fortgesetzte und starke Engagement der Regierungen gefordert. Besonderes Augenmerk muß auf die Ausbildung, Organisation und Ausstattung eines fachlich geeigneten und sehr zuverlässigen Mitarbeiterstabs gerichtet werden. Mit Befriedigung wird zur Kenntnis genommen, daß in Übereinstimmung mit den "Zielen von Kalmar" alle Mitglieder des Rates der Ostseestaaten nationale Behörden benannt haben, denen Grenzüberschreitungsprobleme gemeldet werden können und die für die Überwachung der Lösung dieser Probleme verantwortlich sind. In diesem Zusammenhang begrüßte der Rat die Ergebnisse der 2. Ostsee-Zollkonferenz, die am 5./6. Juni 1997 in Tallinn stattfand.

18. Ferner werden die bei der Angleichung des rechtlichen und institutionellen Rahmens erzielten Fortschritte begrüßt, da dies für die Verbesserung des Investitionsklimas entscheidend ist. Um die wirtschaftliche Entwicklung in der gesamten Region zu erweitern, müssen Rechtsvorschriften und Regelungen in allen Staaten miteinander vereinbar, klar, transparent, nichtdiskriminierend, verläßlich und in bezug auf die angestrebten Ziele verhältnismäßig sein. Eine kontinuierliche Folgearbeit ist erforderlich. Der Finanzsektor braucht hohe professionelle Standards sowie angemessene Rechtsvorschriften und Überprüfungsstrukturen. Ein modernes System zur Registrierung von Land- und anderem Grundbesitz ist erforderlich, und der Prozeß

der Landreform und der Schaffung eines Marktes für Grundbesitz muß fortgesetzt werden. Kleine und mittelständische Unternehmen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Wertschöpfung. Die Regierungen müssen diese Unternehmen bei allen ihren politischen Entscheidungen konsequent berücksichtigen, um ihnen eine gedeihliche Entwicklung zu ermöglichen.

Der Rat der Ostseestaaten wird seine Bemühungen um die Schaffung einer makroökonomischen Identität der Region als Ganzes fortsetzen und einen Beitrag zur Koordinierung der für umfangreiche öffentliche Investitionen benötigten finanziellen Mittel, die aus den nationalen Haushalten, aus der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit stammen bzw. von den internationalen Finanzinstitutionen beigesteuert werden, leisten.

19. Die bei der Entwicklung von Transportnetzen und anderen Verkehrswegen erzielten Fortschritte werden zur Kenntnis genommen. Diese Entwicklung muß weiter vorangetrieben werden. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem wachsenden West-Ost-West-Verkehr. Der Rat erwartet, daß die Ergebnisse der Sitzungen der 3. Konferenz der Verkehrsminister der Ostseestaaten und der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister, die beide am 21./22. April 1997 in Berlin stattfanden, und der 3. Paneuropäischen Verkehrskonferenz, die vom 23. - 25. Juni 1997 in Helsinki abgehalten wurde, Beiträge in diesem Bereich leisten werden.

Der Rat nahm die verschiedenen Studien über einen möglichen Verbund verschiedener Energieversorgungsnetze zur Kenntnis und erwartet, daß die Energieunternehmen Entscheidungen über Investitionen fällen werden. Die Minister begrüßten die am 27. Juni 1997 in Bergen abgegebene Erklärung der Nordischen Ministerpräsidenten über die nachhaltige Energieversorgung rund um die Ostsee.

Die Mitglieder des Rates der Ostseestaaten sind aufgerufen, ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften anzugleichen und bei Transport, Verkehrs- und Energiefragen sowie damit verbundenen Dienstleistungen den Grundsatz der staatlichen Behandlung einzuhalten.

20. Der Rat begrüßt die Schaffung des Baltischen Beirates für Wirtschaftsberatung (BRW) und sieht seinem Beitrag zur Anregung der Entwicklung in der gesamten Region erwartungsvoll entgegen. Auch die Ergebnisse der Allgemeinen Konferenz des Verbands der Handelskammern der Ostseestaaten (Baltic Sea Chambers of Commerce Association - BCCA) am 5./6. Juni 1997 in St. Petersburg wurden zur Kenntnis genommen.

21. Die Minister nahmen die Konferenz über Beschäftigungs- und Sozialpolitik (Sobieszewo, Polen, 8./9. Mai 1997) sowie den Vorschlag zur Erweiterung der Zusammenarbeit in diesem Bereich im Rahmen des Rates der Ostseestaaten zur Kenntnis.

Die Minister erkannten an, daß ein gut funktionierender Arbeitsmarkt mit einer geringen Erwerbslosenquote und sicheren Arbeitsbedingungen für eine stabile demokratische und soziale Entwicklung der Region entscheidend ist.

Die Minister beauftragten den AHB sicherzustellen, daß diese Fragen, einschließlich grenzüberschreitender Zusammenarbeit über die Entwicklung von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, von den Arbeitsgruppen entsprechend aufgegriffen werden.

22. Der Rat brachte die Bedeutung der multilateralen Zusammenarbeit für die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts in der Region zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang komme der Helsinki-Kommission (HELCOM) eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung des dritten Aktionsprogramms in der Region zu. Der Rat würdigte ferner die Bemühungen der HELCOM, den Umweltschutz zu einem festen Bestandteil aller Aktivitäten im Verkehrssektor (Straßen- und Schienenverkehr, Luftverkehr sowie Wasserwege und Häfen) zu machen, um zukunftsfähige Transportsysteme zu schaffen.

Der Rat begrüßte die fortgesetzte Zusammenarbeit zwischen der HELCOM und VASAB 2010 (Vision und Strategien im Ostseeraum 2010) in bezug auf abgestimmte Entwicklungsprogramme für Küstengebiete und den Beitrag der Raumplanung zum Schutz ökologisch sensibler Gebiete.

Der Rat würdigte das Projekt zur Aktualisierung und Stärkung des Gemeinsamen Umfassenden Programms, das zur Bereinigung von Defiziten und Mängeln sowie zur Erhöhung der Umsetzungsgeschwindigkeit unter der Federführung der HELCOM eingerichtet worden ist.

Der Rat brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß die HELCOM sich eng an die Agenda 21 für die Ostseeregion halten und mit der Gruppe Hocharangiger Beamter bei der weiteren Ausarbeitung der Agenda 21 für die Ostseeregion zusammenarbeiten möge.

Die Regierungen sollten sich verpflichten, Aktionsprogramme für alle grenzüberschreitenden Gewässer zu entwickeln. Die Empfehlungen in bezug auf den angemessenen Umgang mit festen und gefährlichen Abfällen, auf die Einführung moderner Deponierungsverfahren und die allmähliche Stilllegung rechtswidriger Deponien sollten weiter ausgearbeitet und angenommen werden.

Der Rat begrüßte die Initiative der HELCOM zur Erörterung konkreter Maßnahmen für das Bestandsregister von Transportmitteln und -wegen und die Risikoeinschätzung in bezug auf Öle, die im Ostseeraum befördert werden.

Der Rat würdigte die Annahme des Landwirtschaftsprojekts.

Der Rat ermunterte die Vertragsstaaten des Helsinki-Übereinkommens, der Umsetzung abgestimmter Beschlüsse zum Naturschutz hohe Priorität beizumessen.

Der Rat brachte seine Besorgnis über die Vorfälle zum Ausdruck, bei denen in der Ostsee versenkte chemische Waffen in Fischernetze gerieten. Sie erkannten die Notwendigkeit, insbesondere unter Rückgriff auf die Erfahrungen von HELCOM verstärkte Anstrengungen zur Vermittlung von Informationen und Wissen, vor allem an Fischer, zu unternehmen.

Der Rat würdigte auch den Beitrag der für die Umwelt zuständigen Minister, die am 21. Oktober 1996 in Stockholm zusammenkamen, zur Umsetzung des dritten Aktionsprogramms und die wichtige Rolle der Arbeit der Gruppe Hochrangiger Beamter zur Vorbereitung der Agenda 21.

Der Rat forderte die HELCOM auf, im Anschluß an das Aktionsprogramm von Kalmar und im Hinblick auf den Ausstieg aus der Verwendung gefährlicher Stoffe sowie angesichts der anhaltend hohen Konzentrationen von PCB (Polychlorbiphenyl) in der Ostsee relevante mögliche PCB-Quellen im Ostseeraum ausfindig zu machen, ein Aktionsprogramm zur Beseitigung dieser Quellen auszuarbeiten und auf der nächsten HELCOM-Ministertagung im März 1998 Bericht zu erstatten.

23. Die Minister stellten fest, daß die Raumplanung sich in den meisten Ländern in ihrem Anfangsstadium befindet. Durch ein Zusammenführen der Politik verschiedener Sektoren und der unterschiedlichen Zuständigkeits Ebenen (staatl., regional, kommunal, grenzüberschreitend) ermöglicht die Raumplanung eine wirksamere Nutzung begrenzter Ressourcen. Der Rat stimmt mit der von VASAB vertretenen Auffassung überein, daß die räumliche Kohäsion der Ostseeregion nach Jahrzehnten der politischen Teilung verbessert werden muß und daß es ein Zusammengehörigkeitsgefühl gibt, das sich in einer beträchtlichen Zahl entstehender Initiativen niederschlägt, die zu mehr Zusammenarbeit führen.

Der Rat nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß zwischen VASAB und der Agenda 21 für die Ostseeregion eine enge Kooperation hergestellt wurde.

24. Der Rat brachte auch seine Befriedigung über die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit bei Angelegenheiten betreffend die Nuklear- und Strahlungssicherheit und über den Beitrag der Arbeitsgruppe Nuklearsicherheit und Strahlungssicherheit zum Ausdruck.

Der Rat unterstützt die laufenden Aktivitäten zur Sanierung und Wiederherstellung der Depo-
nie Sillamae und zur Planung neuer Abfallentsorgungstechnologien. Nach wie vor ist eine wei-
tere internationale Zusammenarbeit im Rahmen von EU-Programmen und anderen Initiativen
erforderlich, um die Probleme in Paldiski zu lösen. Der Zusammenarbeit zur Entwicklung eines
Strahlungsüberwachungsnetzes und eines Datenaustauschsystems sollte entschiedene
Unterstützung gewährt werden.

Fortschritte wurden in den Bereichen Entsorgung radioaktiver Abfälle, Lagerstätten für radio-
aktive Abfälle, regionale und bilaterale Zusammenarbeit bei der Frühwarnung, Entwicklung
von einzelstaatlichen rechtlichen Rahmenwerken und Notfallübungen erzielt.

Angesichts der Probleme in bezug auf den illegalen Handel mit Kernmaterial rief der Rat alle
zuständigen Behörden auf, zusammenzuarbeiten, um diese Aktivitäten zu unterbinden.

Der Rat brachte seine Unterstützung für die multilateralen und bilateralen Aktivitäten zur Er-
höhung der Sicherheit der Kernkraftwerke in Ignalina, Sosnowy Bor und Kola zum Ausdruck,
die durch einen von den G24-Staaten eingesetzten Ausschuß unter Verwendung einer von der
Internationalen Atomenergie-Organisation erstellten Prioritätenliste koordiniert und unter an-
derem von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung finanziert werden. Im
Bereich der Nuklearsicherheit sind weitere wesentliche Fortschritte erforderlich. In dieser
Hinsicht ist die vollständige Umsetzung der Nuklearsicherheitsübereinkommen von großer
Bedeutung.

25. Der Rat begrüßte den Beitrag, den die Kommunalverwaltungen zur Umsetzung der
Aktionsprogramme geleistet haben, indem sie den zahlreichen Initiativen und Bemühungen a
subregionaler Ebene in vordringlichen Bereichen richtungsweisende Unterstützung gewährten,
wobei sie besonders Kooperationsprojekte in der Region und die regionale Zusammenarbeit
förderten.

Der Rat nahm mit Befriedigung das zwischen den litauischen, polnischen und belarussischen
Kommunalverwaltungen geschlossene Übereinkommen über die Errichtung der Euroregion
"Nemunas/Niemen" zur Kenntnis, das auch anderen interessierten Parteien offensteht.

Der Rat würdigte die Ergebnisse der Vierten Subregionalkonferenz der Ostseestaaten
(BSSSC), die am 17./18. Oktober 1996 in Vaasa (Finnland) stattfand, und die Schaffung eines
der Rotation unterliegenden BSSSC-Sekretariats sowie die Einsetzung ständiger Arbeitsgrup-
pen im Einklang mit den Aktionsprogrammen, die das jeweilige Fachwissen auf subregionaler
Ebene widerspiegeln. Er rief den AHB auf, in Zusammenarbeit mit dem BSSSC weiterhin zu
prüfen, wie diese Dimension gestärkt werden könnte.

26. Der Rat würdigte die Unterstützung der Zusammenarbeit in der Region durch die Parlamente der Ostseestaaten, die auf der Fünften Parlamentarischen Konferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum am 10./11. September 1996 in Riga bekräftigt wurde.

Der Rat brachte seine Befriedigung über den zwischen dem Rat der Ostseestaaten und anderen europäischen regionalen Vereinigungen - dem Euro-Arktischen Barents-Rat, der Zentraleuropäischen Initiative, der Wirtschaftlichen Zusammenarbeit am Schwarzen Meer - geführten Erfahrungsaustausch zum Ausdruck.

Institutionelle Beschlüsse und Vorsitz

27. Die Minister, entschlossen, die Zusammenarbeit im Rahmen des Rates der Ostseestaaten auszubauen und zu stärken, wiesen den AHB an, einen endgültigen Vorschlag zur Einrichtung eines ständigen CBSS-Sekretariats vorzubereiten und zu erörtern und, sofern Einvernehmen darüber erzielt wird, den Vorschlag den Ministern zur Entscheidung im schriftlichen Verfahren vorzulegen.

Das Sekretariat wird den Rat in technischen und Verwaltungsangelegenheiten unterstützen und als zentrale Informationsstelle dienen.

Bei der Erörterung dieser Frage legt der AHB auch die Einzelheiten des Mandats, die Größe (einschließlich Personal), die Finanzierung und den Sitz des Sekretariats fest.

Bei der Errichtung eines Sekretariats werden die auf dem Gipfeltreffen in Visby am 3./4. Mai 1996 abgegebene Erklärung der Präsidentschaft und das Kommuniqué von Kalmar vom 2./3. Juli 1996 berücksichtigt.

Die Minister sprachen Schweden ihren Dank für die von der Unterstützungsgruppe in Stockholm geleistete Arbeit aus.

28. Der Rat sprach Lettland seinen Dank dafür aus, daß es 1996/97 den Vorsitz des Rates der Ostseestaaten ausgeübt hatte und die Sechste Ministertagung in Riga durchführte.

Der Rat beauftragte Dänemark, den Vorsitz für den Zeitraum 1997/98 wahrzunehmen. In diesem Zeitraum wird die Troika aus Dänemark, Lettland und Litauen bestehen.

Die Siebte Ministertagung des Rates der Ostseestaaten wird im 1998 in Dänemark stattfinden. Der Rat dankte den Gästen der Tagung für ihre Teilnahme und ihre Berichte.

Conclusions of the 4th Conference on BSSSC Vaasa 17 -18th October 1996

The 4th Conference on BSSSC convened in Vaasa, Finland, at the invitation of the Provincial Government and the County Councils of the Province, on 17th and 18th October 1996. The representatives from the subregions of the Baltic Sea states Finland, Russia, Estonia, Latvia, Lithuania, Poland, Germany, Denmark, Norway and Sweden discussed perspectives of Baltic Sea cooperation and underlined the special contribution of the subregional level to the further development of our area.

As guests, the Conference welcomed Minister Valdis Birkavs, Chairman of the Council of the Baltic Sea States as well as the Presidents of the Union of the Baltic Cities and Baltic Sea Chamber of Commerce Association, the General Secretary of Helsinki Commission and the representative of VASAB.

1.

The Conference invites the Heads of Governments of the Baltic Sea states to continue their leading role in forming Baltic Sea policy as started in Visby 1996.

the Conference asks for a rapid enlargement of the European Union by allowing the interested Baltic Sea states to join as soon as possible and for a strengthening of the partnership between the Russian Federation and the European Union.

the Conference draws attention to the growing economic potentials for trade and business in the region.

the Conference calls for a quick and complete implementation of the Action Programmes of the CBSS and the EU Baltic Sea Region Initiative.

the Conference demands a focal point (Permanent Secretariat for the CBSS) for the Baltic Sea cooperation.

the Conference encourages the subregions of the Baltic Sea region to continue their over 300 cooperation projects, serving as the practical foundation of the Baltic Sea cooperation.

The new dynamics of the Baltic Sea cooperation, generated by the results of the Baltic Sea Summit in Visby, the Baltic Sea Region Initiative of the Commission and the Action Programmes of the Council of Baltic Sea States mark a new stage of the Baltic Sea policy. It gives the cooperation in our area a new and challenging perspective. It enables the Baltic Sea region to play an active role in furthering a peaceful and stable development in a region embracing EU member and non-member states. It will add to the competitiveness of our area with other regions inside and outside of Europe.

With the results of Visby and Kalmar, the Heads of Governments, the EU Commission and the Foreign Ministers have mutually established an overall framework of priorities for the development of the Baltic Sea region for the first time. These guidelines for activities call on all actors in our area to reconsider their efforts and to concentrate on specific priorities.

The Conference agrees with the objectives laid down in these guidelines, emphasizing the efforts on five priorities:

to further democracy and a stable political development by strengthening

the people-to-people approach

to improve the conditions for economic cooperation

to demand a stronger commitment for environmental protection

to improve the conditions for civic security and combating organized crime

to ask for a better coordination of the initiatives of the various Baltic Sea organizations

The Conference welcomes the special role these guidelines attribute to the subregional level in the further development of the region.

II.

The Baltic Sea subregions consider as one of their major tasks in the future to realize on the subregional level the objectives set down in the Action Programmes of the CBSS and the Baltic Sea Region Initiative of the EU.

Together with the local authorities and the chambers of commerce the subregions have played an indispensable role in developing Baltic Sea cooperation and this will continue.

To date, the four Conferences on BSSSC have taken up in its working group sessions issues such as:

Small and medium-size industries, trade, transport and infrastructure, energy, ecology, youth policy, education and vocational training as well as the flow of information. They improved conditions for region-building, networking and strengthening regional cooperation.

In order to contribute successfully to the further development of the Baltic Sea region, the Conference calls on all subregions to organize their initiatives according to the following principles:

-the subregional cooperation in the Baltic Sea region is putting life into

the people-to-people approach.

the subregional cooperation will increasingly include multinational projects.

the subregional cooperation will concentrate on issues in their range of competences, especially on democracy, region-building and public

administration, civic security, regional and local economic development, esp. small and medium-size enterprises, infrastructure, transport, energy, spatial planning on the regional level, environment, social services and public health, education/vocational training, culture, youth policy and flow of information.

the subregional cooperation will actively participate in the implementation process of the Action Programmes of Kalmar and the Baltic Sea Region Initiative of the EU. For this purpose, a working group will be nominated to prepare a report on how the Baltic Sea subregions will fulfill this obligation. This report will be submitted to the Council of the Baltic Sea States.

III.

A continuing improvement of political and economical cooperation in the Baltic Sea region will lead to increasing activities and networks on the subregional level.

In this regard, the Conference appreciates the fact that the Council of the Baltic Sea States, as the umbrella organization and coordinator for the Baltic Sea cooperation, is strengthened by the Summit of Visby. It draws the attention to the need to better

coordinate the working groups of the CBSS and the conferences on the ministerial level to avoid double work. It asks for a sensible connection between the coordination tasks of the CBSS and the intended Baltic Coordination Committee by the EU Commission to avoid the organization of double and competitive instruments.

The Conference agrees with the Visby Summit request to the Swedish Prime Minister to improve the coordination of activities in our area. It offers its support as far as the subregional level is concerned.

It welcomes the new practical commitment of the governments of the Baltic Sea states to provide additional funds. It reminds the national actors in the area that the cooperation on the subregional level depends on the national support.

It draws the attention to the ongoing reforms and the decentralization on the regional level in several Baltic Sea states. Strong and democratically legitimized subregional bodies and effective support from the national level are indispensable for a successful region-building and are a precondition to the European integration process.

IV.

The Conference had a fruitful dialogue with the representatives of the EU Commission about experiences and perspectives of the EU Programmes applicable to the Baltic Sea region.

The need to coordinate already existing programmes and financial means was emphasized.

In this dialogue it was stressed that more attention is needed for simplifying the required procedures, especially reducing bureaucracy and processing time from the moment of selecting projects by steering committees to their approval by the European Commission and signing of a financial memorandum.

The Conference demands from the European Commission a flexible programme for the Baltic Sea Region with easy and unbureaucratic access on equal terms for all subregions in EU member and non-member states.

The Baltic Sea subregions, represented by the Conference, are ready to act as the regional partner with the European Commission in drafting such a programme.

The proceedings of the Second Session of the 4th Conference on BSSSC will be made available in a separate document.

For the first time a "Partner Searching Forum '96" to discuss cooperation projects of joint interests between subregions was organized at the Conference. At the Forum 35 subregions prepared and searched for cooperation projects. Approximately 150 appointments took place during two days. The very successful "Partner Search Forum" will be continued at the Conference.

The discussions and results of the workshops "Information Flow and Communication in the Baltic Sea Region", "Youth Cooperation in the Baltic Sea" and "Energy and Sustainable Development" are attached.

V.

The Working Group has asked the Speaker to establish a secretariat in close cooperation with the Baltic Sea subregions. The Speaker should have easy access to the secretariat and it will therefore be started in Kiel.

Schleswig-Holstein.

The Working Group proposes that Mr. Gerd Walter continues as Speaker for one more year, followed by Mr. Knud Andersen at the next Conference.

On the invitation of Mr. Henryk Wojciechowski, Governor of Gdansk, the 5th Conference on BSSSC will be held in Gdansk, Poland. In 1998 the Conference will take place in Denmark.

The Conference expresses its thanks and gratitude to the organizers of the 4th Conference in Vaasa, Finland.

Conclusions of Workshop I

Information Flow and Communication in the Baltic Sea Region

The workshop recognises the tremendous growth in the number of different regional activities and organisations involved in the Baltic Sea Cooperation. The main issue in the workshop was to discuss and outline systematic and efficient forms of cooperation regarding communication and information flow in the Baltic Sea Region. Issues of particular interest were information sources and distribution possibilities regarding various project information, past-project experiences, potential partnerships, newsletters, events calendars and EU.

The workshop demands coordination for the information information, in the form of one open information system for gathering and distributing data and knowledge about operations concerning the Baltic Sea cooperation.

The workshop agrees on the following framework of action:

The workshop welcomes and strongly supports the formation of the Baltic Sea Alliance between state, local and regional actors in order to establish a distributing data and knowledge about operations concerning the Baltic Sea cooperation information flow in the form of one open joint information system.

The primary partners in the Baltic Sea Alliance, i.e. the Baltic Sea States Subregional Cooperation (BSSSC), the Union of the Baltic Cities (UBC), the Baltic Sea Chambers of Commerce Association (BCCA) with the assistance of the Baltic Institute of Finland (BIF),

are responsible for joining forces in creating a World Wide Web -based

system, which will be open to all users in the region. The experiences from the Baltic Sea Directory initiative will form the base for this new enlarged system, through which all interested organisations can receive and deliver information as well as inform others about their activities.

The Workshop calls for close cooperation between the Baltic Sea Alliance and all other organisations and offices involved in the Baltic Sea cooperation. Contributions in form of data and mutual exchange of information are essential for the success of the database.

The Baltic Sea Alliance will contact all conference participants and other relevant organisations and offices with further information about the progress of the system. All conference participants and their partners are welcomed to deliver information about their projects and events to this system. A number of follow-up sessions will be organised in the future by the Baltic Sea Alliance.

III

The workshop discussed and welcomed presented initiatives which aimed at facilitating the information flow in the region. Very informative and insightful presentations were given by the European Commission GD XIII the Digital Media Institute, the CBSS-CSO, the BSSSC, the BCCA, the Hanse

Office, the ECAT Kaliningrad and the Baltic Tourism Commission. Also, cooperation and information exchange with Gdansk Cultural Centre is welcomed as well as the suggestion from Pro Baltica Forum to seek Nordic financing for internet training. Problems in communication flow presented by the Latvian delegation will be taken into consideration.

The workshop encourages the representatives of the presented issues to take contact with the Baltic Sea Alliance so that their contributions can complement the information system in an appropriate and functional way.

IV

The workshop draws attention to the importance of arranging different fora in the regions for the exchange of experiences in the Baltic Sea cooperation and project implementation.

The workshop notes that the political and media interests towards the Baltic Sea Region issues have increased considerably in the past years. Joint subregional approaches will be necessary to promote the Baltic Sea Region within both European and global framework.

Conclusions of Workshop II

Youth Co-operation in the Baltic Sea

The participants of the youth workshop welcome the decision of the BSSSC to include NGOs in the deliberations and express the desire that this be continued in the future. The workshop notes that different governmental and non-governmental organisations and structures are already working towards the goal of promoting cooperation in the areas of youth policy, youth and information exchange. The larger supraregional structures are on the one hand the Baltic Youth Forum, the Baltic Youth Office in Kiel and the Nordic Youth Committee and on the other hand the BSSSC-Conference and the Union of Baltic Cities, which also deal with youth questions.

The workshop stresses the necessity of and supports the initiative of the Nordic Youth Committee to intensify and to introduce new elements in the cooperation and coordination of youth policy and action programmes on the basis of structures already existing in Baltic Sea Region by bringing together NGOs and public administrations in the field of subregional youth co-operation.

The workshop agreed that intensified cooperation is necessary in the fields of Baltic Youth Policy, in improving the flow of youth information and information on financing, in promoting youth mobility and participation of marginalized youth and hereby using the already existing structures of the Baltic Youth Office and of NGOs and public administrations as equal partners to implement this process.

The Workshop agreed on the following project in order to strengthen the co-operation and coordination of youth policy in the Baltic Sea Region:

The workshop agreed on the proposal of the Nordic Youth Committee to organize a Conference on Baltic Sea Youth Cooperation in Helsinki in May 1997. The target group for the Helsinki Conference is national and regional youth councils as well as public youth administrations and youth work on national and subregional level.

The aim for the Conference on Baltic Sea Youth Co-operation in Helsinki in May 1997 is to reach a declaration and action plan between national and regional NGOs and public administrations to support a common youth strategy for cooperation in the Baltic Sea Region.

The workshop asked the Nordic Youth Committee to set up a preparatory body and to prepare a draft action plan for the Conference on Baltic Sea Youth Co-Operation in Helsinki may 1997

The workshop discussed setting up a Baltic Sea Secretariate for Youth Co-operation and stressed the need to make a decision on this topic at the Conference in May 1997 in Helsinki.

The Workshop supports

the initiative to look for financing and facilities to promote local youth cooperation in the Baltic Sea Region.

the suggestion that regional and national public administrations provide financing for the organization of a Youth Parliament on Environment in Baltic Sea Region on the basis of the experience from the Global Youth Action for the Environment, GYAE.

the suggestion that recourse of twin cities and twin partnership of local and regional bodies should be used in a

more efficient way in order to get young people together.

the need of National Public Youth Administrations to define the common goals for youth policy co-operation in the Baltic Sea region.

all attempts to relieve visa regulations and to do away with visa fees for youth.

all initiatives to provide for reduced transportation costs for youth and youth groups in the Baltic Sea Region.

The workshop proposed and discussed numerous projects for youth exchange in the Baltic Sea Region to promote people-to-people contacts. These projects will be published in an extra report which will be prepared for the Conference in May 1997 in Helsinki.

The Nordic Youth Committee Invites :

representatives of NGOs, National and Regional Public Youth Administrations and existing co-operation structures in the Baltic Sea Region to the Conference on Baltic Sea Youth Co-operation in Helsinki in May 1997.

Conclusions of workshop III: Energy and Sustainable Development

The workshop noted with appreciation the efforts and initiatives taken by other organizations to arrest the environmental damage and enhance co-operation around energy and sustainable development in the Baltic Sea Area.

The workshop recognized, with special appreciation, national energy programs and initiatives by the European Commission to increase the use of renewable energy sources and energy efficiency.

While the use of fossil fuels causes severe damage to nature and human health, the workshop proposed that governments agree on common policies for taking the value of this damage into account when determining the price and tax on fuels.

The workshop realized the important role of the energy sector in sustainable development.

The workshop recognized the central role research and development plays in the promotion and expansion of the use of renewable energy sources, and proposed that governments fully support and make adequate

resources available for identification and development of new technologies for new sustainable and viable energy systems.

The workshop noted the increasing possibilities and necessity for regional co-operation in the field of energy and sustainable development in the Baltic Sea Area, and stressed the importance

of devoting adequate financial resources to this cooperation.

The workshop, in order to facilitate and stimulate future co-operation around energy and environmental issues, proposed the establishment of a network of regional contact persons who will act as a contact channel and provide information on potential co-operation partners in their regions.

The workshop agreed on the following priority areas in terms of future regional co-operation

Exchange of know-how and technology related to the use of renewable energy

Establishment of the network of regional contact persons

Preparation of regional energy balance studies and energy plans

The workshop noted and stressed the need to establish a permanent secretariat for Baltic Sea State Subregional co-operation.

The workshop states that the liberalization of the energy market in the EU council of ministers to cut down the budget of different energy programmes orientated towards renewable energies, energy efficiency and energy cooperation. The workshop supports proposals from the EU Commission and the European Parliament to increase funding in these sectors.

The workshop proposes that the social and environmental costs of energy production should be reflected in the

fuel prices. The workshop considers necessary a harmonized European approach for a respective green taxation system.